

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Heinz O. Vetter †

Hans-Jochen Vogel

Herbert Wehner †

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

(verantwortlich)

Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Siegfried Bangert

Frank Benseler

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Richard Löwenthal

Ferdinand W. Menne

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Friedrich-Wilhelm Witt

11

1990

37. Jahrgang

Inhalt

963 Editorial

Aktuelles

- 965 REINHOLD VETTER
Was tun mit den deutschen
Oberschlesiern?
- 967 IVAN IVANJI
Jugoslawien – 10 Jahre
nach Titos Tod
- 976 KARL SCHLÖGEL
Politik als Herausforderung –
und Überforderung
- 982 PETER GLOTZ
Notizen zum Nationalstaat
- 986 ANDRÉ GORZ
Arbeitszeitverkürzung als
Gesellschaftsvertrag
- 994 RUDOLF HICKEL
Instrumente zur Finanzierung
eines »Zukunftsprogramms
deutsche Integration«

Thema: Frauen in Osteuropa

- 1000 HELGA HIRSCH
Zur Frauenfrage in Polen
- 1005 SONJA MARGOLINA
Sowjetische Frauen
- 1009 HANS-JÜRGEN WIRTH/
ROLAND SCHÜRHOFF
Russische und deutsche
Studentinnen
- 1015 UNGARISCHE FEMINISTINNEN
Eine Deklaration
- 1019 CHRISTA RANDZIO-PLATH
Abtreibung – eine alte und immer
wieder neue Frauenfrage
- 1025 HAZEL ROSENSTAUCH
Im Kampf mit der Termititis

Kultur

- 1031 JÜRGEN FUCHS
Einer hat mitgedacht
- 1041 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriften-Forum

Kritik

- 1044 JOHANO STRASSER
Zum Selbstverständnis der PDS
- 1046 CARL WILHELM MACKE
Feuer unter dem Eis
- 1048 WOLFGANG GEIGER
Von Europas Anfang
und Europas Ende
- 1051 WALTER HINCK
Carola Sterns »Leben der
Dorothea Schlegel«
- 1053 ANDREAS SCHWORCK
Von der vornehmen Art,
durchs Leben zu gehen
- 1054 JOHANNES RITTER
Kontingenz, Ironie und
Solidarität
- 1056 Zu den Autorinnen und Autoren
- 1056 Impressum

Titelfoto: Ralph Gibson/Lustrum Press,
inc., USA.

Editorial

Dies ist die erste Nummer unserer Zeitschrift, die im vereinigten Deutschland erscheint. Wir begrüßen so manche Leserin, so manchen Leser, die die »Frankfurter Hefte« zwar schon bisher bekommen hatten, aber eben doch als Zeitschrift der »BRD«. Unsere Herkunft aus der Geschichte der Bonner Republik wollen wir nicht verleugnen. Aber wir werden uns bemühen, unser Kommunikationsprogramm – Theorie-Organ des demokratischen Sozialismus, Kulturzeitschrift, Sprechsaal der europäischen Linken – so zu verändern, daß auch die Bürgerinnen und Bürger der fünf östlichen Bundesländer sagen können: Das ist (auch) unsere Zeitschrift.

Deswegen werden wir (für den Jahrgang 1991) auch Redaktion und Gremien unserer Zeitschrift erweitern, im Sinne Karl Schlöglers, dessen Essay »Politik als Herausforderung und Überforderung« auch für die Haltung der Redaktion dieses Blattes stehen mag. Bei Schlögl heißt es: »Der Alleinvertretungsanspruch erledigt sich jetzt endgültig, da die Gesellschaft in der DDR ihre eigenen Sprecher hervorgebracht hat. Es sind die Elemente einer neuen politischen Elite, die andere Lektionen bekommen hat als die Bonner und die einen anderen Stil repräsentiert als man ihn in Westdeutschland sich zu eigen gemacht hat. Sie sind empfindlich dort, wo man sich in Bonn erlauben kann, unsensibel zu sein (das gilt auch umgekehrt) . . . Die deutsche Einheit, die das nicht akzeptiert und sich Deutschland nur als ein Double des Westens vorstellen kann, wäre kein Gewinn an innerer Souveränität und Europazität.« So ist es.

Diese Zeitschrift hat viele Leser, die Gewerkschaftler sind. Ihnen empfehlen wir zwei Beiträge der Nummer 11/90 ganz besonders zur Lektüre: Rudolf Hickels (vermutlich schon vom Tisch gewischte) Vorschläge zur Finanzierung der deutschen Einheit und die Überlegungen des von Österreich nach Frankreich vertriebenen großen Theoretikers der europäischen Linken, André Gorz, zu Problemen der Arbeitszeitpolitik in Deutschland. Diese beiden Aufsätze zeigen, daß es ein ökonomisches Kontrastprogramm zur liberal-konservativen Vereinigung geben könnte. Sie sollen zu Reflexionen darüber anregen, warum dieses Kontrastprogramm für die deutsche

Wählerschaft während der letzten Monate so wenig plastisch geworden ist.

Der Schwerpunkt dieses Heftes widmet sich den »Frauen in Osteuropa«. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht: Diese Zeitschrift hat sich in den Jahren 1989 und 1990 mehr als jemals in ihrer Geschichte der »Frauenfrage« geöffnet. Es hat sich etwas getan in Deutschland, seit Marie-Luise Jansen-Jurreit vor mehr als einem Jahrzehnt ihr großes und wirkungsvolles Buch »Sexismus – Über die Abtreibung der Frauenfrage« vorgelegt hat. Jetzt gilt es, dafür zu sorgen, daß dieser Zivilisierungsschub durch die mitteleuropäische Revolution nicht gefährdet wird. Denn in Ostmitteleuropa (und auch in Ostdeutschland) gibt es für viele Jahre noch eine Hegemonie des Materiellen; da könnte die Gleichberechtigung sozusagen unter die Luxusgüter geraten. Aber Menschenrechte sind kein Luxus. Anders ausgedrückt: Der Brechtsche Zynismus, daß zuerst das Fressen und dann die Moral käme, beschreibt zwar eine nicht wegzuleugnende Realität – aber eine Realität, die der Änderung bedarf. Die mitteleuropäische Revolution wäre ohne die moralischen Energien der Dissidenten nicht zustande gekommen. Diese Energien (oder das, was von ihnen übrig ist) müssen jetzt auf die Zivilisierung der Modernisierung konzentriert werden; auch in der Frauenfrage.

Jugoslawien zerfällt, unser Autor Ivan Ivanji beschreibt es trocken, mit genauer Kenntnis der Abläufe auf den verschiedenen Ebenen, voller Verzweiflung. Die Deutschen schauen achselzuckend weg; den neuen Nationalismus im Osten und Südosten halten sie für erklärbar – harmlose Folklore. Sie sollten nur nicht vergessen, wie brutal Kroaten in der Ustascha-Zeit hunderttausende Serben ermordet haben; und wie brutal serbische Tito-Partisanen sich dann beim Umschwung gerächt haben. Das alles passierte nicht in grauer Vorzeit, sondern in der Generation der Eltern der heute Lebenden. Es gibt nur ein Fazit: Europa darf nicht so tun, als ob der Balkan auf einem anderen Stern läge.

Peter Glotz



Foto: Erich Hartmann

REINHOLD VETTER

Was tun mit den deutschen Oberschlesiern?

Janusz Reiter, der neue polnische Botschafter in Bonn, kennt die Probleme Oberschlesiens, und er weiß, daß das Thema "Deutsche Minderheit" noch lange zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören wird; nicht an vorderster Stelle, aber doch wichtig genug. Bereits kurz nach seiner Ernennung durch Staatspräsident Wojciech Jaruzelski begann er das Gespräch mit Vertretern der deutschen Freundschaftskreise in Oberschlesien. Als Botschafter, sagte er gegenüber Journalisten, sei er außerdem bereit, mit allen politischen Kräften in Deutschland zu sprechen, Repräsentanten der Vertriebenenverbände selbstverständlich eingeschlossen. Reiter hat von Premier Tadeusz Mazowiecki und Außenminister Krzysztof Skubiszewski den klaren Auftrag erhalten, seine Arbeitskraft vor allem für die Schaffung eines dichten Geflechts aus Abkommen, Verträgen und Kontakten zwischen beiden Staaten einzusetzen und damit für Stabilität und gute Nachbarschaft in den deutsch-polnischen Beziehungen zu sorgen. Komme deutsches Kapital nicht nach Polen, so der neue Mann in Bonn, werde die Abwanderung polnischer Staatsbürger nach Deutschland weitergehen. In diesem Zusammenhang sieht Reiter auch mögliche deutsche Hilfe für das ökonomisch und ökologisch arg gebeutelte Oberschlesien. Diese Hilfe sei notwendig, aber nur dann willkommen und sinnvoll, wenn sie für alle Bevölkerungsgruppen in dieser Region Polens gedacht sei. Einseitige Hilfe nur für die deutschen Oberschlesier werde zu neuen Konflikten dort und insgesamt in den deutsch-polnischen Beziehungen führen.

Reiter vertritt eine Regierung, die zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg versucht, die Probleme der nationalen Minderheiten zum Gegenstand demokratischer und rationaler Politik zu machen. Ihre Vorgänger übten sich in Verschweigen und Desinteresse, oder sie mobilisierten Polizei und Justiz. Dabei geht es nicht nur um die Deutschen, sondern auch um die Litauer und Weißrussen, die Ukrainer, Tschechen und Slowaken, die Juden, Griechen und Mazedonier, insgesamt wohl 1,2 Millio-

nen Menschen. Der neue Bewegungsspielraum für die Deutschen in Oberschlesien ist somit nicht Ergebnis irgendwelcher politisch-taktischer und ökonomischer Überlegungen im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern vielmehr konkreter Ausdruck historischen Bewußtseins und demokratischen Denkens in der nationalen Frage. Gerade Tadeusz Mazowiecki gehört ja zu den wichtigsten Repräsentanten jener liberalen katholischen Intelligenz, die schon vor Jahren die Probleme der nationalen Minderheiten zum Gegenstand ihrer praktischen Solidarität gemacht hat.

Realistische Schätzungen sagen aus, daß in der Wojewodschaft Oppeln noch immer dreihunderttausend deutschorientierte Oberschlesier wohnen. In der angrenzenden Wojewodschaft dürften es noch einmal so viele sein. Seit einigen Monaten genießen sie das Recht, sich in sogenannten gesellschaftlich-kulturellen Vereinigungen zu organisieren; ein Recht, um das sie lange kämpfen mußten. Allein in der Wojewodschaft Oppeln dürfte es inzwischen weit über 200 solcher Vereinigungen geben. Henryk Krol aus Gogolin hatte schon Anfang dieses Jahres den Mut, sich als Vertreter der nationalen Minderheit um einen Sitz im Senat, der zweiten Parlamentskammer, zu bewerben. Krol unterlag zwar in der Stichwahl, aber sein öffentlicher Wahlkampf und das Ergebnis von 125 000 für ihn abgegebener Stimmen vermittelten den deutschen Oberschlesiern ein neues Selbstbewußtsein. Schon bei den Kommunalwahlen im Mai mußten sie dies zu nutzen; in 35 von insgesamt 63 Großgemeinden der Wojewodschaft Oppeln sitzen seither Vertreter der deutschen Minderheit im Rat, in 18 dieser Selbstverwaltungskörperschaften haben sie sogar die absolute Mehrheit. An den neuen Ratsherren wird es liegen, konkrete Initiativen zu entwickeln; ganz generell gesehen war das Stichwort »Kommunalpolitik« in den Lexika des realen Sozialismus bisher nicht zu finden.

Für die polnischorientierten Oberschlesier und auch für diejenigen Polen, deren Familien

nach 1945 aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten vertrieben und in Nieder- sowie Oberschlesien angesiedelt wurden, ist das neue Selbstbewußtsein der deutschen Minderheit ein Umstand, an den sie sich nur schwer gewöhnen können. Plötzlich soll es sie wieder geben, jene Deutschen, deren Existenz man in der offiziellen Propaganda vierzig Jahre lang geleugnet hat. Neue Ängste werden wach, wenn die Hupkas und Koszyks voller Tatendrang durchs Oppelner Land reisen und ihre »Europäisierung«-Konzepte anpreisen. Gerade die polnische Mehrheit in Oberschlesien braucht Zeit und Hilfe, um sich an die neue Demokratie gewöhnen, ja sie erlernen zu können. Der reale Sozialismus hatte diesen Lernprozeß systematisch verhindert.

Ebenso problematisch ist das Bewußtsein vieler Deutscher in Oberschlesien. Dem Verfasser dieser Zeilen klingt noch heute jenes »Sieg Heil« in den Ohren, mit dem sich ein deutscher Landwirt aus Zdziessowice/Oderthal südwestlich von Oppeln nach einem Gespräch verabschiedete; sicher kein überzeugter Nazi, wohl aber jemand, der noch in den alten Zeiten lebt. Für die Mehrheit der deutschorientierten Oberschlesier sind die Verbrechen der Nationalsozialisten in erster Linie eine Erfindung der polnischen Propa-

ganda; die leidvollen eigenen Erfahrungen, die Vertreibung, die Zwangspolonisierung in stalinistischen Zeiten, überhaupt die vierzig Jahre währende Unterdrückung kultureller Eigenständigkeit, all das hat sich weitaus stärker eingepreßt als die Untaten Hitlers und seiner Spießgesellen.

Hinzu kommt das Gefühl der Verlassenheit. Man wähnt sich von Deutschland abgeschnitten, vergessen, geleugnet, ignoriert. Der Polenbesuch des Bundespräsidenten und die Erklärung des Bundeskanzlers zur Oder-Neisse-Grenze haben dieses Gefühl noch verstärkt; ein Gefühl, das viel stärker ist als die Einsicht in die Notwendigkeit endgültig anerkannter Grenzen in einem friedlichen Europa.

Auch für die Deutschen in Oberschlesien gilt also, daß der reale Sozialismus Lernen unmöglich machte. Ihnen kann man nicht zum Vorwurf machen, daß sie jener offenen Gesellschaft entbehren mußten, deren Vorzüge die Deutschen im Westen gerade jetzt angesichts der Auseinandersetzung mit 40 Jahren DDR erneut zu schätzen lernen. Und fast alle Politiker in der Bundesrepublik, die sich in der Vergangenheit für die Deutschen in Oberschlesien interessierten, haben diese Minderheit ohnehin nur als Manövriermasse im politischen Kampf benutzt.

Straßencafé in Krakow/Krakau.

Foto: Peter Hirth/Bucher Vlg.



Hinzu kam die gerade bei Sozialdemokraten und Grünen besonders ausgeprägte Fähigkeit, gesellschaftliche Zustände im realen Sozialismus nicht gründlich und umfassend genug zur Kenntnis zu nehmen. Tilman Fichter hat dieses Phänomen unlängst am Beispiel der DDR dargestellt. Es bleibt zu hoffen, daß nicht nur die Vertriebenenverbände, sondern auch alle politischen Parteien in Deutschland, demokratische Entwicklungshilfe für die Landsleute in Oberschlesien als politische Aufgabe begreifen. Ein paar, bislang ziemlich einsame Pioniere der SPD soll es in dieser Hinsicht ja schon geben.

Polen wie Deutsche stehen vor der Aufgabe, Schlesien als typische europäische Grenzregion in seiner historischen und gesellschaftlichen Gesamtheit unvoreingenommen zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß der eine dem anderen die jeweils beweisbaren Kulturleistungen streitig macht. Um die Mitte des letzten Jahrtausends v. Chr. siedelten hier keltische Stämme, die im 2. Jh. n. Chr. von Germanen vertrieben wurden, ab dem 6. Jh. begannen slawische Stämme das Land zu besiedeln. Spätestens im Jahre 990 war das slawische Schlesien Bestandteil des 966 entstandenen polnischen Staates. Trotz Einbindung in die polnische Senioratsverfassung wurden die Pistenherzöge durch Friedrich Barbarossa zu Tributzahlungen gegenüber dem Deutschen Reich verpflichtet. Es waren die Herzöge selbst, die deutsche Bauern, Kaufleute, Handwerker, Bergarbeiter und Geistliche ins Land riefen, um das reiche, aber teilweise noch sehr dünn besiedelte Schlesien wirtschaftlich aufblühen zu lassen. Mit den Siedlern kam die deutsche Sprache und Kultur. 1526 wurde Schlesien Teil der Habsburger Monarchie. Der Breslauer Präliminarfriede von 1742 zwang Maria Theresia, fast ganz Schlesien an Preußen abzutreten. Der Friedensschluß auf Schloß Hubertusburg bestätigte endgültig die preußische Herrschaft. Der Versailler Vertrag von 1919, vor allem aber ein Völkerbundsbeschluß im Jahre 1921 zwangen Deutschland, einen wesentlichen Teil Oberschlesiens wieder an Polen abzutreten. Heute umfaßt Schlesien eine Schlüsselregion des polnischen Staates, in der mehrere Generationen von Polen eine neue Heimat gefunden haben.

Ein Spaziergang allein durch die schlesische Kunstgeschichte, deren Errungenschaften in Form vieler Kunstdenkmäler erhalten geblieben sind, muß jeden aufrichtigen Betrachter dazu bringen, ein für alle mal von einer Idealisierung des Kampfes um das Deutschtum oder das Polentum abzurücken.

Die Anerkennung dieser Vielfalt wiederum muß unter Beachtung der polnischen Staatsräson erfolgen. Es gibt für einen Staat, der sich innenpolitisch reformiert, kaum etwas wichtigeres als einen präzis definierten Standort im europäischen Staatengefüge und damit gesicherte Grenzen. Wer Oberschlesien helfen will, muß das wissen. Er muß ebenso in Betracht ziehen, daß die Zivilisationsunterschiede zwischen Deutschland und Polen Komplexe und Ängste in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen haben. »Die Deutschen kaufen uns einfach auf«, ist die vielfach gehörte, sicher irrationale Befürchtung. Die Modernisierung Oberschlesiens ist eine Nagelprobe für das Europa von morgen.

IVAN IVANJI

Jugoslawien – 10 Jahre nach Titos Tod

Bundesstaat, Staatenbund oder Zerfall?

Jahrzehntelang legte man in Jugoslawien großen Wert darauf, keineswegs zum »Ostblock« gerechnet zu werden, hatte man doch schon 1948 der Sowjetunion die führende Rolle aberkannt, so daß das Land weder dem Warschauer Pakt, noch dem COMECON angehörte. Im Inland entwickelte man einen »Selbstverwaltungssozialismus«, Leitlinie der Außenpolitik war die Blockfreiheit. Heute aber haben die Erschütterungen in den Ländern, in denen trotz aller schöner Worte der Sozialismus real nie existiert hat, zehn Jahre nach Titos Tod auch Jugoslawien eingeholt. Eine Vergangenheitsbewältigung begann, der demokratische Pluralismus ersetzt die »direkte Demokratie«, nicht mehr nur zaghaft, sondern mit energischen Schritten wird die Marktwirtschaft eingeführt. Man wünscht sich eine möglichst schnelle Annäherung an Westeuropa und seine multinationalen Organisationen.

Um dieses Ziel früher als andere zu erreichen, verfügt Jugoslawien über mehrere bedeutende Vorteile, wird jedoch gleichzeitig

durch einen besonders gravierenden Nachteil gebremst.

Längst ist Jugoslawien nicht mehr durch einen eisernen Vorhang von der westlichen Welt getrennt. Hunderttausende reisten wohin sie wollten, arbeiteten im Ausland und kehrten mit Kapital und Know-how in die Heimat zurück. Im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern war man reich. Die Repression war milder. Ansätze der Marktwirtschaft sind längst vorhanden. Ausländische Bücher und Zeitschriften konnte man frei kaufen und abonnieren. Und wenn man Jugoslawien im Herbst 1990 betrachtet, kann sich erst recht so manches sehen lassen. Die Devisenreserven betragen über 10 Milliarden Dollar, die Schulden 17 Milliarden (fünf Milliarden weniger als vor drei Jahren), wobei die UdSSR und Irak ihrerseits bei Jugoslawien mit gut vier Milliarden Dollar in der Kreide stehen. Das ist eine fast ausgewogene Bilanz. Für jugoslawische Bürger ist die Landeswährung, der Dinar, frei konvertierbar. Die Inflation, die 1989 im Dezember 3500 % (dreitausendfünfhundert) betrug, wurde überwunden. Da im Herbst ein leichter Anstieg unvermeidbar ist (im September 3 %) und die Verteuerung des Erdöls und die Golfkrise Jugoslawien besonders schwer treffen (mit dem Irak waren große Investitionsgeschäfte im Gange, an denen gut 50 000 jugoslawische Arbeitnehmer beteiligt waren), schätzt man für das Jahr 1990, daß die Inflation um die 30 % betragen wird – im Vergleich mit dem vergangenen Jahr ist das ein großer Erfolg.

Die Inflationsbekämpfung und die Umstellung der ganzen Wirtschaft fordern freilich auch große Opfer. Jeder vierte Betrieb in Jugoslawien (6 396 Firmen) hat im ersten Halbjahr 1990 Verluste zu verzeichnen. In ihnen sind mehr als 1 800 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Das Durchschnittseinkommen beträgt um 500 DM netto, allerdings bei mit Westeuropa zum Teil unvergleichbaren Preisen – so liegt die Wohnungsmiete in Belgrad in Neubauten bei 80 Pfennig pro Quadratmeter. Diese Entwicklung führt zu sozialen Problemen, Streiks, Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Aber die Schaufenster sind voller ausländischer Waren, die Straßen schon fast unbefahrbar wegen der vielen neuzugelassenen Automobile, die Umstellung auf die Privatwirtschaft ist in vollem Gange, zehntausend neuer Firmen werden registriert und nehmen viele von denen, die arbeitslos werden, wieder auf.

Trotzdem droht Jugoslawien auseinanderzubrechen. Was viele ausländische Experten längst vorausgesagt haben, was man im Lan-

de lange nicht wahrhaben wollte, was Titos Ideologie der »Brüderlichkeit und Einigkeit« vertuscht hatte, aber eben nicht überwinden konnte, tritt in Erscheinung: der nackte Nationalismus, die Unverträglichkeit der südslawischen Völker. Niemand scheint heute in Jugoslawien zufrieden gewesen zu sein. Slowenen, Kroaten, Serben und Montenegriner, Moslems und Makedonier, ganz zu schweigen von den nationalen Minderheiten, behaupten, gerade sie hätten in der jugoslawischen Gemeinschaft am meisten verloren, für sie (»umsonst«) am meisten geopfert. Man läuft massenhaft neuen Führern nach, die das Heil verkünden, indem sie Märchen über die Größe und Unbesiegbarkheit der eigenen Nation aus der Truhe der Geschichte hervorkramen – selbstverständlich auf Rechnung der Nachbarvölker. Es ist, als stiege aus der schönen Kupferlampe der Demokratie nun das abscheuliche Gespenst des Nationalismus auf, und nirgendwo ist ein Aladin wie aus 1001 Nacht in Sicht, der es zurückschieken könnte.

Im August wäre in hauptsächlich von Serben bewohnten Gemeinden Kroatiens fast ein Bürgerkrieg ausgebrochen. Serben und Kroaten lagen ohne ernsthaften Grund, allerdings traumatisiert von der Erinnerung an den Bruderkrieg 1941–1945, bewaffnet auf der Lauer. Frauen und Kinder verließen die Dörfer und versteckten sich in Bergen und Wäldern. Eine der Hauptstraßen zwischen Dalmatien und Österreich war von Barrikaden unterbrochen und die ausländischen Touristen sahen sich plötzlich Felsbrocken und Flinten gegenüber. Ein neuer Libanon, jetzt aber mitten im Herzen Europas? Der Libanon war ja noch vor gar nicht so langer Zeit ruhig und reich, wurde die Schweiz des Ostens genannt.

So schlimm sich der Konflikt zwischen Serben und Albanern im Gebiet Kosovo auch darstellt – an ihm wird Jugoslawien nicht zugrunde gehen. Er wird lange als Glut unter der Asche vor sich hin schwelen. Auch wenn man ihn nicht unmittelbar mit der Situation in Irland oder mit der Intifada in den von Israel besetzten Gebieten vergleichen will: er ist aus heutiger Sicht absolut unlösbar. Die Serben berufen sich auf das »historische Prinzip« – im Kosovo stehen die ältesten und ehrwürdigsten orthodoxen Klöster, dieses Land war das Herzstück des serbischen Reiches im Mittelalter. Die Albaner berufen sich auf das »ethnische Prinzip«, sie bilden eine Mehrheit von über 90 %. Die Serben behaupten, diese Mehrheit sei unter anderem dadurch entstanden, daß man sie viele Jahre lang aus dem Gebiet herausgedrängt habe. Die Albaner erwidern,

Warum sich auch die Umwelt freut, daß Lufthansa ein einzigartiges Qualitätskonzept hat.



Es ist wesentlicher Bestandteil des Lufthansa Qualitätskonzeptes, Jahr für Jahr Milliarden in unsere Flugzeugflotte zu investieren. Allein 1989 haben wir z. B. 20 neue Flugzeuge in Dienst gestellt, darunter 8 Airbus A 310 und A 320. Und das hat auch entscheidende Vorteile für unsere Umwelt: Denn im Vergleich zu älteren verursachen die neuen Flugzeuge oft nur einen Bruchteil der Lärm- und Abgasemission. Der Airbus A 320 z. B. erzeugt beim Start einen Lärmteppich, der etwa 90% geringer ist als bei einem vergleichbaren Vorgängerflugzeug.

Und beim Treibstoffverbrauch kommt der A 320 mit 40% weniger aus. Ein anderes Beispiel dafür, wie Lufthansa anspruchsvolle Technologien zum Nutzen der Umwelt einsetzt: Als erste Fluggesellschaft der Welt haben wir ein Verfahren entwickelt, das den „Gesundheitszustand“ von Triebwerken während des Fluges so gründlich und vorausschauend überwacht. Egal, wo beispielsweise eine Boeing 747-400 der Lufthansa fliegt, die Leistungsdaten ihrer Triebwerke werden kontinuierlich aufgezeichnet. Sofort nach der Datenübermittlung erfolgt in

Frankfurt die Auswertung. Der verarbeitende Computer schlägt Alarm, sobald sich der kleinste Defekt auch nur ankündigt. Das dient nicht nur der Vorsorge, es trägt auch dazu bei, daß Lufthansa Triebwerke immer im optimalen Bereich arbeiten und damit sowenig wie möglich verbrauchen. Und das bedeutet eben auch ein Minimum an Schadstoffemission. Wenn Sie also beim nächsten Mal beim Fliegen wieder auf Lufthansa Qualität bestehen, unterstützen Sie zugleich etwas, das bekanntlich dringend Unterstützung braucht: unsere Umwelt.



erst nach dem Ersten Weltkrieg seien die Serben mit Gewalt wiedergekommen und hätten damals die Albaner in Serbien als Ganzes eine Minderheit sind, sind sie – im Kosovo in der Mehrheit. Das ist der Grund, weshalb Serbien auf der Unteilbarkeit des Landes besteht und den Albanern nur kulturelle Autonomie, nicht aber, wie bisher, politische Selbstverwaltung zugestehen will.

Dieser Gegensatz ist für die Demokratie abträglich – sowohl bei den jugoslawischen Albanern als auch bei den Serben. Das kommt besonders vor den ersten freien Wahlen zum Ausdruck. Wer die Verhältnisse unter den jugoslawischen Albanern kennt, weiß, daß es unter ihren politischen Köpfen Anhänger aller Schattierungen des Parteienfächers gibt. Man könnte die wichtigsten Leute unter ihnen bürgerlich-national nennen, aber manch andere sind auch Sozialdemokraten. In einer normalen Situation würden sie politische Gegner sein, der Druck der serbischen Führung schweißt sie zusammen. Die Mehrheit der Dorfbevölkerung (über 60 % der Albaner im Kosovo-Gebiet leben auf dem Lande und von der Landwirtschaft) sind gläubige Mohammedaner, aber die Politiker haben mit dem Islam nichts im Sinn. Außerdem sind etwa 10 % der jugoslawischen Albaner römisch-katholisch, doch sie spielen proportional unter den Intellektuellen eine weit wichtigere Rolle und haben gute Verbindungen nach Italien. Auf der anderen Seite glauben alle politischen Parteien der Serben, sich als »vaterländisch« profilieren und gegen den »albanischen Separatismus« wettern zu müssen, um vor ihren Wählern bestehen zu können.

Es muß davon ausgegangen werden, daß sich in der nächsten Zeit der Konflikt weiter verschärft. Nachdem es heute im Kosovo eine alternative politische Führung gibt, die praktisch über die Albaner herrscht, wird sich im Winter wohl auch eine alternative Wirtschaft, gewissermaßen ein »alternatives Leben« der Albaner bilden. Es ist eigentlich erstaunlich, daß es im Vergleich zum schon zitierten Irland (England wegen der von Iren ausgeübten Terroranschläge miteinbezogen) und Palästina nicht noch viel explosivere Ereignisse gibt, nicht noch mehr Menschenleben zu beklagen sind. Aber was in diesem Zusammenhang Jugoslawien angeht – man hat Kosovo Serbien überlassen. Für einen Einsatz der Streitkräfte wird sich im Staatspräsidium – das als einziges Organ einen entsprechenden Befehl geben kann – keine Mehrheit finden. Die übrigen jugoslawischen Republiken sind nicht mehr

bereit, das wirtschaftlich rückständige Kosovo mitzufinanzieren. Der Brandherd Kosovo ist aus jugoslawischer Sicht unter Kontrolle, er wird sich kaum ausbreiten, aber zu löschen ist er nicht.

Das Problem des Kosovo könnte für das ganze Land eine noch viel größere Versuchung werden, wenn wegen der serbischen Repression ganz Jugoslawien vom Westen »bestraft« würde. Das müßte dann in Slowenien und Kroatien das Bestreben, sich von der jugoslawischen Föderation zu lösen, verstärken.

Abgesehen vom Kosovo ist die wichtigste Frage, welche Überlebenschancen Jugoslawien als gemeinsamer Staat der südslawischen Völker hat. Die Idee dieses Zusammenlebens ist im 19. Jahrhundert in Kroatien, also in Österreich-Ungarn geboren worden. Auf den Trümmern der Monarchie entstand zuerst das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen mit einem serbischen Königshaus. Später nahm es den Namen *Jugoslavija* – Südslawien – an. Der 1934 in Marseille ermordete König Aleksandar Karadjordjević bestand aus dynastischen Gründen darauf, von »einem Volk mit drei Namen« zu reden (was so nicht stimmte). Ungelöst blieb die Frage der Makedonier und der Moslems. Die Montenegriner fühlten sich in der Mehrzahl als Serben, aber zwischen den beiden kleinen Königreichen Serbien und Montenegro gab es dynastische Schwierigkeiten. Aleksanders Vater Petar I. hatte deswegen eine montenegrinische Prinzessin geheiratet (ihre Vater, König Nikola, galt als »Schwiegevater Europas«, weil er alle seine hübschen Töchter gut verheiratete, eine wurde sogar italienische Königin). Aber Nikola wollte 1918 keineswegs zugunsten seines Enkelsohns Aleksandar abdanken und zog sich grollend ins Ausland zurück. Das serbisch-montenegrinische Verhältnis ist für die Zukunft des Balkans immer noch wichtig.

Heute nennt man das Königreich Jugoslawien oft das erste, Titos Staat das zweite Jugoslawien. Viele Beobachter glauben, es werde zu einem »dritten Jugoslawien« kommen.

Zu Titos Zeiten hat formal der Bund der Kommunisten, faktisch aber eigentlich nur Titos starke Persönlichkeit das Land zusammengehalten. Schon in den sechziger Jahren machten sich die Teile der Partei (des Bundes) in den Republiken selbständig. Immer wieder glaubte der Staats- und Parteichef Affären beruhigen zu müssen und entließ führende Politiker in Slowenien, Kroatien, Makedonien und Serbien, die sich für ihn zu nationalistisch gebärdeten, sprich: zu sehr die Eigenheiten

der eigenen Republik auf Rechnung der anderen betonen. (Die wichtigsten waren der Slowene Stane Kavčič, er ist verstorben, der Kroat Mikša Tripalo und der Makedonier Krsto Crvenkovski, beide drängt es zurück in die Politik, ohne daß sie größere Chancen hätten, was besonders die Wahlen in Kroatien gezeigt haben. Der ehemalige Außenminister, der Serbe Marko Nikezić, will nichts mehr von der Politik wissen, obwohl ihn gewisse Kräfte gerne vor ihren Karren spannen würden.) Titos Lösungsversuch, die Herrschaft einem kollektiven Organ, einem Präsidium zu übergeben, in dem eine jede Republik und auch die beiden autonomen Gebiete vertreten sind, ist, wie man heute einsehen muß, fehlgeschlagen. Laut Verfassung hat dieses Staatspräsidium viel Macht, aber da die Mitglieder von den Republiken gewählt werden – und auch abberufen werden können – ist es uneinig. Es hat den Albanern wenig genützt, daß einer der ihren – der Schriftsteller Sinan Hasani – sogar ein Jahr lang Präsident des Präsidiums war, als Staatshelf des ganzen Jugoslawien. (Man denke sich in Rumänien einen Ungarn oder Deutschen als Staatshelf!)

In Slowenien und Kroatien hat es schon freie Wahlen gegeben, aber mit unterschiedlichen Wahlgesetzen und sehr unterschiedlichem Ausgang. In Slowenien galt das Verhältniswahlrecht und die direkte Wahl des Präsidenten und des Präsidiums der Republik. Die

slowenischen Wähler scheinen sehr weise zu sein. Sie wählten den Reformkommunisten Milan Kučan zum Präsidenten und gaben ihm ein mit kommunistischer Mehrheit ausgestattetes Präsidium (der Lohn dafür, daß die slowenischen Kommunisten freiwillig freie Wahlen durchgeführt hatten), gaben aber der früheren Oppositionskoalition DEMOS die Mehrheit im Parlament, so daß der Christdemokrat Alois Peterle Ministerpräsident wurde. DEMOS war lautstark damit aufgetreten, Slowenien aus Jugoslawien herauszulösen, allenfalls eine Konföderation zu dulden. Nachdem die früheren Dissidenten jedoch die Regierung übernommen hatten, mußten sie angesichts der schwierigen Wirtschaftslage einsehen, daß Slowenien außerhalb eines südslawischen Staatenbundes wenig Chancen hat, Peterle setzt sich jetzt für eine Konföderation ein, die eigentlich nur auf eine graduelle Verbesserung der jetzigen Beziehungen zwischen den Ländern zielt.

In Kroatien hatten sich die Reformkommunisten ein Wahlgesetz gezimmert, mit dem sie glaubten siegen zu können, nämlich ein Mehrheitswahlrecht (ähnlich dem französischen), und sie waren überzeugt, über die populären Persönlichkeiten zu verfügen. Das ging ins Auge. Die bürgerlich-nationale Partei HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica – Kroatische Demokratische Union), gewann mit etwas über 40 % der Stimmen fast die Zweidrit-



Gesundes Wachstum für Ihr Geld. BfG:Wachstumsobligation.

Wenn Sie heute eine BfG:Wachstumsobligation kaufen, wissen Sie genau, daß Sie in 8 Jahren 5.000 Mark in Händen halten. Dabei zahlen Sie heute viel weniger. Denn was an den 5.000 Mark fehlt, kommt im Laufe der Zeit als Zins und Zinseszins dazu. Sie können aber auch schon nach Ablauf von 2, 4 oder 6 Jahren über Ihr Geld ohne Zinsverlust verfügen.

 **BfG: Ihre Bank**
Aachener und Münchener Gruppe

telmehrheit – 64 % der Abgeordneten – im Parlament. Obwohl sie nur etwa 300 000 Stimmen weniger bekamen als die HDZ, zogen die Kommunisten mit einem knappen Drittel der Abgeordneten ins Parlament ein. Die größte Überraschung jedoch war, daß die Koalition der Mitte – von Sozialisten und Sozialdemokraten, Liberalen, Bauern und Christdemokraten – vollkommen durchfiel. Den Staatspräsidenten wählte das Parlament – erwartungsgemäß den Präsidenten der HDZ, den ehemaligen Titogeneral Franjo Tudjman. In Kroatien leben etwa 600 000 Serben. Sie brachten 23 Serben als Abgeordnete des Bundes der Kommunisten ins Parlament, aber auch fünf Abgeordnete der serbisch-nationalen Serbischen Demokratischen Partei, deren Politik für die Unruhen im August verantwortlich ist. Danach holte sich Tudjman einen Kommunisten, den eben pensionierten Generaloberst Martin Špegelj als Verteidigungsminister ins Kabinett. Špegelj war bis zum Frühjahr Kommandant des V. Wehrbezirks, zu dem Kroatien mit Ausnahme der Küste und Slowenien gehört. Obwohl das in Jugoslawien niemand so nennt, hat sich also in Kroatien eine »große Koalition« gebildet. Auch einer der Vizepräsidenten des Parlaments und ein Mitglied des kroatischen Präsidiums sind Kommunisten serbischer Nationalität.

Zwischen den jetzigen Machthabern in Slowenien und Kroatien gibt es ein gutes Einverständnis. Beide erklären, sie wollten einen neuen, südslawischen Staatenbund. Darüber wollen sie aber erst dann ernsthaft verhandeln, wenn in den übrigen Republiken Jugoslawiens demokratische Wahlen stattgefunden haben. Das müßte bis zum Ende des Jahres gelingen. Da aber gerade die Opposition in Serbien einen längeren Wahlkampf fordert, als die führenden Kommunisten vorgesehen haben, könnten die serbischen Wahlen auch erst Anfang des nächsten Jahres stattfinden.

Auf den ersten Blick scheint die Parteienpalette in Jugoslawien sehr bunt zu sein. 129 Parteien sind registriert, die meisten allerdings nur für je eine Republik, bisher nur 14 für das ganze Land. (So gibt es in Kroatien 36, Slowenien 34, Bosnien und Herzegowina 32, Serbien 15 Parteien...) Die meisten sind also gewissermaßen – um den deutschen Vergleich zu bemühen – kleine Landesparteien wie die CSU und sehr stark national geprägt. Die Kommunisten haben sich meist in Sozialisten umbenannt, aber wirklich demokratisch-sozialistische oder sozialdemokratische Organisationen haben kaum Gefolge und sind recht schwach. Aussichten bei den nächsten Wahlen

haben sie kaum. Die ersten Wahlen in Jugoslawien werden – wie auch sonst im Osten des Kontinents – eher ein Referendum gegen die Kommunisten nach 45 Jahren ihrer Herrschaft sein. In einer solchen Lage haben es alle schwer, die mit »sozialistischem« Gedankengut auftreten.

Serbien ist ein Sonderfall. Nicht nur, weil es die größte Republik ist, die Serben das zahlreichste Volk sind, nicht nur, weil nur Serbien laut Verfassung zwei autonome Gebiete hat – die Vojvodina und eben das Kosovo. Eine besonders interessante Erscheinung ist die Persönlichkeit des charismatischen Slobodan Milošević, der aus der kommunistischen Bewegung kommt, jetzt als Sozialist auftritt, eigentlich aber eine nationalistische Führerfigur ist. Er hat zuerst die Mehrzahl der Medien, einschließlich der stärksten Rundfunkanstalt im Lande, für sich gewonnen, indem er seine Leute (anfangs unbemerkt) an alle wichtigen Stellen rückte, dann sprach er das Nationalbewußtsein an, schuf auf allen Seiten Feindbilder und paktierte schließlich auch mit der orthodoxen Kirche. Hätte es in Serbien vor einem Jahr freie Wahlen gegeben, hätte er wahrscheinlich haushoch gewonnen. Seither begeht er Fehler auf Fehler und scheint eines Wahlsiegs selbst nicht mehr sicher zu sein, weil ein Bündnis nationalistischer Oppositionsparteien bereitsteht, ihn »rechts« zu überholen. Im Augenblick läuft der Count-Down zwischen Opposition und Milošević-Partei um das Wahlgesetz und eine neue Verfassung. Das Wahlgesetz sieht ein Mehrheitswahlrecht wie in Kroatien, aber auch eine Direktwahl des Präsidenten – wie in Slowenien – vor. Nur soll der serbische Präsident mit viel mehr Machtbefugnissen ausgestattet sein. Das Parlament soll nur zweimal jährlich zusammentreten, der Präsident, der die Regierung vorschlägt, kann aber auch das Parlament auflösen und bis zu Neuwahlen allein herrschen. Anscheinend glaubt man in den Kreisen um Milošević, daß er, selbst wenn seine Partei die Wahlen verlieren sollte, doch Aussichten hat, als Präsident gewählt zu werden.

Die serbischen Oppositionsparteien fordern einen fairen Wahlkampf, ansonsten wollen sie die Wahlen boykottieren. Alle wichtigen Parteien führen aber äußerst nationalistische Reden, wollen vor allem energischer in Kosovo aufräumen, haben sonst kaum ein Programm. Es gibt da eine »Partei des heiligen Sava«, geführt von einem Popen, die die Erlösung in strengster kirchlicher Orthodoxie auch im öffentlichen Leben sieht, oder die

Bewegung der Nationalen Erneuerung, die für Serbien auch Makedonien und Bosnien erkämpfen will und wieder die Monarchie einführen möchte. Vertreter des Hauses Karadjordjević im Exil geben auch schon bekannt, daß sie einem Ruf ihres Volkes natürlich folgen würden. Wenn man auf Grund öffentlicher Kundgebungen urteilen wollte, scheint die Position von Milošević (wenn auch von manchen nur als »kleineres Übel« betrachtet) gar nicht so schlecht zu sein. Aber wer weiß, was die »schweigende Mehrheit« wirklich denkt? Merkwürdig auch, daß im privaten Gespräch einer der Führer der albanischen Alternative im Kosovo äußerte, mit den »ultra-rechten« Serben würde man wahrscheinlich leichter einen Kompromiß finden als mit Milošević.

Man muß noch in Betracht ziehen, daß nur Slowenien einigermaßen »national homogen« ist. In keiner der übrigen jugoslawischen Republiken beträgt der Anteil des eigentlich staatstragenden Volkes mehr als 60 %, nicht einmal der der Makedonier.

In Bosnien und der Herzegowina leben etwa 40 % Moslems, 30 % Serben und 20 % Kroaten. Die Angaben sind ungenau, weil die letzte Volkszählung 1981 war und es inzwischen zu bedeutsamen Verschiebungen gekommen sein muß. Alle drei Völker haben in Bosnien ihre eigenen nationalen Parteien.

Bis zum Ende dieses Jahres müßten auch Wahlen für das Bundesparlament stattfinden. Eigentlich reichte das Mandat der derzeitigen Abgeordneten – und der Bundesregierung – nur bis zum 15. Mai. Mit einem Verfassungsgesetz wurde das Mandat einmalig bis zum 31. Dezember verlängert, um durch eine Veränderung der Verfassung und ein neues Bundeswahlgesetz die Möglichkeit für freie demokratische Wahlen zu schaffen. Bis Ende September wurde darüber aber noch keine Einigkeit erzielt. Nun scheint es am wahrscheinlichsten, daß die Frist noch einmal verlängert wird.

Das jugoslawische Bundesparlament besteht aus zwei Kammern, der Kammer der Republiken und der der Gebiete, die direkt aus diesen Territorien beschiedt werden. So haben also Kroatien und Slowenien nach den Wahlen in diese Kammer neue Abgeordnete geschickt (sie werden von den Republiksparlamenten gewählt), die anderen werden nach den Wahlen dasselbe tun. Nur für die erste Kammer – Bundeskammer – sollen jugoslawische Wahlen stattfinden. Und erst danach kann eine neue Regierung von beiden Kammern gewählt, oder die bisherige mit Premier Ante Marković bestätigt werden.

Premier Marković hat eine eigene Partei gegründet, den Bund der Reformkräfte Jugoslawiens. Als Programm nennt er seine bisher erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Unklar ist, ob er direkt oder über koalierende Parteien in den bevorstehenden Wahlen in den vier Republiken auftreten will. In der Deutschen Welle sagte er – für die jugoslawische Öffentlichkeit völlig überraschend –, daß er für die Wahlen in Bosnien und Herzegowina am 18. November antreten wolle. Auf die Frage, ob er überhaupt aus dem Bund der Kommunisten Kroatiens, dem er früher angehörte, ausgetreten sei, gibt er keine Antwort. Aus Slowenien hört man auch Meinungen, Wahlen für die Bundeskammer seien überflüssig, man strebe ebenso einen Staatenbund an, in dessen gemeinsames Gremium die Vertreter nur von den Republiksparlamenten geschickt werden sollten. Die Konfusion ist also total.

Die Frage lautet: weiterhin Bundesstaat auf neuen Grundlagen, Staatenbund oder Zerfall Jugoslawiens? Das Staatspräsidium bereitet den Vorschlag einer neuen Bundesverfassung vor, Slowenien mit Kroatien – abgesprochen mit dem Staatspräsidium – einen Konföderationsvertrag. Nachdem diese beiden Möglichkeiten durchdiskutiert und die Vorschläge veröffentlicht sein werden, soll es in allen Republiken getrennt zu einer Volksabstimmung kommen und die Wähler sollen zwischen diesen Optionen entscheiden.

Eine weitere wichtige Frage könnte sein: Wie verhalten sich die jugoslawischen Streitkräfte? Die führenden Generäle beteuern immer wieder, sie würden nur Befehlen des Staatspräsidiums gehorchen. Man kann wohl davon ausgehen, daß die Militärs keine eigene Politik machen, sondern politische Entscheidungen akzeptieren werden – selbst wenn das die Auflösung Jugoslawiens bedeuten sollte. Ein Staatsstreich der Generäle war unmittelbar nach Titos Tod möglich. Jetzt ist dieser Augenblick längst verpaßt. Ziemlich unvorstellbar ist, daß jugoslawische Soldaten bereit sein könnten, auf das Volk zu schießen, selbst wenn führende Offiziere verrückt genug sein sollten, so etwas zu befehlen. Das haben die Krisen in Kosovo und in Kroatien gezeigt.

Die Geschehnisse der letzten anderthalb Jahre zeigen, daß politische Prophezeiungen riskant sind. Im Laufe der Wochen zwischen dem Schreiben eines Artikels und seiner Drucklegung für eine Zeitschrift kann sich die Lage auf den Kopf stellen. Trotzdem sei es versucht, wenigstens die wichtigsten Alternativen für die unmittelbare Zukunft Jugoslawiens aufzuzeichnen:

1. Jugoslawien bleibt ein Bundesstaat mit einer neuen Verfassung, die die Beziehungen zwischen den souveränen Republiken und der Föderation exakt regelt. Das ist die Lösung, an der das Staatspräsidium arbeitet. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß eine solche Lösung von Slowenien und Kroatien angenommen wird.

2. Nach den Wahlen in allen Republiken wird eine Art Staatsvertrag zwischen den südslawischen Republiken ausgehandelt, durch den bestimmte Aufgaben an die Bundesorgane delegiert werden: die Regelung des gemeinsamen Marktes, der Finanzen, des Außenhandels und der auswärtigen Politik. Was die Streitkräfte angeht, haben die Republiken eigene Truppen, die aber in bestimmten Fällen unter ein gemeinsames Kommando gestellt werden (wie bei der NATO). Es ist auch denkbar, daß bestimmte Waffengattungen (Luftwaffe, Raketen, schwere Panzereinheiten usw.) als konföderative Truppen bestehen bleiben. Bisher war Serbien sehr dagegen, betonte, in einem solchen Falle müßten die Grenzen der Republiken neu geregelt werden. Aber weil ja die bisherige Verfassung viele konföderative Elemente hat, ist eine solche Lösung nicht ganz von der Hand zu weisen. Der neue Staat – das neue Jugoslawien – müßte ja nicht strikt »Föderation«, wie bisher, oder »Konföderation« heißen, sondern könnte zum Beispiel als »Bund der südslawischen Staaten« figurieren. Premier Marković scheint das egal zu sein. Er erklärte immer wieder, es käme auf den Inhalt der Staatsordnung an, nicht auf den Namen.

3. Slowenien und Kroatien treten aus Jugoslawien aus und bilden, eine jede dieser Republiken, einen Staat für sich. Variante dazu: Sie bilden miteinander einen Staatenbund. Die übrigen jugoslawischen Republiken (Serbien, Makedonien, Montenegro und Bosnien – Herzegowina) bleiben eine Föderation. Diese beiden Staatsgebilde – das westliche und das östliche – treten miteinander in konföderative Beziehungen, behalten die gleiche Währung und einen gemeinsamen Markt, treten dem Ausland gegenüber gemeinsam auf. Irgendwie wird dann Serbien eine Garantie für die in Kroatien lebenden Serben fordern, eine Art kultureller Autonomie.

4. Lösen sich Slowenien und Kroatien ganz von Jugoslawien, ist die Existenzfrage Sloweniens eine rein wirtschaftliche. Würden Österreich oder Italien für ein solches »slowenisches Luxemburg« »Belgien« spielen wollen? Viel schwieriger steht es mit Kroatien, dessen Grenzen Bosnien umspannen. Dann ist Bosnien »im Rachen« Kroatiens. Zusätzlich hat

Bosnien sogar noch einen Korridor zur Adria, der kroatisches Gebiet durchschneidet. Die kroatische Partei HDZ sucht schon jetzt in der Partei der bosnischen Moslems Verbündete und behauptet, die Moslems seien »die Blüte des Kroatentums«. Gewiß würden Kroatien und Slowenien gerne Bosnien und die Herzegowina im Rahmen ihres Staatenbündnisses sehen, und ausgeschlossen wäre es nicht, daß die Mehrheit der Einwohner dieses Mittelteils Jugoslawiens dazu bereit wäre. Aber dann blieben dort viele Serben, und eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Serben und Kroaten um Bosnien wäre nicht mehr auszuschließen. Deshalb wäre das eine sehr gefährliche Option.

5. Da es zu immer größeren Konflikten zwischen Serbien und Makedonien kommt, ist es nicht ganz auszuschließen, daß Makedonien versucht, seine Selbständigkeit zu erklären. Dann aber wäre sofort auch Bulgarien mit im Spiel. (Der sogenannte zweite Balkankrieg wurde zwischen Serbien und Bulgarien um Makedonien geführt.) Da es eine makedonische Minderheit auch in Griechenland gibt – obwohl das noch von keiner Regierung in Athen anerkannt worden ist – wären auch die Hellenen und dadurch die NATO involviert.

6. Serbien und Montenegro vereinigen sich in einem Staat – ohne Rücksicht auf Makedonien und Bosnien, nachdem Kroatien und Slowenien Jugoslawien verlassen haben. Solche Ideen werden diskutiert. Ein solcher Staat wäre etwa so groß wie Ungarn, hätte genug Kohle, Eisen, Wasserkraftwerke, über Montenegro einen Zugang zur Adria. Rein theoretisch kann man sich ein solches Staatsgebilde vorstellen, allerdings würden viele Serben außerhalb seiner Grenzen bleiben.

Bei allen Optionen (außer bei 1. und 2.) wäre die KSZE gefordert, zu den neuen Grenzen in Europa Stellung zu nehmen. Sollte es zu einem Bürgerkrieg in Jugoslawien kommen, wäre es das, was wir die »Libanonisierung« des Landes genannt haben. Kann sich Europa so etwas mitten in seinem Herzen vorstellen? Wichtige Kommunikationsstränge gehen durch das Land. Läßt man seiner Phantasie freien Lauf, können die schrecklichsten Visionen auftauchen, bis dahin, daß UNO-Friedenstruppen für Ruhe sorgen müssen...

Alle diese Varianten werden in Jugoslawien heute offen diskutiert. In dieser demokratischen Offenheit liegt auch die größte Chance, die Schwierigkeiten zu überwinden. Jugoslawien ist ein merkwürdiges Land. Der neueste scherzhafte Vorschlag geht dahin, das Kürzel SFRJ – Sozialistische Föderative Repu-



„ Ein Mensch,
der an nichts Böses denkt,
geschwind den Schritt nach Hause lenkt.
Schon tritt er ein und glaubt, er träumt,
ein Dieb war da, hat ausgeräumt.
Trotz allem bleibt er Optimist,
weil er so gut versichert ist. „

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.

Keine Sorge –
**Volksfürsorge**
Versicherungen

blik Jugoslawien – in der Zukunft anders zu lesen, nämlich: *Science Fiction Republic of Yugoslavia*.

Neigt man dem Optimismus zu – oder einfach der Logik, der kühlen Vernunft –, kann man all die bösen Spiele übersehen. Die verschiedenen politischen Kräfte suchen nur bessere Verhandlungspositionen. Premier Ante Marković zeigt sich gelassen. Meinungsumfragen zeigen, daß er das Vertrauen von fast 70 % aller jugoslawischen Bürger genießt. Er ist von Haus aus Elektroingenieur und ist relativ spät in die Politik gegangen. Aber er hat Spaß an ihr. Deutsche Beobachter würden vielleicht sagen: Er hat die Geduld, gewisse Probleme »auszusitzen«.

So schwierig Prognosen sind: Ein jugoslawischer Staatenbund – wie etwa als zweite Alternative beschrieben – hat die meisten Chancen, verwirklicht zu werden. Natürlich müssen noch viele Detailfragen diskutiert und gelöst werden. Aber schwieriger als die Einigung Deutschlands müßte es auch nicht sein. Wesentlich ist, daß die wohlverstandenen Interessen aller südslawischen Völker ein Zusammengehen erfordern.

Alle Gruppierungen Jugoslawiens berufen sich auf Europa. Ob Europa den Jugoslawen klarmacht, daß es in seinen Reihen keine nationalistische Kleinstaaterei dulden kann?

KARL SCHLÖGEL

Politik als Herausforderung – und Überforderung

Das Ost-West-Verhältnis im Wandel – die deutsche Frage als Herausforderung der politischen Bildung

1. Die »Politische Bildung« der Deutschen und das Niveau der »Politischen Bildung« in Deutschland ist über Nacht in einer dramatischen Weise herausgefordert worden. Es zeigt sich jetzt, wie weit das, was sich an politischer Erfahrung, Bildung und Kultur in 40 Jahren Nachkriegszeit in Deutschland akkumulieren konnte, den Herausforderungen und Belastungen standhält, die aus dem Ende der Nachkriegszeit erwachsen. Wenn man unter »Politischer Bildung« nicht nur Pädagogik,

Vermittlung von Wissen versteht, sondern – eher im klassischen Sinne – einen gewissen Durchschnittsstand kultivierten politischen Verhaltens, dann muß man in den letzten Wochen zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die Grenzen dessen, was politische Bildung vermochte, eng gezogen sind, enger jedenfalls als man noch vor einem Jahr, als die Nachkriegsordnung noch halbwegs stabil war, meinen konnte. Wenn es zutrifft, daß ein Volk immer die Regierung hat, die es verdient, wenn es zutrifft, daß sich nicht in der Routine, sondern in der komplizierten historischen Wendung zeigt, was an Kompetenz und Takt in einer politischen Klasse steckt, dann muß man sich fast auf ein Desaster einstellen oder wenigstens: Man kann nicht mehr davon ausgehen, daß die Sicherungen, die vor schwerwiegenden Fehlern schützen, automatisch auch halten werden. Meine These lautet: wir müssen nicht so sehr über eine »Herausforderung«, die auf uns zukommt, sprechen, sondern darüber, daß wir bereits inmitten einer Überforderung stehen – jedenfalls der politischen Klasse der Bundesrepublik, zu der nicht nur eine Partei, eine Regierung, sondern in großen Teilen auch die Opposition gehört.

2. Fast unerwartet rasch hat es sich so gefügt, daß in einem Europa, das aus der Teilung herauswächst, auch die Deutschen wieder ihre Einheit finden können. Aber dieser glückliche Ausgang aus dem Krieg und dem Nachkrieg steht jetzt auf dem Spiel. Mit einiger Fassungslosigkeit müssen wir registrieren, daß die Chance schon in dem Augenblick vertan werden kann, wo sie sich bietet. Die Frage ist dabei nicht die Einheit Deutschlands – obwohl auch diese in einer dramatischen Weiterführung der bisher gemachten Fehler auf Spiel gesetzt werden könnte –, sondern um welche Einheit und um welches Deutschland es sich in Zukunft handeln wird: eines, das aus einem Zuwachs an innerer Souveränität hervorgegangen ist oder eines, das man als Notlösung, weil anders der Zusammenbruch nicht abzuwehren ist, eben hinnehmen muß. Die Deutsche Einheit als Produktivkraft der europäischen oder als Risikofaktor, der das Hinauswachsen aus dem Nachkrieg erschwert, bremst, vielleicht auf lange verzögert. Die Frage ist, ob es zu einer Einheit kommt, die von den Menschen gewollt, herbeigewünscht wird und wofür sie arbeiten werden, oder ob sie als unvermeidbares Verhängnis, als böse Überraschung und Überforderung kommt; ob sie selber herbeiführen oder ob sie von ihr überrumpelt werden; ob sie die schlechte Tradition der »starken staat-

lichen Hand« fortsetzt oder die in Deutschland so wenig entwickelte Linie des freiwilligen Zusammenschlusses der Gesellschaft wieder aufnimmt; ob wir eine Einheit wollen, die von unten wächst oder eine Einheit, die von riskanten und gefährlichen Blitzmanövern und taktischen Finessen von oben zuwegegebracht wird; ob es zu einer Stärkung des Staates oder zu einer Mobilisierung und Freisetzung der Kräfte der zivilen Gesellschaft in Deutschland kommt; schließlich, ob diese Einheit für die Europäer eine Attraktion oder eine Ursache neuer Angst werden wird.

3. Jetzt, wo die Teilung Europas und Deutschlands verschwindet, zeigt sich, wer die Deutschen in diesem Europa sind. Zum ersten Mal seit langer Zeit müssen sie in eigener Verantwortung und nach eigenem Vermögen handeln, da die Allianzen, die »Systeme« in den Hintergrund treten. Die Deutschen treten aus den Bindungen, die sie sich selbst angelegt haben und die ihnen der Kalte Krieg in Europa angelegt hat, heraus, und sie zeigen sich, wie sie sind und wer sie sind.

Die westdeutsche Demokratie ist stark, aber zu ihren Schwächen gehört, daß sie sich überschätzen könnte. Die Integration Westdeutschlands in Westeuropa ist stark, aber zu ihren Schwächen gehört, daß sie vielleicht nicht stark genug ist, den Nationalsozialismus zu bannen, der die unvermeidliche Normalität ist. Das Selbstbewußtsein der westdeutschen Demokratie ist stark als negatives – gegenüber dem Dritten Reich und gegenüber dem Kommunismus – und es ist stark deswegen, weil es gezeigt hat, daß es ohne inneren Feind auskommt. »1968« ist ein großer Demokratisierungsschub und ein Schub zur Zivilisierung der einst Zwangszivilisierten gewesen. Westdeutschland hält die Pluralität aus, mit der es im Zeitalter des Kalten Krieges so große Schwierigkeiten hatte. Aber was ist, wenn der »äußere Feind« verschwunden ist, weil er Bankrott gemacht hat? Wie lebt ein Gemeinwesen, das nun aus eigener Kraft, mit eigener Identität und ohne Negativ-Abgrenzung leben können muß? Wir wissen es nicht, aber es wird sich jetzt zeigen, was an der westdeutschen Demokratie tief verankert, solide, und was aufgesetzt, oberflächlich ist.

Die Westdeutschen sind Westeuropäer geworden, aber ob sie europafähig geworden sind, wird sich zeigen. Es gibt eine Asymmetrie der Europäizität. Was im Umgang zwischen Westdeutschen und Franzosen, Engländern, Italienern, Amerikanern etc. üblich geworden ist, gilt im Umgang mit Tschechen, Polen, Russen noch lange nicht. Zu großen

Teilen geht es auch nicht: man lebte in verschiedenen Welten, mit verschiedenen Lebenserfahrungen, verschiedenen Horizonten und Erwartungen. Das, was die Deutschen im 20. Jahrhundert zu verantworten haben, hat sich wesentlich aber nicht im westlichen, sondern im mittleren und östlichen Europa abgespielt. Wenn man von Europäisierung spricht, dann meint man damit auch, daß die Westdeutschen an den Tatort des Genozids und an den Ort einer großen zivilisatorischen Leistung zurückdriften. Und ob aus den Deutschen Europäer geworden sein werden, wird sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes daran zeigen, wie sie mit den Restbeständen dieser Leistung und den Folgen der von ihnen angerichteten Vernichtung umgehen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird ein großer Vorhang weggezogen: Das Terrain vor der Teilung der Welt wird wieder sichtbar, so wie es von den Deutschen hinterlassen wurde: zerstört, entvölkert, moralisch ruiniert. Mehr als 40 Jahre lang konnte man seine guten Gründe haben, von den guten Vorsätzen, die man im Augenblick der bedingungslosen Kapitulation gefaßt hatte, Abstand zu nehmen – natürlich nur zeitweise und bedingt. Man nahm die Waffe wieder in die Hand, die man geschworen hatte, »nie wieder« anzufassen, da man die »Demokratie verteidigen mußte« (Remilitarisierung). Man mußte lange Zeit nicht so sehr von den eigenen Verbrechen im Osten sprechen, weil neue begangen wurden, diesmal im Namen der »roten Diktatur«. Man mußte sich um eine definitive Anerkennung der Ergebnisse des Krieges und der neuen Grenzen nicht kümmern, weil die Welt im Schatten der Grenzziehung von Jalta stand. Nun ist der Vorhang weggezogen: Es gibt keine wirkliche militärische Bedrohung aus dem Osten mehr – der Schwur der Deutschen von '45 kann ins Bewußtsein zurückkehren. Es gibt keinen »roten Faschismus« mehr, der den Blick auf die eigene Geschichte ablenken könnte – der direkte Blick ins Zentrum des Terrors ist wieder möglich. Es gibt keine Jalta-Grenzen mehr und zum ersten Mal stellt sich in aller Radikalität die Frage: Werden die Deutschen ein für alle mal die Konsequenzen aus ihrem Krieg gegen Europa akzeptieren, nicht als Auflage von außen, sondern als ihre eigene Geschichte, als ein Ergebnis ihres Tuns? Es geht hier nicht um eine moralische Frage, sondern darum, ob eine Nation ihre Geschichte als ihre eigene Geschichte akzeptiert oder sich ihr nur fügt, weil sie kraft äußerer Umstände (Alliierte, Verträge etc.) keine andere Wahl hatte, ob sie nur darauf wartet,



Leipzig, Oktober 1989

Foto: Evely Richter/Bertelsmann

wieder das zu sein, was sie war. Es ist das Warten auf Revanche. Man kommt an das, was damit gemeint ist, nicht heran, wenn man den leer gewordenen Begriff des »Revanchismus« benutzt. Man muß sich nicht vor einem Revanchismus fürchten, der obsolet ist, sondern vor einem Schweigen, das einer Lebenslüge gleichkommt. Das Schweigen kreist um die tiefe Verwunderung, die das Ende des deutschen Ostens für Deutschland darstellte.

4. Die Revanche bleibt eine Gefahr, solange nicht über diese Traumata gesprochen wird. Sie bahnt sich ihren Weg nicht in den Revanchismus, sondern in die politische Kultur, die vom Unbewältigten verdorben und vergiftet wird. Über den Verlust des deutschen Ostens zu sprechen, ist Sache der Vertriebenen. Die deutsche Gesellschaft hat eine radikale Konsequenz des Nazismus für die Deutschen zur Sache von Vertriebenenverbänden, zu einer Spezialsache von Heimatvertriebenen gemacht. Sie hat sich dem tiefen Einschnitt, den der Verlust des Ostens und der kulturellen Brückenfunktion nach Osten hin darstellt, nie gestellt. Was »progressiv« war, hat sich über die »ewig Gestrigen« aufgeregt und sich über Berufsvertriebene, die noch Ansprüche haben, mokierte, aber sie hat niemals begriffen, daß der Verlust dieses Ostens eine radikale Neuorientierung der gesamten deutschen Befindlichkeit darstellt – nicht weniger als das Verschwinden Litauens oder Galiziens aus dem polnischen Selbstbewußtsein. Das läßt sich nicht auf die Sache von Vertriebenen-Funktionären zurückstutzen. Damit muß man fertig werden. Wer sich darüber lächerlich macht, hat nichts von den alten und tiefen Bindungen der Deutschen nach Osten hin verstanden. Das Schlimme heute ist, daß die Deutschen die Quittung für ihr Schweigen, für ihre Tabus bekommen, und der Beginn des neuen grenzüberschreitenden Europas von der Wiederkunft der »Grenzfrage« verstellt wird. Es gibt in Deutschland keinen Weg, über den deutschen Osten zu sprechen, als entweder rechthaberisch bis zur Revancheforderung (Czaja) oder wohlmeinend moralistisch (vorwiegend die Linke). Auch nach vierzig Jahren gibt es keine schöpferische Antwort, die die Konsequenzen des Verbrechens radikal akzeptieren würde *und* dennoch an der zivilisatorischen Leistung festhielte. Die kritische Öffentlichkeit war vor allem »gegen etwas« – gegen Revanchismus etc. – und für »Versöhnung«, aber nicht für eine Neubestimmung der Beziehungen, die in die Waagschale wirft, was an Positivem geblieben ist. Es gibt kein wirkliches Konzept für die deutsche Hilfe

beim Wiederaufbau des östlichen Mitteleuropas. Und weil das so ist, dominiert die Stimmlerere, die keine Revanchisten sein wollen, aber Revanche nehmen wollen. Die polnische Westgrenze ist im Innersten eine deutsche Frage: ob die Deutschen mit sich und ihrer Geschichte ins Reine gekommen sind oder nicht. Wir müssen sie als definitiv akzeptieren, nicht weil wir Rücksicht auf andere nehmen, sondern uns selbst vor einer Wiederkunft der alten Bürgerkriegsfronten schützen wollen. Den Überraschungscoups der letzten Woche waren wir selbst zuerst und dann auch die Nachbarn ausgeliefert. Und die anderen, die Nachbarn, brauchen deshalb und insofern keine Furcht »vor den Deutschen« zu haben, wenn diese vor sich selbst keine Furcht haben müssen. Alles andere ist Pädagogik und Öffentlichkeitsarbeit.

5. Stürmische und dramatische Ereignisse geben neue Einblicke – z.B. zeigt sich, was an einem »System« wirklich dran ist, wenn es so rasch zerfällt. Aber sie haben auch ihre optischen Täuschungen – besonders wenn man von außen blickt. Was sich in der DDR abspielt, beweist das. Es zerfielen in rasendem Tempo die Angst, die Mauer des Schweigens, die Institutionen, die Parteien, die Eigentumsformen, die alte Arbeitsdisziplin, die Zeitungen, die Mauer, die alten Sicherheiten und Weltbilder. Es gibt innerhalb der allgemeinen Flucht aus der Verantwortung – »einfach die Sachen hinschmeißen« – auch Leute, die zu ihrer Verantwortung stehen und es gibt Leute, die inmitten der allgemeinen Würdelosigkeit ihre Würde bewahren. Es zeigt sich auch, was inmitten und trotz des Zerfalls bleibt. Es zeigen sich inmitten des hinfällig werdenden die stabilen Kerne des Zeitgemäßen, die noch eine Zukunft vor sich haben. Der ideologische Blick nimmt das nicht wahr, denn er blickt nicht auf Menschen und Charaktere, sondern auf Masken, Funktionen, Ideologien. Ihn interessieren weniger die Menschen einer Partei als deren Programm. Ihn interessiert mehr das System als die Leistungskraft und der gute Wille von Menschen, die etwas können. Die Systeme kommen und gehen, aber die Menschen bleiben. Sie haben ihre eigene Würde, sie sind niemand, über den man verfügt und in dessen Namen man spricht. Es gibt Leute, die den Menschen in der DDR sehr wenig zutrauen: keinen Stolz auf ihre bisher geleistete Arbeit, eine Neigung, sich aus der Obhut der einen gleich in die Obhut der anderen flüchten zu wollen, nicht einmal die Fähigkeit, einen eigenen Beitrag zu einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung leisten zu kön-

nen. Der rasche Zerfall gibt jenen, die die Techniken des kurzen Prozesses beherrschen, scheinbar recht. Aber wir sind auch inmitten der Konsolidierung der neuen Kräfte. Es gibt neue Gesichter und politische Gestalten von großer Autorität und Souveränität, es gibt inmitten der Leute auf der Straße, die die Nerven zu verlieren drohen, Leute, die die Nerven behalten und Gelassenheit und Würde zeigen. Es zeigen sich die Gesichter derer, die die neue deutsche Politik machen werden, es sind bisher fast durchweg Unpersonen gewesen, nun hängt fast alles an ihnen, den »Helden des Rückzugs« und Neuaufbaus. Die Vertretung der eigenen Interessen – anstelle ihrer Stellvertretung – ist ein Zuwachs an Zivilcourage und Bürgerverhalten in Deutschland, in dem sich die politischen Gewichte von Personen und von Parteien ändern. Die neuen Koalitionen verlaufen heute zeitgemäß – quer durch die gesamtdeutsche Gesellschaft und enden nicht mehr an der Mauer. Das Spektrum der gesellschaftlich Aktiven, der Parteien ändert sich und wird – wenn nicht noch Schlimmes passiert – reicher werden. Der Alleinvertretungsanspruch erledigt sich jetzt endgültig, da die Gesellschaft in der DDR ihre eigenen Sprecher hervorgebracht hat. Es sind die Elemente einer neuen politischen Elite, die andere Lektionen bekommen hat als die Bonner und die einen anderen Stil repräsentiert, als man ihn sich in Westdeutschland zu eigen gemacht hat. Sie sind dort empfindlich, wo man sich in Bonn erlauben kann, unsensibel zu sein (das gilt auch umgekehrt). Sie pflegt dort Rücksichtnahmen und sogar freundschaftliche, die sich in Bonn nicht oder nur in eine andere Richtung haben ausbilden können. Die Deutsche Einheit, die das nicht akzeptiert und sich Deutschland nur als ein double des Westens vorstellen kann, wäre kein Gewinn an innerer Souveränität und Europäizität.

6. Die neue Situation, mit der sich die Deutschen so schwer tun, wirft die Frage auf, wie es so überraschend dazu kam, und wie es kam, daß alle so sehr von ihr überrascht, überrumpelt werden konnten, warum es im Grunde schon lange keine Deutschlandpolitik mehr gab, und kurz vor dem Ende des alten Zustandes die Hauptlast auf dem Malteserhilfsdienst, der die Flüchtlinge versorgte, lag und nicht bei der Politik. Es ist mit Sicherheit noch zu früh, darüber ein Urteil zu fällen, aber die Flucht nach vorn, die jetzt die Politiker – ob in der Regierung oder in der Opposition – angetreten haben, ist auch eine Flucht aus ihrer Vergangenheit. Im aktuellen Parteikampf werden Spuren verwischt. Das ist of-

fensichtlich, und daher kann man dazu einige Worte der Klarstellung sagen.

Wenn keine der etablierten Parteien vorbereitet war, dann auch deshalb, weil sie sich für die gesellschaftlichen Vorgänge und Prozesse in Ost- und Ostmitteleuropa nicht existenziell interessiert haben. Es gibt eine weite Skala des Desinteresses: sie reicht vom Ignorieren über die Diskriminierung bis zum Instrumentalisieren dessen, was sich an autonomen Bewegungen in den Gesellschaften der östlichen Hemisphäre vorbereitet hatte. Heute stellen die Verbannten, Exilierten, Inhaftierten, die Autoren der Untergrundpresse, die Sprecher von Bürgerrechtskomitees, die Leiter fliegender Universitäten, von Samizdat-Verlagen, die Wortführer der lebendigen Gesellschaft innerhalb der Staatsgesellschaften Präsidenten, Minister, Redakteure der maßgeblichen Zeitungen, Universitätsrektoren, usf. usf. Die neue politische Elite des Ostens kommt aus dem Untergrund von einst und aus den nachdenklichen Elementen des alten Apparates. Sie hat ihre eigene Bildungsgeschichte, ihre eigenen Erfahrungen von mindestens 20 Jahren.

Niemand kann im Westen behaupten, er habe nichts davon gewußt. Niemand kann behaupten, man habe zu ihnen keinen Zugang finden können. Es gibt ja genügend Gegenbeispiele dafür, daß man eine Politik mit den politisch Verantwortlichen – also der Regierung – und eine Politik mit den aus der Verantwortung ausgeschlossenen Bürgerrechtlern hätte machen können. In Westdeutschland war das aus verschiedenen Gründen nicht so. Die Kritik kann nicht lauten, daß man das Gespräch mit den Offiziellen auf allen Ebenen nicht hätte führen sollen – das war notwendig und sinnvoll – sondern daß man die Sprecher der Gesellschaft nicht gehört hat, sie nicht für »relevant« ansah, nichts mit ihnen zu tun haben wollte. Jetzt sind sie aber da – und nicht aus dem Nichts gekommen.

Die Art, wie westdeutsche Politiker aller Couleur sich jetzt in der DDR zu tummeln begonnen haben, kann dieses Schweigen nicht ungeschehen machen. Eine Politik, die ihre Beurteilungskriterien für Stabilität aus dem Zustand von politischen Apparaten gewinnt, hat keinen Blick und kein Gespür für gesellschaftliche Tiefenprozesse, da sie nur den Apparat des offiziellen Gesprächspartners kennt, kann sie sich keine Vorstellung davon machen, daß es jenseits des politischen Establishments noch etwas anders gibt. Die Politik des Establishments ist immer Establishment-fiziert.

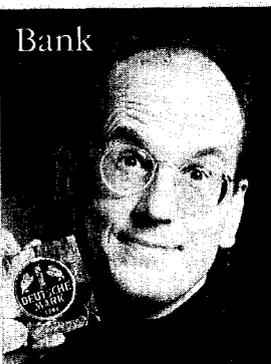
Es ist kein Zufall, daß der einzige wirklich vitale Brückenschlag zwischen den Gesellschaften und den politischen Kulturen des Westens und Ostens von nicht-etablierten Kräften geleistet wurde – von Alternativen, von Gründen, die sich den linken Tabus in Sachen Menschenrechten nicht beugten, von Mitgliedern der Friedensbewegung, die einen Weg unter der Blockkonfrontation hindurch suchten, und vor allem von vielen Einzelpersonen, die aus eigenem Interesse, nicht aus Parteizugehörigkeitsgründen Kontakt aufnahmen.

Der Kalte Krieg war zwar längst zuende, aber die Akteure standen durchweg in seinem Schatten. Viele Konservative sahen in der Dissidentenbewegung nicht so sehr den Keim und Vorläufer der zivilen Gesellschaft, sondern das Material für die Abrechnung mit dem Kommunismus. Viele »Linke« diffamierten jahrelang Dissidenten nur deshalb, weil sie die Ideologeme der westlichen Linken größtenteils mit gutem Grund lächerlich fanden, und weil

sie in den Dissidenten nichts anderes als »Helfershelfer der Reaktion« sehen konnten. Die Kontaktaufnahme lag bei all denen, die sich durch ideologische Parteizugehörigkeiten nicht länger imponieren ließen und ihre eigenen Wege gegangen waren. Das Ende des Nachkriegs beginnt mit einer neuen Asymmetrie: die Marginalien des Ostens werden über Nacht zur neuen politischen Elite, während im Westen das Establishment der Nachkriegszeit die Geschäfte weiterführt. Es gibt in Europa, das dem Ende seiner Teilung entgegengeht, zwei politische Klassen mit verschiedener Herkunft, Geschichte und Profil. Die Sache der westlichen Marginalisierten – es ist fast die ganze politische Generation nach 1968 – ist nun, da sie von ihren Regierungen so schlecht vertreten wird, vielleicht in den Händen ihrer östlichen Freunde, die ihrer Generation angehören, aufgehoben. Jedenfalls solange, wie die politische Klasse des Nachkriegs die Spielregeln, nach denen das Europa nach dem Nachkrieg sich entwickeln wird, ignoriert.

ABC/STROCKON

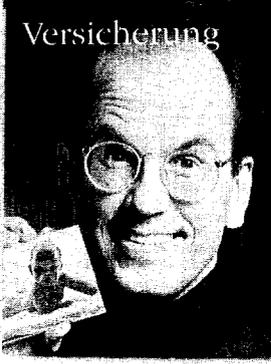
Bank



Bausparkasse



Versicherung



Immobilien



Und das für alle.

Die BHW Gruppe: Finanzdienstleistungen rund um alle Fragen des Bauens, Finanzierens, Sparens und der Vorsorge für über 2,5 Millionen Kunden, die uns beispielsweise 4 Millionen Bausparverträge über 160 Milliarden DM anvertraut haben. Ein Beleg für die Leistungskraft von fast 5.000 hauptberuflichen Mitarbeitern und 12.000 nebenberuflichen Beratern, für innovative Produkte und Dienstleistungen.



Herbst 1990

1. Die große europäische Frage von Einheit und Vielheit, Ökumene und Nationalismus stellt sich zuerst in Frankreich – und dort, im Unterschied zum übrigen Europa, schon im siebzehnten Jahrhundert. Dabei muß man sich klarmachen: Moderne Territorialstaaten, wie sie heute als normal gelten, waren bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein ganz und gar unüblich. Die meisten unserer Festredner glauben ja, der Nationalstaat sei eine Art »natürliche Ordnung«. In Wirklichkeit hat es im Mittelalter viele Jahrhunderte lang die Konzentration der militärischen, bürokratischen und ökonomischen Herrschaftsmittel in einer politischen Hand nicht gegeben. Das Nebeneinander von Papst und Kaiser (im Heiligen Römischen Reich) oder Papst und König (in Frankreich) war, wie Carl Schmitt zu Recht bemerkt hat, nicht etwa Chaos; es waren *diversi ordines*. Die unifizierenden und zentralisierenden Ideen eines souveränen, räumlich in sich geschlossenen Flächenstaats kamen erst mit der Renaissance, der Reformation und Gegenreformation auf, vor allem natürlich mit der Notwendigkeit der Überwindung des blutigen konfessionellen Bürgerkriegs.

Frankreich, 1614: In den Generalständen stehen sich Geistlichkeit, Adel und Bürgertum, hart ihre Interessen vertretend, ohne jeden Sinn für Gemeinsamkeit gegenüber.

Die Deputation des Dritten Standes der Stadt Paris stellt den bezeichnenden Antrag, daß der König seine Krone allein von Gott habe und keiner Gewalt, auch nicht der geistlichen, das Recht zustehe, seine Untertanen vom Recht der Treue loszusprechen. Alle Beamten, ja sogar die Geistlichen sollten dieses Dogma noch vor Antritt ihrer Ämter beschwören. Das war nichts anderes als der erste, noch ganz isolierte Ausbruch von »Nationalismus«. Carl Jacob Burckhardt interpretiert folgendermaßen: »Das Bürgertum, der Dritte Stand, strebte zur völligen Autonomie der Königsmacht, um den doppelten Vorzug zu genießen, im gleichen Maße wie die anderen Stände mitverantwortlich zu werden und zugleich das Unbehagen der Verantwortlichkeit im völligen Gehorchenmüssen zu verlieren, in einem Zustand zu leben, wo alle vor dem König gleich werden wie vor Gott und wo jeder als Angehöriger einer machtvollen Nation mehr ist als seine Nachbarn.«

Später wird man dem Nationalstaat seine Verschwisterung mit »der Demokratie« nachrühmen. Daran ist etwas Richtiges, aber richtig ist es nicht. Der Ultramontanismus hatte sich überlebt, das verantwortungslose Gegeneinander der Stände erzeugte beinahe zwangsläufig die Vorstellung von der Notwendigkeit eines starken, alle Teile vor sich gleich verantwortlich machenden Staates und in der Französischen Revolution ersetzte der Dritte Stand schließlich das Königtum von Gottes Gnaden durch die »Volksouveränität« Rousseaus. Das ist der Gang der Geschichte, so ist es abgelaufen. Um zu behaupten, daß es so ablaufen *mußte*, daß also die Zerstörung des Föderalismus, der Nationalitätenstaaten, der Vielvölkerreiche eine notwendige historische Bewegung war, bedurfte es dann des deutschen Idealismus und seiner mißbratenen linkshegelianischen Söhne, vor allem einem aus Trier: Karl Marx.

2. Welche Kopfgeburten hat Europa schon geboren. Berühmte Juristen des öffentlichen Rechts wie James Lorimer (1877) und Johann Kaspar Bluntschli (1878) veröffentlichten Projekte einer »Europäischen Gesamtorganisation«. Lorenz von Stein schlug im Jahr 1885 »im Namen der Integrität des großen europäischen Verkehrsorganismus und der konstitutionellen Einheit Europas eine Neutralisierung der großen Eisenbahnstrecken Europas« vor; eine originelle Europäisierungsstrategie. Otto Bauer, der große österreichische Sozialist, hatte sich einen »sozialistischen Staatenstaat«, Richard Coudenhove-Kalergi ein »Pan-europa« vorgestellt, sozusagen eine Art Gesamteuropa von Brest bis Brest. Was kam, waren zwei Weltkriege. Jetzt, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, scheinen die alten Träume realistisch geworden; aber nur, wenn die Europäer – nach dem Wiederaufstieg des Vorkriegsnationalismus in Ostmitteleuropa und nach der deutschen Einigung – nicht einknicken, wenn sie nicht zurückflüchten in das zwar stickige, ungesunde, aber gewohnte Lebensmilieu des Nationalstaats.

Vor allem *eine* Irrlehre müssen die Europäer entschlossen bekämpfen: die Irrlehre der unbeschränkten nationalen Souveränität. Die Idee eines grundsätzlichen Monopols der Staatsgewalt über alle Personen und Sachen, die sich im Staatsgebiet befinden, ist eine Per-

versität. Sie bot mit dem Instrument der »Einsmischungen in innere Angelegenheiten« ein Paravent, hinter dem die »staatsführenden Völker« (ein monströser nationalistischer Begriff) die anderen Nationen, die Minderheiten, die Schwächeren drangsalieren, korrumpieren, assimilieren, vertreiben, in vielen Fällen auch töten konnten.

Die Völker dieser Welt haben in den letzten Jahrzehnten erste zaghafte Schritte zur Überwindung dieser unbeschränkten nationalen Souveränität zurückgelegt: durch Minderheitenverträge, die der Völkerbund verbürgen und kontrollieren sollte, durch einen Weltmensenrechtspakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte, durch die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats von 1950, durch die Sicherung von Volksgruppenrechten in zwischenstaatlichen, auch innerstaatlichen Regelungen, durch die wachsende Wirksamkeit internationaler Gerichtshöfe, neuerdings durch Beschlüsse der KSZE. Aber wo es hart auf hart geht, stehen alle diese Regelungen immer noch auf dem Papier. Was wird mit den Kurden in der Türkei, den Türken und Pomaken in Bulgarien, den Magyaren in Rumänien, den Serben in Kroatien, den Albanern in Serbien, den Türken in Westthrazien? Was wird mit der Nordirlandfrage, was mit den kulturellen Rechten der elsässischen Volksgruppe, die gerade wieder einmal eingeschränkt werden, was mit der deutschen Volksgruppe in Polen (um die sich die Linke leider überhaupt nicht gekümmert hat, so daß jetzt dort ein gewisser Herr Hupka großen Einfluß hat)? Wie blutig muß der Weg der Sowjetunion von der Föderation zur Konföderation werden? Wir haben die unbeschränkte nationale Souveränität Schritt für Schritt durch Völkerrecht begrenzt, jetzt müssen wir daran gehen, dieses Völkerrecht bindend zu machen und Einrichtungen zu begründen, die in der Lage sind, ihm Geltung zu verschaffen.

3. Die einzige Institution, die diese Menschenrechte garantieren kann, sei eben der Nationalstaat – so der nach England emigrierte deutsche Liberale Ralf Dahrendorf, weiß Gott ein aufklärerischer Geist. Die Frage ist nur, ob er seine neue Heimat, die nasse, windige Insel mit ihrem in Jahrhunderten gebildeten common sense nicht allzu absolut setzt und ob er den gewaltsamen, ethno-pathetischen, laienreligiösen Zug des mitteleuropäischen (und auch deutschen) Nationalismus nicht unterschätzt.

Dahrendorf sagt (in unterschiedlichen Auf-

sätzen in der Zeitschrift *Merkur* immer wieder – und zu Recht »Ohne Institutionen keine Freiheit, ohne Staat keine Institutionen«. Aber dann setzt er hinzu: »Staat heißt nun einmal nach wie vor Nationalstaat.« Warum? Wenn die Europäische Gemeinschaft die Währungsunion gegen den Widerstand der englischen Souveränitätsfanatiker unter Margret Thatcher und gegen den Stabilitätsfetischismus der deutschen Bourgeoisie durchsetzt, entsteht erstmals eine supranationale Form der Staatlichkeit. Warum kann man das Europäische Parlament, eine Europäische Zentralbank, den Europäischen Gerichtshof nicht zu wirksamen Institutionen umformen?

Vor allem ist die These falsch, daß der Nationalstaat in der Lage sei, die Menschenrechte in der Zukunft abzusichern. Entweder gelingt es uns, eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen (mit einer Streit-schlichtungs-Einrichtung der KSZE und einer geschlossenen operierenden Europäischen Gemeinschaft als Durchsetzungs-Macht) oder von Menschenrechten wird bald nur noch klagend die Rede sein. Oder glaubt wirklich irgend jemand, daß der entstehende kroatische Nationalstaat die Menschenrechte der serbischen Minderheit in Kroatien sichern wird? Oder der serbische Nationalstaat die Menschenrechte der albanischen Minderheit, der rumänische die der magyrischen Minderheit, der litauische die der russischen und polnischen Minderheit und so fort?

4. Verglichen mit der mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Lage wirkt die deutsche Situation derzeit geradezu idyllisch. Man kann der inzwischen wieder national-liberalen Mehrheit unserer Intelligentsia durchaus recht geben: daß das deutsche Volk in seiner heutigen Mischung von Generationen, Erfahrungen und Interessen in nationalistischen Überschwang ausbrüche, ist nicht zu befürchten. Die Frage, die alle übersehen (und deren Formulierung die Festreden zur deutschen Einheit allerdings gestört hätte) lautet: Was passiert, wenn wir die (durchaus gegebene) Chance einer raschen Europäisierung nicht nutzen, Deutschland dann der stärkste europäische Nationalstaat wird und um sich herum, in den anderen Nationalstaaten Nationalismus stimuliert? Auch die gemäßigten Reden von François Mitterrand oder Tadeusz Mazowiecki können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor Millionen von Europäern gibt, die Deutschland als regionale Supermacht unter gar keinen Umständen tolerieren werden. Wie werden unsere Kinder auf eine solche Zuspitzung reagieren?

5. Keine Kritik, nur ein Erstaunen: wie deutsche Intellektuelle von »Deutschland« reden. Vergessen wir die nationalen Blähhälse, zitieren wir nur ernsthafte Leute, Martin Walser zum Beispiel. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hat er gesagt: »Wir dürfen, sage ich vor Kühnheit zitternd, die BRD so wenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offen halten.« Oder: »Sachsen und Thüringen sind für mich weit zurück und tief hinunter hallende Namen, die ich nicht unter Verlust buchen kann.« Oder: »Aus meinem historischen Bewußtsein ist Deutschland nicht zu tilgen.«

Sein »Deutschland« muß, darüber kann es leider gar keinen Zweifel geben, genau jenes Deutschland sein, das Bismarck 1871 geschaffen hat. Als Böhme gehöre ich nicht dazu, genausowenig wie die Wiener und viele andere. 1871; aber Walser schreibt: »Weit zurück und tief hinunter.« Was geht da vor?

Wenigstens Thomas Schmid hat gemerkt, was da vorgeht. In seinem brillanten Essay *Staatsbegräbnis* (Rotbuch Verlag 1990) zeigt er, daß auch eine andere Geschichte des deutschen Einigungsprozesses möglich gewesen wäre. »Kein Naturgesetz war da am Werke, es wären ganz andere Staatenkombinationen möglich gewesen, das Reich wurde mit ›Blut und Eisen‹ geschaffen, es war ein Produkt von

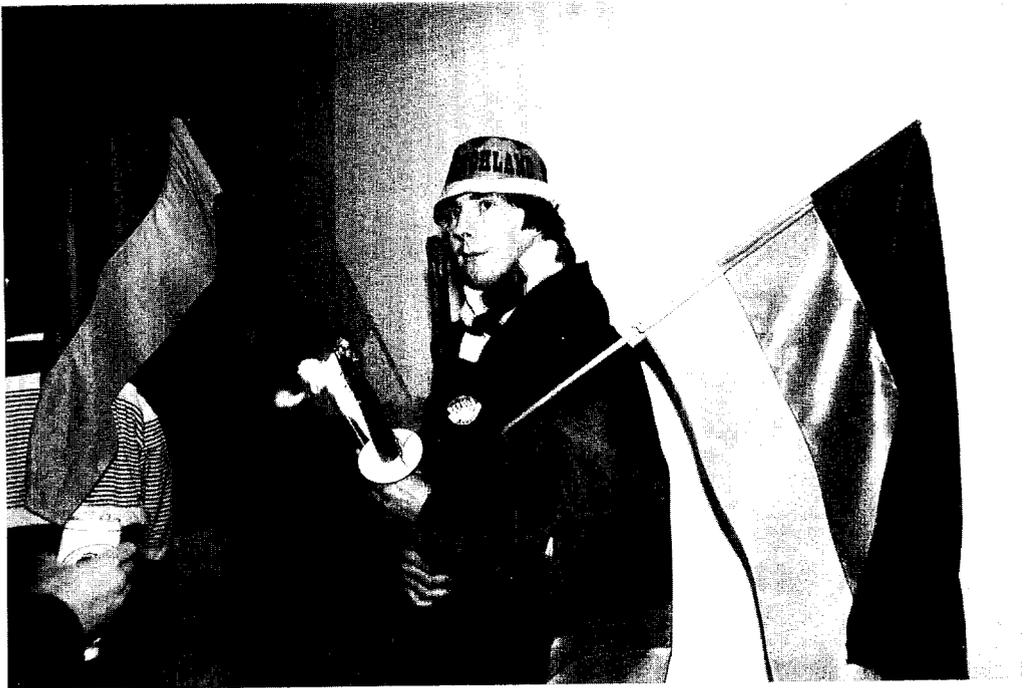
Gewalt und es schuf nie jene stabile nationale Identität, von der die Propaganda später immer gesprochen hat – so erfolgreich, daß auch die Linke darauf hereingefallen ist.«

6. Zur deutschen Einigung: Man muß Kohl zugute halten, daß er, ähnlich wie Konrad Adenauer, kein Nationalist ist; jedenfalls bis vor kurzem keiner war. Kohl ging bis in die entscheidenden Monate des Jahres 1989 nicht über die üblichen Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung Deutschlands hinaus. Natürlich, er wußte, daß er auf dem rechten Flügel seiner Partei, in Teilen der bayerischen CSU, vor allem bei den Vertriebenenverbänden, im protestantisch-konservativen Bürgertum eine starke Minderheit von CDU/CSU-Wählern hatte, die die nationale Idee nicht aufgeben wollte. Also gab er dem Affen gelegentlich Zucker – aber nur selten und niemals allzu viel; das Tier sollte nicht zu stark werden.

Als dann, zur Überraschung aller, der kleine ungarische Außenminister Horn mit seiner revolutionär-mutigen Entscheidung, die Grenzen Ungarns offenzuhalten und die Flüchtlinge aus der DDR nicht zu behindern, den »ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden« zum Einsturz brachte, hatte Helmut Kohl in seiner Rolle als Führer der gemäßigten Rechten in Deutschland nicht mehr viele Optionen. Wenn er sich auch nur für eine zeit-

2. 10. 1990 am Brandenburger Tor

Foto: JOKER/K. Prauße



weilige Erhaltung der DDR als selbständigen Staat eingesetzt hätte, hätte er seine eigene Partei gespalten.

Kohl ist keineswegs so tumb, wie ihn die Linke hinzustellen pflegt; und daß ein deutscher Nationalstaat in der Mitte Europas immer ein Problem war und immer ein Problem bleiben wird, ist ihm sicher klar. Auf der anderen Seite dürfte ihm, wie der großen Mehrheit seiner Zeitgenossen, die nationalstaatliche Idee, wonach das Staatsgebiet und der von einem bestimmten Volk erfüllte Raum eigentlich zur Deckung kommen sollten, doch als eine Art natürlich Ordnung vorkommen. Was sollte der Mann also machen? Er hatte nicht vorgesorgt; hatte in den langen Jahrzehnten des Kalten Krieges den Nationalismus nicht bekämpft, sondern hatte sich darauf beschränkt, ihn nicht zu fördern. Als jetzt, im Herbst 1989, der Nationalismus wieder chancenreich wurde, hätte er durch einen entschiedenen Kampf gegen ihn seine politische Existenz aufs Spiel gesetzt. Darf man sich darüber wundern, daß er diesen hohen Einsatz nicht gewagt hat?

Wer Helmut Kohl mit Gerechtigkeit beegnen will, muß sich klarmachen: Die rechtzeitige Austilgung des Nationalismus bei den Deutschen hätte, für den Führer einer konservativen Partei, ein hohes Wagnis, gewaltige Staatskunst, eine ganz überdurchschnittliche Witterung für zukünftige Entwicklungen verlangt. Über diese Eigenschaften verfügt Kohl nicht; aber wer gebietet schon über sie? Man kann diesem Kanzler viel ankreiden: daß er nicht sofort die Reparatur der zerstörten Infrastruktur der DDR in Angriff nehmen ließ; daß er zusah, wie die Industrieanlagen dieses Staates entwertet wurden; daß er im Wahlkampf den Mund allzu voll nahm und dadurch schärfere Verteilungskämpfe provozierte als die, die unvermeidlich waren; daß er die schwachbrüstige Zentralverwaltungswirtschaft zu schnell der Konkurrenz des Weltmarktes aussetzte. Im übrigen aber hat Helmut Kohl getan, was jeder geschickte Politiker tut: Er hat eine Stimmung, die er selbst nicht ausgelöst hatte, registriert und benutzt, er hat »die Kurve gekriegt«. Kohl ist der »Große Kurven-Krieger«. Bedauerlich, daß Deutschland im Jahr 1989 im Amt des Kanzlers nicht über einen Bismarck verfügte. Aber wer verfügt schon über einen Bismarck?

7. Seltsam: Das tapferste Buch über den gegenwärtigen Geisteszustand unserer Republik hat ein liberal-konservativer, der CDU nahestehender Journalist geschrieben: Wolfgang Herles – *Nationalrausch* (Droemer-

Knaur, 1990). Im Unterschied zu Thomas Schmid ist das keine geistesgeschichtliche Analyse, in einigen Wertungsfragen (zum Beispiel bei der Beurteilung Herders, aber auch bei der Kritik Willy Brandts) ist Herles sogar extrem ungerecht. Aber die Rekapitulation des letzten Jahres aus den Äußerungen der deutschen Staatspersonen ist überaus erhellend. Sie zeigt: wie »die Geschichte« die meisten unserer Politiker (rechte und linke) ständig überholte. Da »die Geschichte« aber im Unterschied zu den handelnden Personen ein Abstraktum ist und niemanden überholen kann, muß die laufende Selbstkorrektur der Überzeugungen unserer politischen Klasse mit etwas anderem zu tun haben. Der Chronist Herles definiert es nicht, er führt es einfach vor; durch korrekte, klug ausgewählte Zitate. Man fühlt sich bei der Lektüre wie auf einem Kettenkarussell; allerdings einem, das immer schneller und schneller fährt.

Wenn ich Herles interpretieren sollte, würde ich sagen: Der verhängnisvollste Satz des letzten Jahrzehnts stammt von Gorbatschow. Er lautet: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Jetzt haben sie alle Angst, zu spät zu kommen; und laufen, laufen, laufen.

Herles ist Leiter des ZDF-Studios in Bonn; er galt bisher als einer, der für höhere Aufgaben vorgesehen ist. Unstreitig hat er seinen Job bisher vorzüglich gemacht. An seinem weiteren Lebensweg wird zu beobachten sein, ob im größeren Deutschland einer Karriere machen kann, der sich dem national-liberalen mainstream zu entziehen versucht.

8. Der wunderbare Robert Musil. Im achtzigsten Kapitel seines großen Romans, dem *Mann ohne Eigenschaften*, heißt es: »Die Eskadron reitet in Zweierreihen und man läßt »Befehl weitersagen« üben, wobei ein leise gesprochenener Befehl von Mann zu Mann weitergegeben wird; befiehlt man nun vorne 'Der Wachmeister soll vorreiten', so kommt hinten heraus: »Acht Reiter sollen sofort erschossen werden« oder so ähnlich. Auf die gleiche Weise entsteht auch Weltgeschichte.«

Vielleicht können wir dazu beitragen, daß Weltgeschichte – in Europa – künftig zuweilen auch auf andere Weise entsteht.

Die »Notizen zum Nationalstaat« sind Vorarbeiten zu dem Buch »Der Irrweg des Nationalstaats – Europäische Reden an ein deutsches Publikum«, das zur Buchmesse dieses Jahres erschienen ist.

Entwurf einer Politik der Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftsvertrag

Die wirtschaftliche Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands verleiht einer großangelegten Politik der Arbeitszeitverkürzung eine ganz besondere Aktualität und Dringlichkeit. Und dies für die ArbeitnehmerInnen sowohl der BRD wie der (ehemaligen) DDR. In ersterer wird, laut den übrigen sehr optimistischen Prognosen des Baseler Instituts Prognos, die Arbeitslosigkeit selbst bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 3,1 % auch in zehn Jahren noch keineswegs verschwunden sein. Sie würde sich, so Prognos, im Jahre 2000 noch auf 1,3 Millionen registrierte Arbeitslose belaufen, insofern sich die drei folgenden recht günstigen Voraussetzungen erfüllen:

- Die stille Reserve der Arbeitskräfte, die die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben hat, wird weiter stillschweigend vom Arbeitsmarkt fernbleiben;
- Die Anzahl der arbeitssuchenden Übersiedler aus der (ehemaligen) DDR wird im Laufe von zehn Jahren nur 1,4 Millionen betragen;
- Die Umwelt wird ein 3,1%iges Wachstum – bei dem die chemische und die Automobilindustrie weiter eine bedeutende Rolle zu spielen hätten – zehn Jahre lang hinnehmen.

Diese Annahmen sind, milde gesagt, zumindest riskant.

Für die (ehemalige) DDR lassen sich die Aussichten am besten mit dem folgenden Zitat zusammenfassen: »Die Bundesregierung scheint die Dimension der heraufziehenden Wirtschaftskrise aus den eigenen Überlegungen ausgeblendet zu haben ... Nur 30 Prozent der DDR-Betriebe, so schätzt Finanzminister Walter Romberg, sind ohne größere – also auch nicht gänzlich ohne – staatliche Hilfe wettbewerbsfähig. Was wird mit den anderen 70 Prozent? Sollen sie alle Pleite gehen oder nur die 20 Prozent, die auch Romberg für nicht sanierungsfähig hält?« (so Peter Christ, in DIE ZEIT vom 18.5.1990).

»Betriebe« bezeichnen in der (ehemaligen) DDR natürlich fast ausschließlich Industrie-Betriebe, die einen bei weitem überwiegenden Anteil der Erwerbsbevölkerung beschäftigen.

Die Produktivität dieser Betriebe beläuft sich, nach bundesdeutschen Schätzungen, auf ca. ein Drittel des westlichen Niveaus. In anderen Worten: steigende Massenarbeitslosig-

keit der Industriearbeiter ließe sich nur verhüten, wenn die Industrie ihre Produktion verdreifachen würde. Das wird sie aber sicher nicht tun. Als Industrie-Standort ist nämlich die (ehemalige) DDR für die Investoren für lange Zeit noch weniger attraktiv als die BRD, deren Kapazitäten übrigens für die Versorgung der DDR Bevölkerung genügen könnten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Allein auf den Gebieten der Dienstleistungen, der Baugewerbe und des Straßenbaus werden sich in der (ehemaligen) DDR viel zahlreichere Arbeitsplätze bieten. Die Frage bleibt allerdings offen, ob letztere sehr viel zahlreicher sein werden als die vielen Arbeitsplätze, die in den öffentlichen Verwaltungen abgebaut werden.

Voraussichtlich wird sich also in den nächsten Jahren folgende Entwicklung ergeben: die bundesdeutsche Industrie (und Landwirtschaft) wird der (ehemaligen) DDR einen Großteil ihrer Gebrauchsgüter und Genussmittel liefern. Dadurch werden in der BRD zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Deren Anzahl wird jedoch viel kleiner sein als die Anzahl der in der DDR-Industrie und -Landwirtschaft beseitigten Arbeitsplätze. Arbeitslosigkeit wird folglich im Gesamtdeutschland ansteigen und, in Abwesenheit einer gezielten öffentlichen Investitions- und Entwicklungspolitik, zu regionalen Disparitäten und Überstedlungswellen führen.

Der letzte, überstürzt ausgehandelte Tarifvertrag der IG Metall muß aus dieser Sicht als bereits revisionsbedürftig erscheinen. Denn die für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen Etappen der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden tragen allein dem kurzfristigen Anstieg der Beschäftigung in der bundesdeutschen Industrie Rechnung, nicht aber dem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Gesamtdeutschland.

Mit Sofortmaßnahmen läßt sich eine, durch den hastigen wirtschaftlichen Anschluß der DDR hervorgerufene, rasch steigende Arbeitslosenquote nicht mehr vermeiden. Umso wichtiger muß die Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Gewerkschaftspolitik erscheinen, die die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertritt, den Abbau der Arbeitslosigkeit sichert sowie das Recht aller auf sinn-

volle Arbeit, persönliche (Weiter-)Entwicklung, Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust und wachsende Zeitsouveränität.

Der folgende Aufsatz skizziert eine derartige Politik. Er kann natürlich nicht mehr sein als eine Anregung zur Diskussion. Diese aber ist überfällig. Seit der Wende in der DDR sind alle Perspektivdebatten in den bundesdeutschen Gewerkschaften abgebrochen. Zu lange hat man mit der Kritik an den Staatsgewerkschaften in der DDR gezögert, zu lange hat man mit ihnen kooperiert und sich dabei von der Bevölkerung dort entfernt. Jetzt ist man mit der verbalen Demagogie der Reste der Staatsgewerkschaften konfrontiert. Sie suchen die Ursachen der gegenwärtigen Krise lediglich außerhalb der DDR. Über der Auseinandersetzung mit dieser Demagogie und den riesigen organisatorischen Problemen des Gewerkschaftsaufbaus in der ehemaligen DDR werden allzuleicht Kernpunkte der gewerkschaftlichen Reformdebatte vergessen...

Grundsätzliche (ökonomische) Erwägungen

Arbeitszeitverkürzung (AZV) ist sowohl wünschenswert wie notwendig. Sie ist wünschenswert insofern sie jeder und jedem größere Möglichkeiten bietet, sein oder ihr Leben selbst zu gestalten und sich durch eine Vielfalt von Tätigkeiten allseitig zu entfalten. Sie ist notwendig insofern steigende Produktivität dazu führt, daß immer mehr mit immer weniger Arbeit hergestellt wird. Wenn alle, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten wollen, auch Arbeit finden sollen, muß die von jeder und jedem geleistete Arbeitszeit allmählich abnehmen. Darüber sind sich so ziemlich alle einig.

Sobald man jedoch versucht, die Idealziele und Prinzipien praktisch umzusetzen, herrscht größte Verwirrung. Über die geeigneten Mittel einer großangelegten Politik der Arbeitszeitverkürzung (AZV) klaffen die Ansichten so sehr auseinander, daß das Thema nicht die gemeinsamen, sondern vielmehr die gegensätzlichen Interessen von Arbeitsplatzbesitzern, Arbeitslosen, Randarbeitnehmern und Teilzeitbeschäftigten hervorhebt.

So behaupten z.B. alle Befürworter einer Politik der AZV, es sei unmöglich, die Arbeitszeit zu verkürzen und zugleich die Kaufkraft der Löhne und Gehälter aufrechtzuerhalten. Diese Behauptung ist nur von seiten solcher militanter Grünen verständlich, die sich von der Arbeiterbewegung und der Linken entschieden abzugrenzen suchen. Ihr Ziel ist es

ja, Industrie- und Warenproduktion zu reduzieren zugunsten von Selbstversorgung und gegenseitiger Hilfeleistungen, z.B. in Kooperationsringen. Sie befürworten also eine Arbeitszeitverkürzung mit proportionaler Kürzung der Löhne. Sie vertreten ihren Standpunkt aus ideologischen, nicht aus ökonomischen Gründen: Sie sagen nicht, es sei unmöglich, weniger Stunden zu arbeiten und gleich viel zu verdienen wie vorher; sie sagen vielmehr, dies sei nicht wünschenswert.

Die überwiegende Mehrheit der Nationalökonominnen – ob sie nun der alternativen Linken, den Gewerkschaften oder der SPD angehören – halten es jedoch für eine wirtschaftliche Unmöglichkeit, die Arbeitszeit ohne Gehalts- oder Lohnverluste stark zu kürzen. Eine Politik der AZV könnte ihrer Meinung nach allein die niedrigeren und mittleren Löhne garantieren, die höheren Gehälter jedoch müßten einen Verlust an Kaufkraft in Kauf nehmen. Dies würde aber bedeuten, daß eine Politik der AZV sich von Anfang an über das unmittelbare Interesse der einflußreichsten und gebildetsten Fraktion der Arbeitnehmerschaft hinwegsetzen müßte.

Worauf beruht denn nun eigentlich die Behauptung, daß man nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht mindestens gleich viel verdienen kann wie vorher? Hat sich nicht die gegenteilige Behauptung als richtig erwiesen? Verfügen wir nicht über eine Kaufkraft, die mindestens fünfmal höher ist als am Anfang dieses Jahrhunderts, obwohl wir nur noch halb soviel arbeiten wie damals? Warum sollte es uns nicht gelingen, bei weiterer AZV unsere gegenwärtige Kaufkraft beizubehalten, wo doch die Produktivität jährlich weiter ansteigt und sich das Tempo ihres Anstiegs in Zukunft eher beschleunigen als verlangsamen wird?

»Einverstanden«, haben mir Gewerkschafter kürzlich entgegnet, »der Produktivitätszuwachs kann die AZV ohne Einkommensverlust finanzieren. Aber wenn du auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen willst, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, dann wirst du doch auch die Löhne und Gehälter reduzieren müssen.«

Scheinbar einleuchtend beruht auch letztere Behauptung auf einem Trugschluß. Ich werde weiter unten zeigen, daß sie nur bei absolutem wirtschaftlichen Nullwachstum zutrifft. Solange hingegen nicht nur die Produktivität, sondern auch das Sozialprodukt weiter wachsen, läßt sich sowohl die Arbeitszeit verkürzen als auch die Arbeitslosigkeit verringern – ohne jegliche Kürzung der Löhne und Gehälter.

Diese Möglichkeit einzusehen – und sie zu wollen – fällt uns aus folgendem Grund so schwer: Wir kalkulieren immer *ex post*, wie die NationalökonomInnen sagen, indem wir von den Ergebnissen einer vergangenen Entwicklung ausgehen. Die Spielräume scheinen uns dann sehr eng, denn die Früchte des Wirtschaftswachstums und der gesteigerten Produktivität sind immer bereits aufgeteilt. Man kann sie nicht auf eine größere Anzahl von ArbeitnehmerInnen verteilen, es sei denn, man nimmt denen, die bereits bedient sind, etwas weg.

Was aber im nachhinein unmöglich erscheint, wird durchaus möglich, wenn wir *ex ante* darüber nachdenken, wie sich die Früchte einer kommenden Entwicklung am besten aufteilen lassen. Diese Aufteilung wird dann zu einer offensichtlich politischen Aufgabe, über die gesellschaftspolitische Entscheidungen gefällt werden müssen. Um möglichst vernünftig zu entscheiden, müssen wir uns dann folgende Fragen stellen: Welche Produktivitätssteigerungen können wir für die kommenden vier bis fünf Jahre voraussehen? Und welches Wachstum der Produktion? Wie teilen wir diese und jenes auf zwischen a) Arbeitszeitverkürzung, b) Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und c) Erhöhung der Löhne und der Sozialleistungen?

Es handelt sich also insgesamt darum, die Entwicklung mittelfristig auf gewisse gesamtgesellschaftliche Ziele hinzusteuern. Diese Ziele zu setzen und zu erreichen, ist Aufgabe der Politik. Ich werde nun anhand von sechs Szenarien versuchen, die ökonomischen Spielräume abzustecken, innerhalb welcher sich – zumindest theoretisch – unterschiedliche Lohn-, Arbeitsplatzbeschaffungs- und Arbeitszeitpolitiken in Angriff nehmen lassen. Als Grundlagen der Berechnungen mögen die wirtschaftliche Wachstumsrate und die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre dienen. Allein das Prinzip der Berechnungen und der sich aus ihnen ergebenden politischen Wahlmöglichkeiten sind jedoch von Bedeutung. Denn die den Szenarien zugrundeliegenden ökonomischen Größen können sich zukünftig von den hier gemachten Annahmen leicht unterscheiden.

Sehen wir also zunächst folgende Entwicklung voraus:

Szenarien mit Wirtschaftswachstum und verfügbarer Produktivität

Entwicklung innerhalb von vier Jahren:	
Produktion (BSP)	+8 %
Produktivität	+12 %
Arbeitsvolumen	-4 %

Anders gesagt: Zur Produktion von 108 % des ursprünglichen BSP wird man nur noch 96 % des ursprünglichen Arbeitsvolumens brauchen. Theoretisch bieten sich dann vier verschiedene Verteilungsmöglichkeiten, die vier verschiedenen sozialpolitischen Modellen entsprechen.

1. Verteilungsmodell bei gleichbleibender Arbeitszeit

Die Anzahl der ArbeitnehmerInnen verringert sich um 4 %, entsprechend der Verringerung des benötigten Arbeitsvolumens; die direkten und indirekten Löhne können um 12 % erhöht werden, denn eine um 8 % erhöhte Produktion steht am Ende des 4. Jahres einer um 4 % kleineren Anzahl von Lohnabhängigen zur Verfügung.

Anzahl der ArbeitnehmerInnen:	- 4 %
Löhne, Gehälter und Sozialleistungen:	+ 12 %

Dies ist im großen und ganzen das von den Unternehmern bevorzugte Verteilungsmodell.

2. Verteilungsmodell bei gleichbleibender Anzahl der ArbeitnehmerInnen

Da die ArbeitnehmerInnen in 4 % weniger Arbeitsstunden 8 % mehr produzieren, können ihre Löhne und Gehälter um 8 % erhöht und ihre Arbeitszeit um 4 % gesenkt werden. Dies ist im großen und ganzen das Verteilungsmodell, das von »fortschrittlichen« Betrieben und manchen öffentlichen Verwaltungen bevorzugt wird.

Arbeitszeit:	- 4 %
Löhne und Gehälter:	+ 8 %

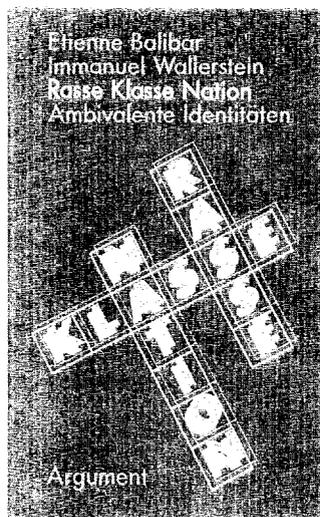
3. Verteilungsmodell bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern

Da 8 % mehr produziert wird, können bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern 8 % mehr ArbeitnehmerInnen eingestellt werden. Und da dann 8 % mehr Leute eine um 4 % verringerte Anzahl von Arbeitsstunden zu leisten haben, kann die Arbeitszeit um 12 % verkürzt werden.

Anzahl der ArbeitnehmerInnen:	- 8 %
Arbeitszeit:	- 12 %

4. Verteilungsmodell bei Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Erhöhung sowohl

Politik, Philosophie, Psychoanalyse

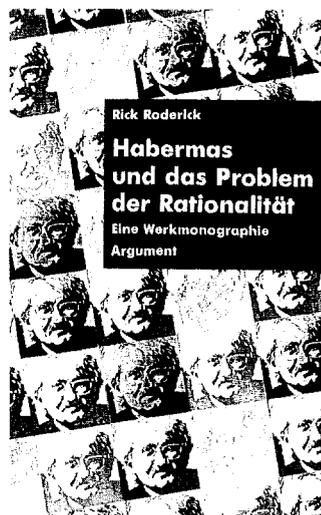


Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein
Rasse Klasse Nation
Ambivalente Identitäten
Übersetzt von Ilse Utz
und Michael Haupt
279 S., br., DM 28,—

Warum gewinnt der Rassismus in jüngster Zeit fast überall auf der Welt erneut an Boden? Wie hängt er mit den aktuellen und geschichtlichen Konstruktionen von Rasse, Klasse und Nation zusammen? Diesen drängenden Fragen gehen der Philosoph Etienne Balibar und der Soziologe Immanuel Wallerstein nach. Die Konflikte zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; die Widersprüchlichkeit des Rassismus zeigt sich in der Formierung nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien.

Richard Lichtman
**Die Produktion
des Unbewußten**
*Die Integration der Psychoanalyse
in die marxistische Theorie*
ca. 350 S., br., DM 38,—

Die langjährige Debatte um die Un-/Vereinbarkeit der Theorien von Marx und Freud ist, wie Lichtman zeigt, keineswegs abgeschlossen. Im Mittelpunkt seiner Analyse steht die Verbindung zweier verschiedener Konzeptionen des Unbewußten: Marx' Gedanke, daß sich der gesellschaftliche Prozeß hinter dem Rücken der Individuen vollzieht, wird auf Freuds Theorie des individuellen unterdrückten Unbewußten bezogen. Beide Aspekte sind die Seiten *einer* Medaille. Von daher kann die Befreiung der Individuen nur gelingen, wenn sie nicht vom Prozeß der gesellschaftlichen Emanzipation abgekoppelt wird.



Rick Roderick
**Habermas und das
Problem der
Rationalität**
Eine Werkmonographie
210 S., br., DM 28,—

Rodericks Buch ist ein Dokument kritisch-marxistischer Habermas-Rezeption im angelsächsischen Bereich. Der Autor rekonstruiert nicht nur die Entwicklungslinien des Denkens von Jürgen Habermas, sondern arbeitet auch die historisch-theoretischen Hintergründe auf und fragt nach Möglichkeiten, über Habermas hinaus an zentralen Einsichten der Marxschen Theorie festzuhalten. Von daher ist diese Werkmonographie auch eine gelungene und hervorragend lesbare Einführung in die Probleme und Wandlungen kritischer Gesellschaftstheorie.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

der Löhne wie der Anzahl der ArbeitnehmerInnen

Wir können zum Beispiel 5 % mehr ArbeitnehmerInnen einstellen, die Arbeitszeit um 9 % verkürzen und die Löhne und Gehälter dabei um 3 % erhöhen. Oder wir könnten 6 % mehr Leute einstellen, die Arbeitszeit um 10 % verkürzen und die Löhne um 2 % erhöhen.

Anzahl der ArbeitnehmerInnen:	+ 5 %
Arbeitszeit:	- 9 %
Löhne und Gehälter:	+ 3 %

Ein fünftes Modell mit Senkung der Löhne kann nicht einmal in Betracht kommen. Denn bereits bei konstanten Löhnen müßte sich die Anzahl der ArbeitnehmerInnen innerhalb von vier Jahren um 8 % (d.i. für die BRD um 2.25 Mio. Menschen) erhöhen. Selbst wenn man die »stille Reserve« in Betracht nimmt, ist es in einer hochentwickelten und komplexen Wirtschaft praktisch kaum möglich, jährlich mehr als 2 % *zusätzliche* ArbeitnehmerInnen auszubilden. Ein höheres Resultat kann kurz- oder mittelfristig nur erreicht werden, wenn ein großer Teil der zusätzlichen Arbeitsplätze keine berufliche Ausbildung verlangt. Die zusätzlichen Arbeitsplätze sind dann (wie z. B. in den Vereinigten Staaten) zum großen Teil Gelegenheitsjobs und Jobs für Hilfskräfte. Dies kann nicht das Ziel sein.

Es lohnt sich jedoch zu bemerken, daß bei einem Anstieg der Produktivität sowie des BSPs um 12 % innerhalb von vier Jahren die Real-löhne um 4 % und die Anzahl der Arbeitsplätze um 8 % erhöht werden könnten, trotz einer Arbeitszeitverkürzung von 8 %. Auf ein derartiges Wirtschaftswachstum darf aber *auf die Dauer* nicht gerechnet werden. Es wäre mit dem überall anstehenden ökologischen Umbau der Wirtschaft unvereinbar. Um besser zu leben, genügt es schon seit langem nicht mehr, mehr zu produzieren und zu konsumieren. Die Erhöhung der Lebensqualität kann mit sehr langsamem (z.T. sogar negativem) Wirtschaftswachstum einhergehen, vorausgesetzt, daß verschwenderische Verpackungen, schlechte Wärmedämmung, Wegwerfprodukte usw. beseitigt werden, Gebrauchswert und Dauerhaftigkeit der Produkte verbessert werden, die Bahn im Fernverkehr für Güter und Personen den Vorrang erhält usw.

Finanzierungsprobleme

Bis jetzt habe ich bloß gezeigt, daß eine allgemeine AZV ohne Einkommensverlust aus ma-

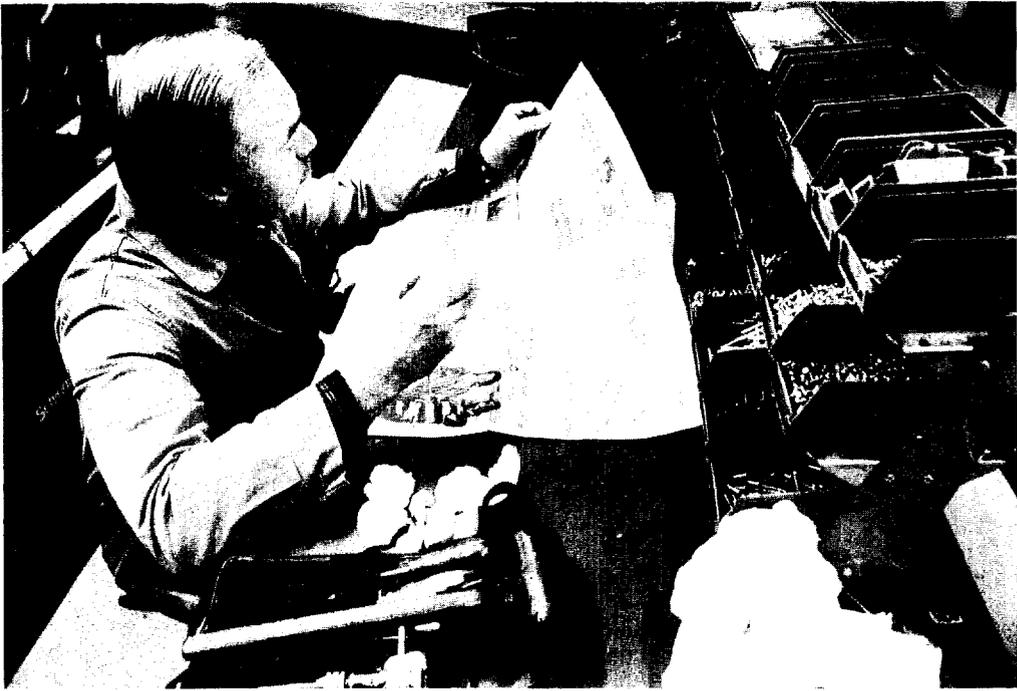
kro-ökonomischer Sicht prinzipiell möglich ist. Aber die Frage bleibt noch ungelöst, wie sich eine Politik der AZV ohne Einkommensverlust auf der Ebene der Betriebe und Branchen umsetzen ließe. Es ist ausgeschlossen, Arbeitszeitverkürzungen von der jeweiligen Produktivitätssteigerung der Betriebe abhängig zu machen. Eine solche Politik hätte zur Folge, daß man z.B. bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern in den Banken nur noch 28 Wochenstunden, in den Krankenhäusern hingegen 56 Stunden arbeiten müßte. Die Tendenz zur Egalisierung der Arbeitszeiten und der Löhne ist unaufhaltbar. Sie wird immer wieder im Namen der Gleichheit und der Gerechtigkeit gefordert werden. Ich werde auch noch zeigen, daß eine Politik der allgemeinen und einheitlichen AZV Zeitsouveränität und freie Wahl der täglichen, wöchentlichen, monatlichen und jährlichen Arbeitszeit nicht erschwert, sondern vielmehr erleichtert.

Grenzen des Dienstleistungssektor

Wie läßt sich jedoch solch eine allgemeine AZV, von z.B. 12 % in vier Jahren, so verwirklichen, daß bei mindestens gleichbleibenden Realeinkommen auch die Arbeitslosigkeit durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze abgebaut wird? Eine 12 %ige AZV wird ja einen weiteren Schwund von Arbeitsplätzen in all den Branchen nicht verhindern, in denen (z.B. metallverarbeitende Industrie, Chemie, Bankwesen, Post, Bahn usw.) die Produktivität überdurchschnittlich schnell ansteigt und/oder kein Wachstum stattfindet. In den Tätigkeitsbereichen hingegen, wo die Produktivität viel langsamer ansteigt als in der Gesamtwirtschaft, wird die Einstellung zusätzlicher ArbeitnehmerInnen nie spontan im arithmetisch berechenbaren Ausmaß erfolgen. Und zwar aus folgenden Gründen:

Die Arbeitskräfte, die in den Branchen mit hoher Produktivitätssteigerung freigesetzt werden, haben nur selten die Qualifikationen, die die Branchen mit sehr niedrigem Produktivitätszuwachs für ihr zusätzliches Personal brauchen würden.

Weiter: Bei einer Senkung der Normalarbeitszeit um 12 % müßten die Branchen ohne Produktionszuwachs selbst bei Nullwachstum um ca. 14 % mehr Personal einstellen. (Um diese grundsätzlichen Erwägungen nicht zu komplizieren, sei hier von den Produktivitätssteigerungen, die aus der AZV selbst erwachsen, abgesehen.) Die Lohnkosten würden dabei proportional steigen und zum Verschwinden zahlreicher Dienstleistungsbetriebe füh-



Automobilproduktion bei Opel in Bochum

Foto: JOKER/L. Schmidt

ren. Wartungs- und Reparaturdienste, z. B. würden ihrer Verteuerung wegen weiter abgebaut werden und Produkte weiter in steigendem Ausmaß so hergestellt werden, daß sie nicht repariert, sondern gleich weggeworfen und ersetzt werden.

Dienstleistungen auf den Gebieten von Gesundheit, Pflege, Bildung, Gastwirtschaft, Tourismus usw. würden sich weiter in zwei sehr unterschiedliche Kategorien aufspalten: einerseits die maßgeschneiderten Dienstleistungen, die auf die hohen Ansprüche einer sehr begrenzten, zahlungskräftigen Kundschaft zugeschnitten sind; andererseits die industrialisierten Dienstleistungen, die – wie z. B. Fast Food und Massentourismus – zu niedrigen Preisen und geringer Qualität für alle erschwinglich sind.

Die Entwicklung dieser zweiten Kategorie industrialisierter Dienstleistungen schafft natürlich Arbeitsplätze. Aber sie schafft in den betreffenden Branchen *zusätzlich* Arbeitsplätze nur insofern sie durch Preissenkungen neue Kundenkreise erreichen kann. Diese Senkung der relativen Preise ist aber im Dienstleistungssektor nur dadurch möglich, daß maßgeschneiderte, gewerbliche Tätigkeiten rationalisiert und in funktionale Arbeitsplätze mit höherer Produktivität aber geringerer Bezahlung und Qualifikation umgewandelt

werden. Genau das hat sich in den Vereinigten Staaten ereignet. Der Abbau gesicherter Arbeitsplätze mit durchschnittlicher oder überdurchschnittlicher Bezahlung ging einher mit der Schaffung einer überwiegenden Anzahl sehr schlecht bezahlter, prekärer Jobs ohne berufliche Weiterbildungsmöglichkeit. Beinahe die Hälfte der amerikanischen Erwerbsbevölkerung geht einer unsicheren, oft teilzeitigen Beschäftigung nach und bleibt einen Teil des Jahres arbeitslos. Die Gesellschaft hat sich in zwei Hälften ungefähr gleichen Ausmaßes gespalten.

Dualgesellschaft oder Selbsttätigkeit

Man ersieht, worum es geht: Wenn man, wie in den Vereinigten Staaten, die Arbeitslosigkeit durch die Schaffung zahlreicher Jobs im Dienstleistungssektor abbauen will, muß man auch die Dualgesellschaft in Kauf nehmen. In ihr verrichtet ein immer größerer Teil der Erwerbsbevölkerung unterbezahlte und unterqualifizierte Dienstleistungsarbeiten, deren Kundschaft zum Großteil aus ganzzeitig und festangestellten, gut bezahlten ArbeitnehmerInnen besteht. Will man hingegen die Dualgesellschaft vermeiden, so darf man die Arbeitslosigkeit nicht durch die Vervielfältigung der

Dienstleistungsarbeiten abzubauen versuchen. Wenn diese Arbeiten qualifiziert, normal bezahlt und sozial gleich gut abgesichert sind, wie die Arbeitsplätze in den anderen Wirtschaftsbranchen, so wird ihre Anzahl notwendigerweise viel beschränkter sein als in den Vereinigten Staaten, Japan oder sogar Schweden.

Entscheidet man sich für eine Politik der AZV, so entscheidet man sich folglich auch gegen die Dualgesellschaft und die grenzenlose Vervielfältigung von Dienstleistungsjobs. Sollen nämlich die ArbeitnehmerInnen im Dienstleistungssektor zur gleichen AZV und zur gleichen sozialen Absicherung berechtigt sein wie ArbeitnehmerInnen der Industrie, dann ist die relative Verteuerung der Dienstleistungen unvermeidlich und deren Anwachsen sehr begrenzt. Man darf darin kein Übel sehen. Denn AZV hat nur Sinn, wenn sie Zeit freisetzt für familiäre, gesellschaftliche, kooperative oder kulturelle Tätigkeiten, deren Zweck nicht ihre Bezahlung ist; und unter diesen Tätigkeiten gibt es natürlich auch solche, die es den Personen, Gemeinschaften oder Gemeinden erlauben, ihre Selbständigkeit zu vergrößern und die Selbstgestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens und der Lebensumwelt zu erweitern. Der Wunsch, beruflich oder behördlich versorgt und der Selbstverrichtung individueller oder kollektiver Aufgaben enthoben zu werden, nimmt im gleichen Maße ab wie das kulturelle Niveau, die Lebensqualität und die frei verfügbare Lebenszeit anwachsen. Das Bedürfnis nach Fremdversorgung verringert sich zugunsten der Forderung nach größeren Selbstbestimmungsmöglichkeiten, welche in der Weigerung den Ausdruck findet, sich weiter von Fachmenschen, Behörden, beruflichen Fürsorgern, Technokraten und Medizinern bevormunden und seine Bedürfnisse, Erwartungen, Vorlieben und Freizeitbeschäftigungen vorschreiben zu lassen.

Die differenzierte Entwicklung des Dienstleistungssektors läßt sich durch die Art und Weise erreichen, in der die AZV finanziert wird. Es kann nicht in Frage kommen, daß alle Unternehmen bei abnehmender Arbeitszeit den vollen Lohnausgleich dadurch sichern, daß sie pro Arbeitsstunde entsprechend mehr zahlen. Für Arbeiten, deren Produktivität nicht steigen kann, würden bei einer 20 %igen Senkung der Arbeitszeit (auf 30 Wochenstunden) der Personalbestand und die Lohnkosten um 25 % steigen müssen. Der relative Preis von Dienstleistungen mit stagnierender Produktivität würde abschreckend hoch erschei-

nen im Vergleich mit den weiter sinkenden Preisen der vielen Industrieprodukte, die mit überdurchschnittlich steigender Produktivität hergestellt werden. Ein System des vollen Lohnausgleichs muß vor allem so konzipiert sein, daß es eine derartige Verzerrung des Preissystems und die in ihr angelegte Verschwendung von immer billigeren Industrieprodukten verhütet: der volle Lohnausgleich soll die Gesteungskosten arbeitsintensiver Dienstleistungen und Erzeugnisse nicht in abschreckende Höhen treiben.

Dies läßt sich dadurch erreichen, daß die ArbeitnehmerInnen neben ihrem direkten Lohn oder Gehalt, der/das bei sinkender Arbeitszeit gesenkt würde, von einer öffentlichen oder paritätisch verwalteten Kasse ein ausgleichendes Sozialeinkommen beziehen würden. Tarifrunden würden sich stets auf die Summe von Direktlohn plus Sozialeinkommen beziehen, wobei tarifliche Lohnerhöhungen keineswegs auszuschließen wären. Für eine z.B. um 12 % verkürzte Arbeitszeit lägen die direkten Löhne und Gehälter 12 % unter dem Niveau, das sie ohne AZV erreicht hätten, ein »zweiter Scheck« würde den ArbeitnehmerInnen aber die fehlenden 12 % vergüten. Die AZV würde folglich die relativen Gesteungskpreise in den Branchen mit niedriger Produktivität nicht in die Höhe treiben. Man kann allerdings annehmen, daß Erwerbsarbeiten ohne sozialen Nutzen (z.B. Spielkasinos, Dienstboten, Luxushotels usw.) nicht auf den »zweiten Scheck« berechtigt sein könnten. Berechtigt wären hingegen gewerbliche und handwerkliche Berufe auf der Basis der von ihnen festgesetzten Tarife.

Der zweite Scheck kann nicht durch Sozialabgaben finanziert werden, die vom Arbeitseinkommen der Erwerbsspersonen abzuziehen wären. Dies hieße, mit der einen Hand nehmen, was man mit der anderen Hand gibt. Auch »Maschinensteuern«, d.h. die Besteuerung der Produktivitätssteigerungen, müssen ausgeschlossen werden. Sie hätten zur Folge, daß allein die Betriebe, die ihre Produktivität zu steigern wissen, den zweiten Scheck für alle anderen bezahlen müßten. Warum sollten solche Betriebe weiter nach höherer Produktivität trachten, wenn ihnen der daraus erwachsende Vorteil einfach weggesteuert würde?

Die Finanzierung des zweiten Schecks muß folglich sowohl für die Betriebe wie für die Erwerbsspersonen steuerlich neutral bleiben. Eine einzige Steuerart kann langfristig diesem Erfordernis entsprechen: die Konsumsteuer, in der Form der Mehrwert-

steuer oder spezifischer Produktsteuern (auf Brennstoff, Kraftwagen, Wegwerfverpackungen, Alkoholika usw.)...

Zur Umverteilung von Einkommen und Arbeitsplätzen

Das schwierigste Problem ist nicht das Problem der Finanzierung; es ist das Problem der Umverteilung der Früchte der Produktivitätssteigerungen und des Wirtschaftswachstums, so daß Arbeitszeitverkürzung, zusätzliche Arbeitsplätze und Lohn- und Gehaltserhöhungen im vorgesehenen Ausmaß wirklich stattfinden...

Es ist daher praktisch unmöglich, Produktivitätssteigerungen mit Genauigkeit vorauszusagen und eine entsprechende AZV von ihnen abhängig zu machen. Diese Unmöglichkeit hat jedoch nicht nur eine rein negative Bedeutung: Sie bedeutet auch, daß Wirtschaft und Gesellschaft sich nicht nach rein technokratischen Kriterien steuern lassen und daß eine AZV immer *in erster Linie* eine politische Entscheidung sein muß. Sie muß die unabhängige Variable sein. Es obliegt der Wirtschaft, sich an sie anzupassen, so wie sie sich an die Sonntagsruhe, an den Acht-Stunden-Tag, an den bezahlten Urlaub hat gewöhnen müssen. Arbeitszeitverkürzung läßt sich jedoch nur dann in zusätzliche Arbeitsplätze umsetzen, wenn Arbeit und Einkommen umverteilt werden können und zwar zugunsten sowohl der Arbeitslosen wie der Erwerbstätigkeiten, deren Produktivität nur langsam oder gar nicht ansteigt. Auch die in den Tätigkeitsbereichen mit überdurchschnittlichem Produktivitätsanstieg überflüssig werdenden Beschäftigten müssen in jenen Erwerbstätigkeiten Arbeitsplätze finden können. Eine solche Umverteilung wird nur möglich sein, wenn die voraussichtliche Entwicklung des in den verschiedenen Branchen benötigten Arbeitsvolumens im voraus geschätzt werden kann. Sowohl für das zukünftige Wirtschaftswachstum wie für die zukünftigen Produktivitätssteigerungen der verschiedenen Branchen müssen Prognosen vorliegen. Nur unter dieser Bedingung wird es möglich sein, ArbeitnehmerInnen zu den Arbeitsplätzen und Berufen hinzuorientieren, die infolge AZV mit zusätzlichem Personal besetzt werden müssen.

Diese Prognosen können jedoch nicht rein statistisch sein. Die Wirtschaft ist keine Maschine, die einem strengen Determinismus gehorcht. Sie ist die Resultante einer Menge von Projekten, Absichten, Programmen. Die Rich-

tigkeit der Prognosen hängt von der vertragsmäßigen Festschreibung der Programme, Projekte und Absichten ab, und zwar in der Form von betrieblichen und überbetrieblichen Tarifverträgen und zwischen den Tarifpartnern ausgehandelten Produktivitätsverträgen. Diese Abmachungen haben (wie am schwedischen Beispiel zu sehen ist) viel mehr Vor- als Nachteile. Sie steigern die Voraussesbarkeit, reduzieren Ungewisheiten. Mehrjährige Programme und Verträge sind für alle öffentlichen Dienste und Verwaltungen ohnehin unumgebar: Investitionen, Personalbestände, berufliche Ausbildung müssen auf mehrere Jahre im voraus geplant werden. Das gleiche gilt für die meisten kapitalintensiven Unternehmen sowie für alle Branchen mit hohen Qualifikationsanforderungen. Die Aufgabe eines gesamtwirtschaftlichen Planungsorgans besteht nun darin, die verschiedenen Programme miteinander zu harmonisieren und mit den sozial- und gesellschaftspolitischen Zielen der Regierung in Einklang zu bringen...

Die vertragsmäßigen Abmachungen werden aber nur verbindlich sein, wenn, sobald Datum und Ausmaß der zukünftigen AZV festgelegt sind, die Gewerkschaften, Benützer- und Verbrauchervereinigungen, nebst den Vertretern von Regierung, Industrie- und Handelskammern, als vollberechtigte Entscheidungsträger an der Ausarbeitung der Prognosen, Programme und gesamtgesellschaftlichen Prioritäten mitwirken. Dies entspricht der Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats, die in Italien, in Großbritannien und in der Bundesrepublik (namentlich von Oskar Negt) gefordert wird und seit vierzig Jahren unter dem Schlagwort »wirtschaftliche Demokratie« in den Programmen aller europäischen Linksparteien zu finden ist.

Instrumente zur Finanzierung eines »Zukunftsprogramms deutsche Integration«

Plädoyer für eine Anleihe mit
Zeichnungspflicht

Der Einstieg in die deutsche Integration über den Import der DM-Geldwirtschaft hat zwar die Substanzkrise der DDR-Wirtschaft nicht verursacht. Diese ist vielmehr das Resultat vierzigjähriger Praxis einer zentralistischen Kommandowirtschaft. Der eingeschlagene Weg zur Sanierung und zum Umbau dieser bisher stark abgeschotteten Binnenwirtschaft ohne Arbeits- und Kapitalmärkte hat jedoch seit dem 1. Juli einerseits das dramatische ökonomische und ökologische Entwicklungsgefälle rechnerisch offengelegt. Andererseits ist der Anpassungsdruck maximiert, die Anpassungszeit minimiert worden. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die DM ist währungspolitisch Ausdruck starker internationaler Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft. Ihr Import in das dem internationalen Wettbewerb heillos unterlegene Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR mußte eine schockartige Anpassungskrise auslösen. Unternehmen, die durchaus mittelfristig überlebensfähig wären, droht jetzt massiv der Konkurs. Realistischerweise ist deshalb bis zum Ende dieses Jahres von einem Anstieg auf über zwei Millionen Arbeitslose und vorwiegend beschäftigungslose Kurzarbeiter auszugehen.

Heute geht es nicht mehr um die Frage, ob ein alternativer Entwicklungspfad – etwa auf der Basis einer eigenen DDR-Währung – möglich gewesen wäre. Vielmehr kommt es darauf an, die im ersten Staatsvertrag fixierte Roßkur durch eine aktive Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik zu begleiten. Die Bundesregierung samt ihrem Beratungs- und Unterstützungstroß ist hier zu kritisieren, weil sie die Konsequenzen ihrer Integrationsstrategie und damit den struktur- sowie den finanzpolitischen Handlungsbedarf völlig unterschätzt hat. Die Kritiker, die seit Jahresanfang immer wieder auf den Einsatz einer aktiven Sanierungspolitik angesichts dieser absehbaren Anpassungskrise hingewiesen haben, sollten (leider) Recht behalten.

Selbst Wochen nach der neuen deutschen Zeitrechnung hat diese Bundesregierung immer noch kein Mittelfristprogramm zur Sanie-

rung der DDR-Wirtschaft vorgelegt. Freilich, die durch den DM-Import ausgelöste Anpassungskrise wirkt wie ein politischer Lehrmeister. Auf die anfänglich propagierte segensreiche Wirkung einer wirkungsvollen Strategie »Markt und Markt« setzt heute auch die Bundesregierung nicht mehr. Die vielen ad hoc-Maßnahmen zur Hilfe der DDR belegen dies. Auch das finanzpolitische Fundament des 1. Staatsvertrags, der »Fonds Deutsche Einheit«, hat sich als viel zu schmal erwiesen. Die für 1990 mit 22 Mrd. und 1991 mit 35 Mrd. vorgesehenen Finanzmittel für den DDR-Haushalt reichen nicht aus. An einem Beispiel läßt sich die finanzpolitische Fehlplanung belegen. Der zweite Nachtragshaushalt des Bundes sah 2 Mrd. DM für 1990 (3 Mrd. für 1991) zum Aufbau der Arbeitslosenversicherung vor. Dabei wurde von ca. 140 000 Arbeitslosen ausgegangen. Jetzt schon ist gewiß, daß der Zuschußbedarf auf über 7 Mrd. DM – bei angenommenen 1,5 Mio. Arbeitslosen – ansteigen wird. Die wesentlich höhere Zahl an Arbeitslosen und der mangelnde Zufluß an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen erklärt diese Entwicklung.

Infolge dieses Verzichts der Bundesregierung auf die Vorlage eines mittelfristigen Sanierungsprogramms verbreitet sich in doppelter Hinsicht Unsicherheit: Zum einen verhalten sich bundesdeutsche und ausländische Unternehmen nicht nur wegen der immer noch ungeklärten Eigentumsfragen bei ihrem Engagement in der DDR zögerlich. Auch die unzureichenden Aktivitäten beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie der Sozialsysteme bilden ein Investitionshemmnis. Zum anderen wird eine politisch rationale Diskussion über die Kosten der Einheit und deren Finanzierung im Gebiet der Bundesrepublik erschwert. Kritiker der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung haben schon seit Anfang des Jahres eine Diskussion über möglicherweise erforderliche Steuererhöhungen gefordert. Die vielfältigen regierungsamtlichen Verdrängungsversuche erweisen sich jetzt als verhängnisvoll. Immerhin nehmen in letzter Zeit auch innerhalb der Bundesregierung

die Stimmen zu, die Steuererhöhungen nicht mehr ausschließen. Die Chance einer sinnvollen Diskussion über die Art der Steuerfinanzierung ist jedoch viel zu lange vertan worden.

Finanzierung eines »Zukunftsprogramms deutsche Integration«

Erforderlich ist endlich die Vorlage eines öffentlichen »Zukunftsprogramms deutsche Integration«. Die Aufgaben, die mehrfach und übereinstimmend definiert wurden, lassen sich in Kurzform skizzieren: Liquiditätshilfen für die Unternehmen, Mittelstandsprogramm, technologischer und ökologischer Um- sowie Aufbau von Produktionskapazitäten, Infrastrukturmaßnahmen, Aufbau der Sozialsysteme sowie Sicherung eines funktionsfähigen Gesundheitssystems und finanzielle Stärkung der Kommunen. Mit der Verwirklichung dieses Programms steigen auch die Chancen für den dringend erforderlichen Zufluß privaten Kapitals – auch aus dem Ausland. Je stärker privates Kapital eingesetzt wird, umso geringer fallen die Belastungen öffentlicher Haushalte künftighin aus.

Dieses »Zukunftsprogramm« sollte mit einem gesamten Mittelvolumen von 100 Mrd. pro Jahr auf fünf Jahre angelegt und den Regionen verfügbar gemacht werden. Dabei sollte der Mittelrahmen nicht mechanistisch auf jeweilige Jahresraten von 100 Mrd. DM umgerechnet werden. Vielmehr geht es darum, heute Projekte zu beginnen, deren sachliche und finanzielle Abwicklung dann über Jahre erfolgt.

Für dieses Fünf-Jahresprogramm ist halbjährlich jeweils eine Bewertung erforderlich, um gegebenenfalls Korrekturen vornehmen zu können. Eine weitere Umstellungsfrist nach Ablauf der fünf Jahre ist – soweit sich hier Anforderungen zeigen werden – vorzusehen. Zur Verwirklichung dieses »Zukunftsprogramms« ist ein Programmrat einzurichten. An ihm sind auch Vertreter der neu gebildeten Länder sowie der Kommunen zu beteiligen. Ein eigens einzurichtender »Wissenschaftlicher Beirat« sollte den Programmrat unterstützen.

Die Finanzierung dieses Zukunftsprogramms muß auf dessen spezifische Aufgaben ausgerichtet werden. Wichtig ist dabei, daß es sich zum einen um eine zeitlich begrenzte Finanzierung handelt. Zum anderen muß der Charakter der Vorfinanzierung insoweit bei der Wahl der Finanzierungsinstrumente berücksichtigt werden, als sich infolge dieser Programmpolitik in der mittleren Frist die

ökonomischen Entwicklungsbedingungen im Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR verbessern. Wenn dieses Zukunftsprogramm energisch gefahren wird, dann ist nach fünf Jahren durchaus eine Anpassung des ökonomischen Leistungsniveaus an ca. 80 % des Durchschnitts der bundesrepublikanischen Wirtschaft möglich. Aber dazu bedarf es eben dieser konzertierten Programmpolitik.

Politisch wäre es naiv, nur auf ein Instrument der Finanzierung der deutschen Einheit zu setzen. Vielmehr ist es sinnvoll, einen abgestimmten Mix von Finanzierungsinstrumenten zu nutzen. Auch auf die weitere Finanzierung der deutschen Einigung aus den Steuermeinnahmen wegen der derzeit günstigen konjunkturellen Entwicklung ist in den nächsten Jahren kein Verlaß. Eine Abschwächung der Weltwirtschaft sowie die Explosion der Ölpreise könnte der starken Konjunktur ein schnelles Ende bereiten. Deshalb sind die folgenden eigenständigen Instrumente zur Finanzierung dieses »Zukunftsprogramms« zu beurteilen:

– Der Spielraum der öffentlichen *Kreditfinanzierung* ist mittlerweile ausgeschöpft. Allein der »Fonds Deutsche Einheit« sieht vor, daß vom Gesamtvolumen mit 115 Mrd. DM insgesamt 95 Mrd. DM über die Kapitalmärkte zwischen 1990 – 1994 aufgebracht werden sollen. Werden die Kreditermächtigungen für die öffentlichen Haushalte in Gesamtdeutschland – einschließlich des Kreditrahmens der Treuhandanstalt – zusammengefaßt, dann beträgt die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr ca. 100 Mrd. DM und im kommenden Jahr 130 Mrd. DM. Allein die im Rahmen des Einheitsfonds aufzubringenden Zinsen fallen in den kommenden Jahren mit ca. 120 Mrd. DM an. Es ist auch unbestreitbar, daß neben weltwirtschaftlichen Einflüssen der massive Zuwachs der öffentlichen Kreditfinanzierung zum Anstieg der Zinssätze geführt hat. Dies heißt jedoch nicht, daß im Prinzip nicht genügend Kapital vorhanden wäre. Aber es gibt keinen Grund für Unternehmer, die im vergangenen Jahr etwas über 100 Mrd. per Direktinvestitionen ins Ausland verbracht haben, künftig ihre Mittel in die Finanzierung der deutschen Einheit umzulenken. Die Zinssatzerhöhungen wirken sich für Kreditnehmer – etwa einen »Häuslebauer« – wie eine Steuererhöhung aus. Die öffentlichen Haushalte, aus denen die Zinsen aufgebracht werden müssen, verlieren dadurch ihre finanzpolitische Handlungsfähigkeit. Aus dieser Art der öffentlichen Finanzierung entstehen Belastungen, die mit unakzeptablen Verteilungswirkungen verbunden sind. Die meist vermögenden Kreditgeber pro-

fitieren von den erhöhten Zinssätzen, während die Kreditnehmer, auch die investierende Wirtschaft, belastet werden. Da die bisherigen Maßnahmen, die vorwiegend kreditfinanziert werden, in das »Zukunftsprogramm« eingehen, ist eine weitere öffentliche Nutzung der Kapitalmärkte nicht mehr angebracht.

– Kürzungen der *Ausgaben* sowie im Subventionshaushalt mit über 130 Mrd. DM müssen massiv durchgesetzt werden. Die Ergiebigkeit dieser Finanzierungsquelle ist jedoch beschränkt. Denn bei dringender erforderlichen Kürzungen im Verteidigungshaushalt müssen beispielsweise den betroffenen Betrieben flankierende Mittel zum Umbau von militärischer auf zivile Produktion (Konversion) bereitgestellt werden. Beim Einstieg in die Kürzungspolitik bei den Rüstungsausgaben um 10 Mrd. DM sind mindestens 5 Mrd. DM für einen entsprechenden Konversionsfonds vorzubehalten. Weiterhin sind die bereits angedeuteten Kürzungen in den Sozialhaushalten verteilungspolitisch zurückzuweisen, denn damit würden sozial Schwache wieder stärker belastet. Finanzierungsspielraum wird auch durch die Einsparung der bisherigen *Kosten der Teilung* mit ca. 40 Mrd. DM gewonnen (sog. Zonenrand- und Berlinförderung, Transitzuschüsse etc.). Bei der Verwendung dieser freiwerdenden Mittel kommt es jedoch darauf an, diese gezielt im Rahmen regionaler Schwerpunktprogramme für Berlin sowie für die zum Teil unterentwickelten Gebiete im Bereich der bisherigen Grenze zu nutzen.

– *Steuererhöhungen* zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit sind unvermeidbar. Dabei müßte zuallererst ein uneingeschränkter Verzicht auf unternehmerische Steuersenkungen erfolgen. Dies schließt eine aufkommensneutrale Reform der Unternehmensteuern nicht aus. Verteilungs- und währungspolitisch ist jedoch eine Erhöhung der *Mehrwertsteuersätze* zu vermeiden. Denn die Anhebung dieser Steuersätze würde nahezu voll auf die Preise abgewälzt und somit zum Anstieg der Inflationsrate führen. Da jedoch derzeit ein Großteil der konsumtiven und investiven Nachfrage aus der DDR auf stark ausgelastete Produktionskapazitäten in der BRD stößt, drohen ohnehin Inflationsgefahren. Eine dagegen gerichtete Politik der Geldverknappung und -verteuerung würde auch zur konjunkturellen Schwächung im bisherigen Bundesgebiet führen. Dadurch würde jedoch die ohnehin schwierige Aufgabe der deutschen Integration schwer gefährdet. Darüber hinaus belastet die Mehrwertsteuer die unteren Einkommensbezieher mit einem hohen

Anteil an Konsumausgaben relativ stärker als die Einkommensstarken (ab ca. 5000 DM Monatshaushaltseinkommen nimmt mit steigendem Einkommen die Mehrwertsteuerbelastung ab). Auch die Verwendung ökologisch gezielter Abgaben (etwa die Öko-Abgabe auf Mineralöl) darf nicht zur Finanzierung der Einheitskosten genutzt werden, denn deren Aufkommen ist für zweckgebundene Begleitmaßnahmen zu verwenden.

Vielmehr muß die Besteuerung an den Besitz- und Vermögensverhältnissen anknüpfen. Deshalb ist beispielsweise eine zehnpromtente Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerschuld auf fünf Jahre begrenzt zu erheben. Dabei sind Freigrenzen (bis 60 000/120 000 DM zu versteuerndes Einkommen bei Alleinstehenden/Verheirateten) vorzusehen. Durch die Ausdehnung der Ergänzungsabgabe auf die Körperschaftsteuerschuld werden auch Kapitalgesellschaften in die Finanzierung der deutschen Einheit einbezogen.

Bei dieser Art der Steuererhöhung ist hervorzuheben, daß der größte Teil der Einkommensbezieher in der ehemaligen DDR wegen vergleichsweise niedriger Einkommen nicht unter diese Abgabe fallen würde. Jedoch kann diese Ergänzungsabgabe nur als flankierende Finanzierungsmaßnahme eingesetzt werden. Denn zum einen ist ihre Ergiebigkeit gegenüber dem erforderlichen Finanzvolumen mit ca. 10 Mrd. DM jährlich relativ gering. Zum anderen fallen die Mittel lediglich innerhalb der jährlichen Steuerzahlungen an, während gerade in der Anfangsphase höhere Finanzierungsbeträge zur Sanierung aufzubringen sind.

Deshalb ist eine weitere Finanzierungsform, die dem Vorfinanzierungscharakter der ökonomischen Integration Rechnung trägt, aber die Mittel konzentriert frühzeitig einbringt, nachhaltig zu nutzen. Es geht um einen Finanzierungsvorschlag, der die Vorteile öffentlicher Kreditaufnahme nutzt, jedoch die damit verbundenen Nachteile minimiert.

Grundlagen einer zeitlich befristeten Anleihe mit Zeichnungspflicht

Der Vorschlag der Auflage einer Anleihe mit Zeichnungspflicht wird hier unterbreitet. Dazu gibt es einen historischen Vorläufer. Zur Finanzierung der Leistungen aus dem Friedensvertrag von Versailles hatte der Deutsche Reichstag 1922 die Auflage einer Zwangsanleihe per Gesetz beschlossen. Zur Finanzie-

edition text + kritik

Verlag edition text + kritik GmbH
Levelingstr. 6a, 8000 München 80

TEXT+KRITIK

Sonderband · Herausgegeben von Heinz Ludwig Arnold

*Die andere Sprache
Neue DDR-Literatur der 80er Jahre*



Als Sonderband
der Reihe TEXT + KRITIK
ist erschienen:

Die andere Sprache. Neue DDR-Literatur der 80er Jahre

258 Seiten, 39 Abb.,
DM 44,--
ISBN 3-88377-360-3

Sprachlust und Witz, Ernsthaftigkeit und Verantwortungsgefühl zeigt die neue, erfahrungshungrige Literatur, die während der 80er Jahre in der DDR entstand. In einem »anarchischen Akt der Befreiung« (L. Lorek) entwickelte sich gegen den »sozialistischen Realismus« und abseits der moderaten Moderne eine spontane Literatur, deren Impuls radikale Neusetzung war. Fast alles, was der Fundus der Literatur zur Zersprengung konventionellen Sprachverständnisses und zur Zerstörung der Lüge bereithält, diente den jungen DDR-Poeten dazu, ihre sprachliche und soziale Subjektivität neu

zu begründen. Ihre Texte artikulierten, was am Ende des Jahrzehnts auch zum gesellschaftlichen Aufbruch führte.

Der Band stellt die wichtigsten dieser Autoren vor: mit Gedichten und Prosatexten, mit bilanzierenden und analysierenden Essays, mit Fotos und Grafiken.

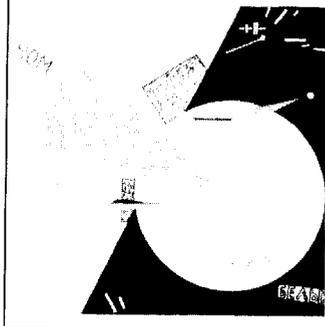
Im Herbst erscheint Heft 108:

TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Herausgegeben von Heinz Ludwig Arnold

108

*MachtApparatLiteratur
Literatur und ›Stalinismus‹*



MachtApparatLiteratur Literatur und ›Stalinismus‹

100 Seiten, DM 19,--
ISBN 3-88377-365-4

Ein jüngst endgültig obsolet gewordenes literarisch-politisches Phänomen wird untersucht: Stalinismus als ideologische Maßgabe für Literatur. Das Heft bilanziert, was Stalins Dekret »Die Schriftsteller sind die Ingenieure der Seele« in 70 Jahren Literatur angeordnet hat – eine notwendige Abrechnung, an der auch Schriftsteller und Kritiker aus der DDR teilnehmen.

zung der Kosten der deutschen Einheit mit einer Zwangsanleihe sind folgende Regelungen zu treffen:

Die Zeichnung der Anleihe erfolgt zwischen 1990 und 1991 in fünf Etappen (Nov. 1990, Jan., Febr., März, April 1991). Über die Anleihen mit Zeichnungspflicht werden Schuldverschreibungen auf Inhaber ausgegeben.

Die Anleihe ist bis Ende 1991 unverzinslich. Ab 1992 erfolgt über die Restlaufzeit eine Verzinsung in Höhe der amtlich festgestellten Inflationsrate. Damit wird ein Einkommenszuwachs in Höhe der Geldentwertungsrate zugelassen. Diese Zinsen im Rahmen des Inflationsausgleichs werden jeweils am Jahresende, erstmals Ende 1991, ausgezahlt. Da die Abwicklung der Tilgung dieser Anleihe nach dem 1.1.1996 mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, sind ab diesem Zeitpunkt für die noch nicht zurückerstatteten Anleihen Zinszahlungen in Höhe der dann geltenden, jahresdurchschnittlichen Umlaufrenditen für festverzinsliche Wertpapiere zu zahlen.

Die Anleihe wird vom 1. Januar 1996 an durch Rückruf zum Börsenkurs oder durch Auslösung zum Nennwert getilgt. Damit besteht eine strenge Verpflichtung zur Rückzahlung. Zur Tilgung der Anleihe ist jährlich mindestens ein halbes Prozent vom Nennwert des ursprünglichen Anleihebetrags zuzüglich der durch Tilgung eingesparten Zinsen zu verwenden. Die zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel werden im Bundeshaushaltsplan eingesetzt.

Zeichnungspflichtig sind alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die 1989 vermögenssteuerpflichtig – nach dem Vermögenssteuergesetz – waren. Soweit beispielsweise ein Hausbesitzer wegen der niedrigen Einheitswerte sowie Steuerbefreiungstatbestände keine Vermögensteuer bezahlt, wird er auch nicht zu dieser Anleihe herangezogen.

Der Betrag einer Anleihe, der von dem einzelnen gezeichnet werden muß, bemißt sich nach dem Vermögen, das für den 1.1.1990 festgesetzt worden ist.

Eine Zeichnungspflicht besteht nicht, wenn das Vermögen den Betrag von 100 000 DM unterschreitet. Die Freigrenze erhöht sich auf 300 000 DM, wenn das zu versteuernde Einkommen nicht über 50 000/100 000 DM (Alleinstehende/Ledige) hinausgeht.

Von natürlichen Personen ist auf diese Pflichtanleihe zu zeichnen:

Von den ersten 100 000 DM des Vermögens 1 Prozent, von den nächsten 150 000 DM des

Vermögens 2 Prozent, von den nächsten 250 000 DM des Vermögens 3 Prozent, von den nächsten 250 000 DM des Vermögens 4 Prozent, von den nächsten 250 000 DM des Vermögens 5 Prozent, von den weiteren Beträgen 8 Prozent.

Für die übrigen Zeichnungspflichtigen ist auf die Anleihe die Hälfte der hier für natürliche Personen angegebenen Sätze anzuwenden. Gehören zum Haushalt der zeichnungspflichtigen Kinder, so reduziert sich für jedes Kind die Anleihe um das Zwanzigste der Zeichnungspflicht, soweit das Vermögen nicht mehr als 3 Mio. DM beträgt.

Die Anleihe kann in der jeweiligen Geschäftsbank des Zeichnungspflichtigen aufgenommen werden. Eine Kontrollmitteilung geht an das Finanzamt.

Die Zeichnung der Anleihe kann zeitlich später einsetzen, wenn damit die im Rahmen der üblichen Besteuerungspraxis gültigen und unzumutbaren Belastungen der Betriebsführung vermieden werden sollen. Die Entscheidung obliegt dem Finanzamt.

Das Gesamtaufkommen dieser zeitlich befristeten Anleihe darf lediglich zur Abdeckung der Verbindlichkeiten im Rahmen der Sanierung der Wirtschaft und zum Aufbau der Sozialversicherung im Gebiet der ehemaligen DDR genutzt werden.

Diese Pflicht zur Anleihezeichnung gilt auch für das Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR. Damit sollen Vermögen, die über den 1. Juli hinübergerettet werden konnten und größtenteils unter den alten Herrschaftsverhältnissen teils dubios gebildet wurden, berücksichtigt werden.

Mit dieser Anleihe, für die eine Zeichnungspflicht besteht, werden die Vorteile der öffentlichen Kreditfinanzierung genutzt. Gegenüber den Steuern, die Zwangsabgaben darstellen, fällt die Belastung erheblich geringer aus. Die Zinszahlungen werden auf den Ausgleich der Inflationsrate reduziert. Nach Berücksichtigung von Freigrenzen entstehen den zeichnungspflichtigen Vermögensbesitzern lediglich Einkommensverluste in dem Ausmaß, in dem durch damit verhinderte alternative Anlagemöglichkeiten – etwa durch den Kauf von festverzinslichen Wertpapieren und/oder Aktien – Einkünfte (Zinsen und/oder Dividenden) entfallen – den Inflationsausgleich gegengerechnet. Vergleichspolitisch ist dieser Vorschlag sinnvoll. Denn selbst wenn es zum Anstieg der Zinssätze infolge dieser Finanzierungsart kommen sollte, dann profitieren die (vermögenden) Anleihezeichner, im Unterschied zur Staatsverschuldung über die

Kapitalmärkte, davon nicht. In jedem Fall vermeidet der Staat auch den Verlust finanzpolitischen Handlungsspielraums durch ansonsten steigende Zinsen. Volkswirtschaftlich stellt sich die Frage, ob mit diesem Modell staatlicher Kreditfinanzierung per Zeichnungspflicht nachhaltige Zinssatzsteigerungen zu erwarten sind. Durch diese Zwangsanleihe schafft sich der Staat immerhin das Kapitalangebot, das er zur Finanzierung der deutschen Einheit braucht. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß den freien Kapitalmärkten dadurch Kapitalangebot entzogen wird. Insgesamt ist jedoch gegenüber der öffentlichen Kreditnachfrage auf den freien Kapitalmärkten bei der Durchsetzung von Zwangsanleihen ein kaum merklicher Zinssatzanstieg zu erwarten. Davon profitieren einerseits die Zeichnungspflichtigen jedoch nicht. Andererseits muß der Staat nicht mit einer aggressiven Zinssatzpolitik versuchen, seine Kreditnachfrage auf den freien Kapitalmärkten »durchzuboxen«. Dieses Instrument betont den Charakter der Vorfinanzierung. Wenn auch das Aufkommen aus dieser Zwangsanleihe schwer zu präzisieren ist, so kann damit gerechnet werden, daß relativ schnell über 100 Mrd. DM zu mobilisieren sind. Diese Zwangsanleihe unterscheidet sich auch fundamental gegenüber der Investitionshilfeabgabe, die das Bundesverfassungsgericht vor einigen Jahren für verfassungswidrig erklärt hat.

Die deutsche Einigung hat einen ökonomischen Preis, der auch aufgebracht werden muß. Jetzt kommt es darauf an, mit unkonventionellen Methoden die Finanzierung der ökonomischen Integration sozial ausgewogen zu sichern. Schließlich handelt es sich um eine Zukunftsinvestition, nach deren erfolgreichem Abschluß nicht mehr die Kosten, sondern der damit bewirkte Gewinn an sozial-ökonomischem und ökologischem Wohlstand zählen werden.

DER PATE hilft



Viele Bachpaten (und natürlich auch Patinnen) haben im Rahmen der **BUND** Aktion *Rettet die Bäche* schon mitgeholfen, zerstörte und verbaute Bäche wieder natürlich zu machen.

Im Buch *Rettet die Bäche* (26,80 + Versandkosten) berichten die Bachpaten ausführlich über ihre Arbeit.

Wenn Sie uns helfen möchten, noch mehr Bäche zu retten, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.

BUND · Im Rheingarten 7 · 5300 Bonn 3

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e. V.



BUND

Thema: Frauen in Osteuropa

HELGA HIRSCH

Zur Frauenfrage in Polen

Noch vor wenigen Jahren ernteten Frauen aus dem Westen ein herablassendes Lächeln, wenn sie ihre Geschlechtsgenossinnen fragten, warum es in Polen keine Frauenbewegung gebe. Feministische Bewegungen, frauenspezifische Forderungen schienen unterhalb der Würde dieser Frauen, die an der Seite der Männer gegen die totalitäre Herrschaft stritten, im Untergrund Kurierdienste leisteten, Hungermärsche gegen die Mangelwirtschaft organisierten oder illegale Zeitungen herstellten. Sich mit Frauenfragen zu beschäftigen, erschien Polinnen wie Polen eine luxuriöse Beschäftigung, erklärbar nur aus dem Wohlstand einer Überflußgesellschaft – aber nicht denkbar bei ihnen, die sie so existentiell und vereint für Wahrheit, Freiheit und ein besseres Leben kämpften.

Nun allerdings beginnt sich das Blatt langsam zu wenden. Innerhalb eines einzigen Jahres sind autonome Gruppen wie »Pro Femina«, die »Feministische Vereinigung Polens«, die »Vereinigung der würdigen Frau« oder die »Demokratische Frauen-Union« entstanden und ihre Anhängerinnen rekrutieren sich nicht nur aus der Hauptstadt, sondern auch aus Provinzstädten wie Bromberg, Thorn oder Stettin. Sie alle hat die Gesetzesinitiative des polnischen Episkopats vom Frühjahr letzten Jahres auf den Plan gerufen, wonach die bisherige Fristenlösung abgeschafft, jede Schwangerschaftsunterbrechung untersagt und bei Mutter, Arzt und den Personen, die die Mutter zu dem Schritt nötigen, mit mehreren Jahren Gefängnis bestraft werden sollen. Erstmals nach dem Krieg gingen Frauen für frauenspezifische Forderungen auf die Straße und sie protestierten gegen die Kirche, auch wenn sie katho-

lisch sind und in ihr ansonsten die größte moralische Autorität im Lande sehen.

Erst nach dem Sturz des kommunistisch-totalitären Systems wird deutlich, daß es den Frauen im Intimbereich einen größeren Freiraum zugestand als die westlichen Demokratien. Ein Gesetz aus dem Jahre 1956 erlaubte die Abtreibung in Polen, wenn die Gesundheit von Mutter oder Kind gefährdet war oder eine soziale Notlage nachgewiesen werden konnte. Nach einer weiteren Liberalisierung aus dem Jahre 1959 konnte der Arzt den Eingriff schon dann vornehmen, wenn die Mutter einen entsprechenden Wunsch äußerte.

Abtreibungen gehören also zum Alltag der Gynäkologen: Krankenhäuser und Praxen meldeten der Versicherung in den letzten Jahren zwar nur 130 000 bis 150 000 Eingriffe, aber allgemein wird angenommen, daß die tatsächliche Zahl von Aborten vier Mal so hoch sein dürfte. Aus Angst vor der Familie, den Freunden, Nachbarn oder Arbeitskollegen bezahlten die Frauen den Eingriff in Privatpraxen lieber aus eigener Tasche – und mit jährlich schätzungsweise 600 000 Schwangerschaftsabbrüchen werden in Polen genauso viele Kinder abgetrieben wie geboren. Diese erschreckend hohe Zahl erklärt sich in erster Linie aus dem geringen Wissen der Frauen über ihren Körper. In den 50er und 60er Jahren wurden Aufklärungsbücher noch in hoher Auflage gedruckt; dann jedoch ging ihre Zahl rapide zurück, und als der Staat 1987 schließlich mit großer Anstrengung erneut ein Sexualkundebuch für die 17- bis 18jährigen herausbrachte, legte die Kirche aufgrund von zwei harmlosen, doch in ihren Augen obszönen Zeichnungen Protest ein und die 500 000 Exemplare wurden einge-

stampft. Wie also verhüteten die Paare? Soziologische Untersuchungen Anfang der 80er Jahre ergaben, daß 55 Prozent den Coitus Interruptus praktizierten, gut 20 Prozent sich nach dem Kalender richteten und nur 15 Prozent der Frauen die Pille nahmen – weil inländische Produkte zeitweilig nicht erhältlich und westliche zu teuer waren. Außerdem zeigte sich, daß nur Frauen mit höherer Bildung die Pille nahmen; für die übrigen war die religiös-mentale Barriere zu hoch. Lieber beichte sie einmal nach längerer Zeit eine Abtreibung, bekannte eine Frau beim Arzt, als wöchentlich die Einnahme der Pille.

Also war und ist die Abtreibung das gängigste Verhütungsmittel in Polen – und dies wird sich ohne Aufklärung und einschneidende Verbesserung bei der Versorgung mit Antikonzeptionsmitteln auch nicht ändern. Denn unverheiratete, sozial schwache oder Frauen mit mehreren Kindern werden den Eingriff auch dann vornehmen lassen, wenn er illegal ist, viel kostet und aufgrund unhygienischer Bedingungen tödliche Folgen ha-

ben kann. Ansonsten würden Wohnungsnot und Wirtschaftskrise sie nötigen, Kinder, deren Erziehung und Ausbildung sie nicht garantieren können, in Heime oder »Ersatzfamilien« zu geben. Schon heute sind nur vier Prozent der 14 000 Kinder in den Heimen ohne Vater und Mutter, die übrigen sind genauso Sozialwaisen wie die 38 000, die sich in Ersatzfamilien befinden. Manche Soziologen rechnen für die nächsten Jahre mit einem Anstieg auf bis zu 1,5 Millionen Sozialwaisen von alleinstehenden Müttern oder aus Familien, in denen die Eltern getrennt oder die Väter Alkoholiker sind, in denen die Kinder geschlagen oder materiell nicht versorgt werden.

Angesichts dieser Lebensbedingungen wird deutlich, daß der Vorstoß von konservativen und klerikalen Kreisen zum Verbot jeder Abtreibung nicht von der Sorge um ein menschenwürdiges Leben getragen ist, sondern dem Wunsch nach staatlich-rechtlicher Absicherung katholischer Moralvorstellungen entspringt. Er wird nur die Doppelmoral der Gesellschaft verfestigen, die das eine sagt

Foto: Eve Arnold



und das andere tut, und die Frauen in die Kriminalität treiben.

Insofern stellt sich die Frage, warum nicht viel mehr Frauen aufbehrten, wo sie sowieso schon unter Lebens- und Arbeitsbedingungen ausharren, die sie permanent an den Rand der physischen und psychischen Erschöpfung treiben. Denn die Doppelbelastung hat für die Frauen in Polen, wie in anderen ehemals sozialistischen Ländern, wesentlich weitreichendere Folgen als für die Frauen im Westen. Aus ökonomischen Gründen sind sie zum Mitverdienen gezwungen – ihr Einkommen bildet 40 bis 50 Prozent des Familienbudgets. Gleichzeitig verlangen die Hausarbeiten außerordentlich viel Zeit und Kraft. Selbst wenn man nicht mehr in jedem Geschäft Schlange stehen muß, so bestehen doch noch Mängel in der Versorgung. Die Haushalte verfügen kaum über technische Hilfsmittel; es fehlt an Küchengeräten, an Waschmaschinen, von Spülmaschinen erst gar nicht zu reden. Die Männer helfen wenig, am ehesten bei der Kindererziehung, aber in der Regel trägt die Frau die Hauptlast im Haus. Ihre Klagen sind fester Bestandteil des Familienalltags: Alles bleibt immer an mir hängen!

Um zu verstehen, warum diese leidenden, unzufriedenen, abgearbeiteten Frauen nicht längst aufbegehrt haben, ist ein Blick in die Geschichte unerlässlich. Das im Bewußtsein der polnischen Gesellschaft noch sehr lebendige Ideal der »Mutter-Polin« entstand in den 150 Jahren der Unfreiheit (1772–1918), als Polens staatliche Souveränität ausgelöscht und das Land unter Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt war. In dieser Zeit, da sich die Männer in Aufständen gegen die Besatzungsmächte schlugen, in sibirische Verbannung geschickt wurden oder aus politischen und ökonomischen Gründen emigrierten, entwickelte sich der Typ der alleinstehenden, selbständigen Frau, die das Haus versorgte, die Wirtschaft in Gang hielt und verantwortungsbewußt für die Kindererziehung sorgte. »Die Familie wurde zur hauptsächlichsten, zentralen Zelle des nationalen Lebens«, schreibt die Historikerin

Ewa Jablonska-Deptula. »Es festigte sich der Begriff vom *Haus als Festung*.« In der Abgeschiedenheit des adligen, später auch bürgerlichen Hauses übernahmen die Frauen Aufgaben, die im modernen Staat Teil des öffentlichen Lebens sind: sie machten die Kinder mit der nationalen Tradition vertraut, lehrten sie lesen und schreiben und vermittelten ihnen jenen Ehrenkodex, der sie die eigene Kultur gegen die aufgezwungene Besatzungsmacht hochhalten ließ.

Die Frau war mehr als Bewahrerin der Familie. Sie war Mutter der Nation, die die Kontinuität der polnisch-katholischen Tradition gegen orthodox-russische und evangelisch-deutsche Versuche der Überfremdung behauptete. Auch wenn sie in der Privatheit der Gutshöfe auf dem Lande oder in den Salons Warschaus wirkte, so schuf sie doch politische Haltungen, die unmittelbare Auswirkungen im öffentlichen Leben hatten. Die Frau verkörperte noch mehr als der Mann die Entschlossenheit und Zähigkeit im nationalen Überlebenskampf. Entsprechend kommt die Publizistin Anna Tatariewicz zu dem Schluß: »Nach dem Stereotyp, das Adam Mickiewicz (der polnische Nationaldichter) in seinen frühen Werken geschaffen hat, ist die Polin die jungfräuliche Heldin, die – wenn sie nicht jung stirbt – Ehefrau und Mutter von Helden wird und gemeinsam mit ihnen für Millionen leidet.«

Das Bild der Frau, die widersteht, leidet und sich für das Vaterland auf ihre spezifische Weise opfert, blieb auch nach der Teilungszeit erhalten. Im Zweiten Weltkrieg agierten die Frauen als Melde-rinnen oder als Pflegerinnen im Lazarett; im kommunistischen Volkspolen bewahrten sie in der dem totalitären Zugriff entzogenen Familie die nationale und katholische Tradition gegen eine kosmopolitische und atheistische Ideologie. Selbst sozialistische Schriftsteller trugen dem Bild von der »Mutter-Polin« Rechnung. In der Erzählung von Kasimierz Brandys *Die Mutter der Könige* verkörpert die Hauptperson die in den Wirren der ersten Nachkriegsjahre am Überleben orientierte, eine wärmende, stabile,

wenn auch bis an den Rand der Erschöpfung getriebene Urkraft, während die Söhne unstet und mit wechselndem Erfolg ihr Heil in verschiedenen Ideologien suchen.

Bei der Opposition erfolgte der Rückgriff auf das idealisierte Bild der Mutter-Frau gleichsam automatisch. In dem Anfang der 80er Jahre unter Kriegsrecht beendeten Film *Das Verhör* entwickelt eine kleine, bis dahin nie mit Politik in Berührung gekommene Sängerin angesichts stalinistischer Folter und Verhörmethoden eine durch nichts zu brechende Widerstandskraft. Die Frau – Sinnbild der Nation – überlebt und verläßt das Gefängnis im Zuge der Liberalisierung nach 1956 mit einem Kind, das sie in der Unfreiheit geboren und für die Zukunft gerettet hat: Matka Polka, die Mutter-Polin, unbestechlich, ja hart, der die Nation ihre Weiterexistenz verdankt, auch wenn sie nicht mit dem Schwert in der Hand auf der Barrikade kämpft.

Zwar war das Land nach dem Zweiten Weltkrieg begrenzt souverän und es stand nicht mehr unter fremder Besatzung. Doch kommunistische Herrschaft und vor allem das Kriegsrecht 1981 reaktivierten in den Frauen eben jene Verhaltensweisen, die ihnen Bedeutung weit über den privaten Rahmen hinaus verliehen: sie versorgten die internierten Ehemänner nicht nur mit Essen, sondern auch mit notwendigen Informationen; sie sammelten Mitgliedsbeiträge für die verbotene Gewerkschaft *SOLIDARNOSĆ*, trugen die Untergrundpresse zu Bekannten und Verwandten und lehrten die Kinder, an das Gegenteil dessen zu glauben, was in den Schulen gesagt wurde. Die polnische Frau weiß – weil sie es erlebt hat –, daß sie allein zurecht kommt.

Tatsächlich entwickelten die polnischen Frauen in den letzten 200 Jahren eine große Selbständigkeit und ein daraus resultierendes Selbstbewußtsein. Doch da diese Selbständigkeit von den äußeren Bedingungen erzwungen war und ihr nicht unbedingt ein innerlicher Reifungsprozeß folgte, weist sie erhebliche Schattenseiten auf. Der Schriftsteller Boleslaw Prus präsentiert in seiner

Erzählung *Die Emanzipierten* (1894) eine Frau, die die eigene Größe durch die Unterdrückung des Partners sichert. Frau Latter hat aus erster Ehe zwei Kinder; nach dem Tod des Mannes heiratet sie einen ehemaligen französischen Gouverneur, aus dem es eines Tages nach Jahren voller Demütigungen herausbricht: »Viele unglückliche Jahre unseres Zusammenlebens lang haben Sie mich wie einen Hund behandelt ... Sie reden davon, mich zu verlassen? Meine einzige Schuld besteht darin, daß ich Sie verehrt habe, indem ich in Ihnen nicht nur die geliebte Frau, sondern auch die große Dame eines barbarischen Volkes gesehen habe, die sich dazu herabließ, einen armen Emigranten zu heiraten. ... Heute verstehe ich Sie: Du bist die Tochter jener skythischen Frauen, die ewig herrschten, Befehle erteilten und eigentlich als Männer hätten geboren werden sollen ...«

Die Frau, die den Mann über so lange Zeit und auf so vielen Gebieten ersetzte, nimmt selbst männliche Züge an. Sie trägt keinen Herrscher über sich und keinen Partner neben sich. Stützte sich diese Haltung noch im letzten Jahrhundert auf die materielle Unabhängigkeit von Grundbesitzerfrauen, die Familien auch in Abwesenheit des Mannes ernähren konnten, so erwächst aus ihr unter den augenblicklichen Bedingungen, wo der Unterhalt der Familie die Anwesenheit des Mannes erforderlich macht, eine destruktive Kraft. Der vor einigen Jahren gedrehte polnische Film *Das Irrenhaus* schildert eine attraktive, gebildete, tadellos den Haushalt versorgende Ehefrau und Mutter, die dennoch alles tut, um die innere Ordnung zu zerstören. Den Mann führt sie an der Nase herum, den Sohn treibt sie in den Wahnsinn und die Schwiegertochter in den Selbstmord. Als »tyrannische Märtyrerinnen« klassifiziert Anna Tatariewicz diese Frauen, die die ihnen Nahestehenden zerstören und behauptet: »In einem gewissen Moment wird diese Vorstellung von Müttern zu einem polnischen Spezifikum.«

Die »Mutter-Frau« schikaniert den »Sohn-Mann«, gängelt ihn, hält ihn klein – und kritisiert an ihm, was sie dem Sohn

selbst anerzieht: daß er für sich und andere keine Verantwortung zu tragen habe, weil er von ihr umsorgt werde. Hinter der so edel anmutenden Aufopferungsbereitschaft verbirgt sich also zu einem großen Teil auch das Bedürfnis der Frau zu herrschen: solange sie »alles in den Händen hält«, bleiben ihre Nächsten auf sie angewiesen. So schöpft sie aus dem Leiden noch die Überlegenheit.

Als Pseudo-Emanzipation bezeichnet der Soziologe M. Kozakiewicz diese Selbstständigkeit der Frauen, die sich mit den äußeren Schwierigkeiten zu helfen wissen, aber keine gleichberechtigte, partnerschaftliche Beziehung entwickeln können. Die »tyrannische Märtyrerin« revanchiert sich mit Kälte, Verachtung und Härte beim Mann dafür, daß sie aus gesellschaftlichen Gründen auf ihn angewiesen ist. Denn eine Frau ohne Mann ist keine vollwertige Frau. Wer unverheiratet bleibt oder nach der Scheidung allein lebt, hat die eigentliche Bestimmung nicht erreicht. Die Frauen im heutigen Polen heiraten im Durchschnitt noch früher als vor dem Krieg – mit 22 Jahren – und sehr schnell bekommen sie ihr erstes Kind. Gemäß dem Stereotyp ist nämlich die Frau in der Familie in erster Linie Mutter. Welche Tragödien sich in Ehen abspielen, die der gesellschaftlichen Erwartung nicht entsprechen, wurde vor kurzem anhand von Briefen deutlich, die ein Gynäkologe zur Veröffentlichung freigab. »Mein geliebter Mann ist ganz versteinert«, schildert eine Frau. »Pausenlos hänseln ihn seine Kollegen: was nützt dir so eine Frau, die nicht einmal ein Kind gebärt. Ich kann nicht mehr essen und schlafen, nur noch beten und weinen. Ich fühle mich wie eine Aussätzige.«

Die verstärkte Hinwendung junger Frauen zu Familie und Mutterschaft in den letzten zehn Jahren ist eine deutliche Reaktion auf die mißglückte Emanzipation im kommunistischen Polen. Der Stalinismus propagierte in den 50er Jahren die Frau als Heldin der Produktion und des Wiederaufbaus. Die Frauen waren nicht nur voll berufstätig, sie waren auch noch gesellschaftlich tätig und vernachlässigten zwangsläufig die Familie. Die

Kindererziehung lag in den Händen von Krippen, Schulen und Großmüttern. Für die jetzt erwachsenen Töchter ist das Bild der Traktoristin oder Kranführerin, deren Gleichberechtigung darin bestand, daß sie wie ein Mann arbeitete, kein Vor-, sondern ein Schreckbild. »Was hat sie nun von ihrer Arbeit?« schrieb eine junge Frau bei einer soziologischen Umfrage. »Eine kleine Rente, frühe Erschöpfung, eine vorzeitige psychische Vergreisung und keinerlei Perspektive!« Die von den heute 50–60jährigen Frauen erreichten sozialen und beruflichen Stellungen stehen für die heute 20–30jährigen Töchter in keinem Verhältnis zu den Kosten, die dafür die Familie zu tragen hatte.

Vor die Wahl zwischen Familie und beruflicher Karriere gestellt, entscheidet sich die Mehrzahl der jungen Polinnen ohne Zögern für die Familie. Im Beruf nimmt sie notgedrungen Stellen mit keiner oder geringer Qualifikation und eine bis zu 30 Prozent geringere Entlohnung hin – obwohl ihre Ausbildung in der Regel besser ist als die der Männer. Auf führenden Posten in den Betrieben, der staatlichen Verwaltung oder im öffentlichen Leben sind die Frauen folglich weit unterrepräsentiert. Sie stellen nur neun Prozent der Professoren und nur 12 Prozent der Parlamentsabgeordneten – so wenig wie nie zuvor seit Kriegsende. Weil die meisten Frauen den Beruf ausschließlich als Erwerbsquelle betrachten, als notwendiges Übel, das ihnen immerhin soziale Kontakte vermittelt, sind sie unzufrieden: sie sitzen die Zeit ab (was im Kommunismus auch möglich war) – doch von Interesse oder gar Selbstverwirklichung ist keine Rede.

Die öffentliche Diskussion um das geplante Verbot jeder Abtreibung hat zumindest das Bewußtsein vom Konflikt zwischen verschiedenen Interessen verschärft: Die bisher dominierende Rolle der Frauen in Ehe und Familie befriedigte, auch wenn sie gleichzeitig fesselte und unfrei machte. Sobald nun im neuen ökonomischen System soziale Aufstiegschancen und Realisierungsmöglichkeiten bestehen und Frauen wie Männer Wünsche realisieren können, von denen sie bisher

nur träumten, ist ein Identitätskonflikt unausweichlich. Bisher erzwangen die äußeren Bedingungen ein relativ uniformes Rollenverhalten. In Zukunft werden mehrere Optionen bestehen. Zudem wird die Familie in der neuen offenen Demokratie Funktionen an den Staat zurückgeben, die sie in der Unfreiheit ersatzweise übernahm. Damit fällt die Überhöhung der Mutterrolle fort. Die Frauen müssen dabei jedoch nicht verlieren: Erst wenn sie einen Teil der von den Umständen aufgezwungene Gesamtverantwortung abgeben, können sie eine Weichheit erlangen, die sie jetzt noch als Schwäche verurteilen. Und Ehemänner, zur Übernahme von mehr Verantwortung gezwungen, werden nicht mehr jene Schwächlinge sein, vor denen die Frauen erst richtig groß wurden.

SONJA MARGOLINA

Sowjetische Frauen

Eine nachdenkliche Betrachtung

Ich habe mich nie mit den Frauen in Rußland als Forschungsthema befaßt. Vielleicht habe ich überhaupt kein Recht, über die Frauen zu schreiben. Was meine Aufgabe erleichtert, ist, daß es *die* sowjetische Frau nicht gibt. Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen Kasimira Prunskiene, der Stellvertreterin des litauischen Ministerpräsidenten und einem usbekischen Mädchen, das unter dem Druck der Männerherrschaft lebt und in seiner Verzweiflung weder ein noch aus weiß? Sie leben in verschiedenen Jahrhunderten und verschiedenen sozialen Welten, die jedoch einmal mit dem Wort Sozialismus bezeichnet wurden. Ich werde also nicht über die sowjetischen Frauen als Kollektivsubjekt reden.

Es ist aber nicht weniger schwierig, ein Porträt der Frau, die einer bestimmten Nationalität angehört und z.B. in der Stadt lebt, zu zeichnen. Dafür ist das moderne Leben zu kompliziert und – was die Sowjetunion anbelangt – zu heterogen, und doch zugleich prämodern, wenn mir dieses Wortspiel erlaubt ist. Denn das moderne Leben in diesem Lande wird bis heute wesentlich von prämodernen Verhältnissen bestimmt. Anders gesagt: um das Thema präzise erörtern zu können, bräuchte man eine komplexe soziologische Untersuchung, die – soweit mir bekannt ist, noch nicht einmal in den Anfängen vorliegt. Um aber den Leser und die Leserin nicht vollständig zu enttäuschen, möchte ich trotzdem meine Eindrücke und Erfahrungen mit den Frauen, mit denen und neben denen ich lebte, darstellen, daß heißt, es wird um in der Stadt lebende Frauen aus intellektuellem oder halbintellektuellem Milieu im Alter von 35 bis 60 Jahren gehen. Ich wage nicht, über die jüngeren, besonders während der Perestrojka-Zeit aufgewachsenen Mädchen zu sprechen, da ich diese Generation nur aus der Literatur und Presse kenne.

Ich bin mit Frauen und zwischen Frauen aufgewachsen, wie das bei fast allen meinen Altersgenossen/innen, unabhängig vom Geschlecht, der Fall war. Obwohl ich einen normal »funktionierenden« Vater hatte, der Geld nach Hause brachte, nicht trank und sich um die Kinder kümmerte, waren die Frauen immer wichtiger und besser. Warum und wann hat das angefangen? Offensichtlich mit der sozialistischen Jagd auf die Männer: zuerst waren die Männer Opfer der physischen Gewalt – des Bürgerkriegs, dann der stalinistischen Säuberungen und der Entkulakisierung, schließlich des 2. Weltkrieges. Die Männer verschwanden, die Frauen blieben allein mit ihren Kindern. Das daraus folgende demographische und psychologische Ungleichgewicht hält bis heute an. Diese Situation hatte gravierende Folgen für die Erziehung: Die Mütter waren buchstäblich alles – Beschützerinnen, Ernährerinnen, Erzieherinnen. Andererseits hatten die Mütter, die unter

so schwierigen Verhältnissen – in Gemeinschaftswohnungen lebend, für ihre Arbeit kaum Geld verdienend – das Kind erzogen hatten, den Anspruch darauf, daß es ihnen besonders treu bleibe, im Alter die Mutter betreue – wie es in traditionalistischen Gesellschaften üblich ist – und sie, wie in der Kindheit, allen anderen Menschen gegenüber, den Freund oder Mann eingeschlossen, bevorzuge. Die Mutter war mit anderen Worten das Oberhaupt der Familie und konnte sich häufig sehr schlecht damit abfinden, wenn ihr Platz in einer solchen unvollständigen Familie von dem Mann ihrer Tochter ersetzt wurde. Und wenn man daran erinnert, daß bis heute zwei oder drei Generationen in einer Wohnung und nicht selten in einem Zimmer zusammenleben, dann kann man sich ungefähr vorstellen, in welcher Hölle sich das Leben einer jungen Familie abspielt. Es ist deswegen nicht verwunderlich, daß die Zahl der Scheidungen schon 50 % überschritten hat, obwohl die Generations- und Hierarchiekonflikte nur eine der Ursachen dafür sind. Das Mädchen ist so erzogen,

daß der Mann nicht so wichtig wie die Mutter oder die Kinder ist, so daß es, wenn es zwischen ihm und der Mutter entscheiden muß, die Mutter wählt. Die Mütter, die lange aus verschiedensten Gründen ohne Männer lebten, haben keine Vorstellungen, daß ihre Töchter in einem bestimmten Alter ein eigenes Sexualleben beginnen, daß das normal ist, und daß das Gegenteil psychisch und gesundheitlich schädlich ist. Sie bereiten die Töchter – ebensowenig wie die Jungen – nicht auf das Sexualleben vor, von Kontrazeptiva konnte schon aus einem ganz einfachen Grunde nicht die Rede sein: es gab sie nicht, sie waren immer »Defizit«.

Vielleicht ändert sich heute das Bild, da es auf dem Markt mehr Literatur zu diesem Thema gibt. Aber in den 60er und 70er Jahren war die Situation katastrophal. Anders gesagt, das Mädchen konnte sexuelle Erfahrungen nur in einer »Action directe« oder über die Erzählungen anderer Mädchen machen. Daraus folgen rein zufällige Beziehungen, frühe gesundheitsschädliche Abtreibungen, die in

Während der Bauarbeiten im Hotel Metropol, Moskau 1954

Foto: Henri Cartier-Bresson



fürchterlichen Klinikabteilungen – meist ohne Narkose oder mit Novocain als Bestrafung für unwürdiges Verhalten (jedenfalls in der Provinz) durchgeführt werden. Da diese Beziehungen gesellschaftlich und in der Familie nicht zur Sprache gebracht werden, werden sie als schmutziges, unwürdiges oder geheimes Tun erlebt, was eine Doppelmoral und letztendlich negative psychische Folgen verschiedenster Art mit sich bringt. Ich kenne viele Frauen in meinem Alter – um die vierzig –, die mit Kind und Mutter leben, von ihren Männern entweder geschieden sind oder nie verheiratet waren, die einfach nicht verstehen, warum sie einsam geblieben sind, warum sie keine echten und dauerhaften Beziehungen mit Männern eingehen konnten. Ihre Mütter sind die einzigen, auf die sie sich noch stützen können. Und sie ihrerseits erziehen ihre Töchter wiederum in der Vorstellung, alle Männer seien Taugenichtse, sie lehren die Mädchen, ihre Väter zu verachten, und legen ihnen nahe, daß man zwar ohne Mann, nicht aber ohne Mutter leben kann.

Nur ein Beispiel aus meinem Bekanntheitskreis. Eine Frau, promovierte Biologin, verheiratet, hat als Mittdreißigerin ein Mädchen geboren. Sie hatte sehr enge Beziehungen zu Mutter und Vater, interessierte sich nicht besonders für die Jungen. »Ich wollte eine Freundin für mich haben, für das ganze Leben«, hat mir mal ihre Mutter gesagt, »alles andere spielt keine Rolle«. Das Mädchen war damals 25, nicht besonders schön, etwas dick, so wie ihre Mutter. Sie hatte die Uni abgeschlossen und arbeitete im ethnographischen Institut. Einige Jahre später, als sie schon um die 40 war, lernte sie einen Mann kennen, der sie heiraten wollte. Ob sie miteinander geschlafen haben, weiß ich nicht. Aber er wollte ihre Eltern kennenlernen. Nach seinem Besuch waren die Eltern enttäuscht. »Weißt du, Mutter«, hat der Vater gesagt, »er ist irgendwie doof«. Dann haben sie entschieden, daß das Mädchen ihn nicht heiratet. Natürlich wollten sie die Tochter nicht erpressen, sie konnte frei entscheiden. Aber ihre aufgeklärte Mutter machte ihr

klar: »Das Kind kann man auch so haben, dazu muß man nicht heiraten.« Das Mädchen blieb allein und ohne Kind und einige Jahre später erfuhr ich zufällig, daß sie an einer Nervenkrankheit litt und in einer Nervenklinik untergebracht war. Ihre Mutter war es anscheinend nicht einmal in den Sinn gekommen, vielleicht hatte sie es auch infolge ihres Schuldgefühls verdrängt, daß die Probleme der Tochter damit zusammenhängen könnten, daß sie kein eigenes Privatleben hatte. In dieser Weise werden auch die Jungen erzogen, die heranwachsend immer wieder in ihren Frauen das Abbild ihrer Mütter suchen und natürlich nicht finden. So entsteht eine Kontinuität, die vielleicht erst mit der Herstellung bürgerlicher Verhältnisse und einer entsprechenden Zivilisierung der Geschlechterbeziehungen beendet sein wird.

Das »Matriarchat«, wie es sich in der sowjetischen Gesellschaft herausgebildet hat, ist eine verkehrte Form der Frauenemanzipation, die gerade die »Normalisierung« der Beziehungen zwischen den Geschlechtern verhindert. Die sogenannte Gleichberechtigung der Frau, die selbstverständlich gewordene Mitsprache der Frau in allen wirtschaftlichen Bereichen, ist eine ideologische Form für die Ausbeutung der Frau geworden und hat zur Formierung eines bestimmten Typus Frau beigetragen. Man kann auf der Straße ziemlich oft folgende typische Szene beobachten: eine große und dicke Frau schimpft auf einen schwächtigen Mann ein, der – nicht selten betrunken – hinter ihr hertippelt. Diese Art Beziehungen, die Verachtung, die Frauen Männern gegenüber an den Tag legen, trifft man nicht nur unter einfachen Menschen, sondern ebenso unter Intellektuellen. Die soziale Position, in der der Mann sich befindet – niedrige Löhne, die Unfähigkeit, die Familie zu unterhalten – macht die Frau quasi unabhängig von ihrem Mann, aber nicht frei. Sie verachtet ihren Mann, weil er zu nichts fähig ist, während sie Doppelarbeit leistet und er auf dem Sofa liegt.

Und der Mann sucht einen Ausweg aus dieser ständigen Erniedrigung, er be-

trinkt sich, wird impotent oder betrügt seine Frau mit einer anderen, die ihn vermeintlich mehr achtet. So wird die Frau wieder verlassen und einsam, bekommt einmal mehr bewiesen, daß die Männer gemein sind. Dieser Kreis der gestörten und unglücklichen Geschlechterbeziehungen ist fatal und man kann nur hoffen, daß er durch die Entwicklung bürgerlicher Beziehungen aufgebrochen wird. Die sowjetische Frau braucht einen Mann, aber gleichzeitig vernichtet sie ihn in der Konkurrenz um die kleine Macht über Familie und Kinder. Die pervertierten Mann-Frau-Beziehungen sind sehr gut von der Dramatikerin Ludmila Petruschewskaja beschrieben worden. Ihre Stücke und Erzählungen sind eine Enzyklopädie des Frauenlebens. Sie zeigt die abstoßende, marginalisierte Welt der heutigen Frau als die Norm, als den Alltag des »modernen« Sowjetlebens.

Eines der interessantesten Phänomene scheint die Marginalisierung, die Auflösung und wechselseitige Durchdringung der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu sein. Die soziale Gleichmacherei hat es möglich gemacht, daß die Akademikerin und die Putzfrau z.B. nebeneinander und häufig miteinander in einer gemeinsamen Wohnung zusammenleben. Sie haben ungefähr das gleiche Einkommen, essen die gleichen Lebensmittel, und ihre Kinder besuchen dieselben Schulen. Das führt dazu, daß die Intellektuellen (das betrifft auch die Männer) ihre spezifischen Lebensformen und ihren Wertkodex nicht aufrechterhalten können, daß ihre Moral, ihre Ansichten und ihre Lebensweise sich nicht allzusehr von der Lebensphilosophie der weniger gebildeten Schichten unterscheiden. Das war eine der Errungenschaften der Revolution, und jetzt fehlt jene Schicht, die die schwierige Arbeit der Zivilisierung der Sowjetgesellschaft tragen könnte. Die Intellektuelle heute spricht ein korrektes Russisch, kennt auch Fremdsprachen, aber sie ist unfähig zu einer Art rationellem Lebensplan. Sie ist vom Zufall abhängig und macht sich keine Gedanken über ihre Zukunft. Sie will einen Mann haben und stellt ihn vor voll-

endete Tatsachen, sie auch mit Bauch zu heiraten, sie ist verliebt, aber kümmert sich nicht um Verhütung, sie akzeptiert die daraus folgende Abtreibung als Opfer für die Liebe.

Manchmal hat man das Gefühl, daß sowjetische Frauen das Leiden brauchen. Es liegt etwas Masochistisches in diesem Mißbrauch der eigenen Gesundheit, in der stoischen Absage an die Vernunft, in den Leiden, die auch unter sowjetischen Verhältnissen vermeidbar sind. Mit vierzig Jahren fühlt sich die Frau erschöpft und krank. Der Kampf um das Überleben, neurotische Sexualbeziehungen und Angst um die Kinder wirken zerstörerisch auf die Nerven und schaden der Gesundheit. Natürlich gibt es auch ganz andere Frauen, Frauen westlichen Typs, aber die sind eher die Ausnahme.

Vielleicht ist die von mir entworfene Skizze fragmentarisch, aber je häufiger ich in die Sowjetunion reise, desto mehr werden mir die Gründe dieser pathologischen Existenzform klar. Natürlich hat es wenig Sinn, über die Frauenbewegung im westlichen Sinne zu sprechen. Das wird erst dann möglich sein, wenn die elementaren Bedürfnisse der Menschen befriedigt sind, wenn die Bedingungen für die Aufklärung der Frau geschaffen sind, wenn die Frau nicht mehr marginalisiert ist und sie die Möglichkeit bekommt, ihr Sexualleben nicht in demselben Zimmer, in dem auch die Kinder -- oder die Eltern -- schlafen, zu führen. Das wird, so vermute ich, die westlichen Feministinnen enttäuschen, an den Tatsachen ändert das aber nichts.

Russische und deutsche Studentinnen

Eine vergleichende sozialpsychologische Studie

Im folgenden berichten wir von den Ergebnissen einer sozialwissenschaftlichen Studie, die als Beitrag zur Ost-West-Verständigung dienen soll. Es galt zu ermitteln, welche Mißverständnisse, Fehleinschätzungen und evtl. Feindbilder zwischen Russen und Deutschen, die durch den Zweiten Weltkrieg und durch den jahrzehntelangen Ost-West-Konflikt in eine besondere Polarisierung geraten waren, heute noch bestehen. Im September und Oktober 1989, also unmittelbar vor der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, haben wir 1000 Studierende der Staatsuniversität von Moskau und 1450 Studierende der Universität Gießen mit einem Fragebogen, der psychologische, soziale und politische Themenbereiche umfaßte, schriftlich befragt. Die Befragten konnten die polaren Fragen auf einer siebenstufigen Skala ankreuzen (*Beispiel: Über den zweiten Weltkrieg mache ich mir oft 3 2 1 0 1 2 3 so gut wie nie Gedanken*). Die Erhebung erfolgte u.a. deshalb an Studenten, weil bei dieser Bevölkerungsgruppe am ehesten vergleichbare Stichproben in beiden Ländern erreichbar schienen. Außerdem ist es in der Sowjetunion nach wie vor sehr schwierig, voll repräsentative Befragungen durchzuführen.

Mit Hilfe des Gießen-Testes (vgl. Beckmann u.a. 1990), einem international viel benutzten psychologischen Instrumentarium, wurde die psychologische Selbsteinschätzung erfaßt. Mit einem weiteren von uns entwickelten Fragenkatalog erhoben wir die Meinungen über die eigene und die jeweils andere Gesellschaft, über die Beziehung zwischen beiden Ländern, über Rüstung, Umweltprobleme und Zukunftsvorstellungen. Einen ausführlichen Bericht über

die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie haben die beiden Forschergruppen in Gießen und Moskau in dem von Horst-Eberhard Richter herausgegebenen Buch *Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen* (1990) vorgelegt. In den folgenden Ausführungen soll es nun um eine spezielle Fragestellung gehen: Den Vergleich zwischen russischen und deutschen Studentinnen.

Psychologische Gemeinsamkeiten

Russische und deutsche Studentinnen gleichen sich darin, daß ihnen ihre innere Welt wichtig ist. Mehr als drei Viertel der befragten Frauen in beiden Ländern gaben an, daß sie sich sehr häufig über ihre inneren Probleme Gedanken machen. Auch bescheinigen sie sich beiderseits, phantasievoll zu sein.

Bedenkt man, unter welchen schwierigen Verhältnissen die russische Bevölkerung zur Zeit lebt und welche starkem Streß gerade die russischen Frauen durch Mehrfachbelastungen in einem Ganztagsberuf bzw. im Studium und bei der Organisation des täglichen Lebens ausgesetzt sind (vgl. Bystydzienski 1989; Fischer-Ruge 1989; Krone-Schmalz 1990), ist es überraschend, daß sich dies nicht in depressiven Verstimmungen niederschlägt. Die Russinnen beschreiben sich zwar in ihrer Grundstimmung als teilweise bedrückt, sind aber nicht depressiver als die deutschen Studentinnen. Allerdings fühlen sich die Frauen in beiden Ländern, ihrem eigenen Urteil nach, deutlich anfälliger für Verstimmungen als ihre männlichen Landsleute.

Im Studium scheinen russische wie deutsche Frauen mit ihren Kommilitonen und Kommilitoninnen ganz gut zurecht-

zukommen. Nur jeweils eine Minderheit von etwa einem Viertel äußert Schwierigkeiten, mit anderen eng zu kooperieren. Auch im Umgang mit dem anderen Geschlecht fühlt sich die Mehrzahl der Frauen hier wie dort unbefangen. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, daß über 80 % der befragten Studentinnen in beiden Ländern angab, einem Partner viel Liebe schenken zu können. Zu diesem Befund paßt auch, daß sowohl die russischen als auch die deutschen Studentinnen dazu neigen, sich oft Sorgen um andere Menschen zu machen. Das besorgte Mitfühlen und die liebevolle Hinwendung zu einem Partner gehören offenbar in beiden Ländern zu den charakteristischen Eigenschaften der Frau.

Auch die traditionelle weibliche Wertschätzung der eigenen Schönheit ist offenbar in den Rollenvorstellungen von Frauen ganz unterschiedlicher Kulturzugehörigkeit fest verankert: Die Frauen beider Länder legen in gleich hohem Ausmaß Wert darauf, schön auszusehen.

Im übrigen fällt ein gemeinsames Merkmal russischer und deutscher Studentinnen ins Auge, das nicht unbedingt zum traditionellen Geschlechtsrollen-Stereotyp gehörte: Der beachtliche Hang der Studentinnen zur Dominanz. Immerhin gab etwa die Hälfte der Studentinnen an, sie legten es darauf an, andere zu lenken. Wie verschiedene Untersuchungen zeigen, ist das Merkmal der Dominanz eng verknüpft mit dem Bildungsgrad. Personen mit höherem Bildungsgrad sehen sich dominanter (vgl. Brähler u.a. 1990; Wirth, Schürhoff 1990). Ein weiterer Hintergrund für die überraschende Dominanz der Frauen ist für die bundesrepublikanische Seite in der Emanzipationsbewegung der Frauen und für die sowjetische Seite in der vollständigen Integration der Frauen in das Arbeitsleben zu vermuten.

Psychologische Unterschiede

Während sich die deutschen Studentinnen als vergleichsweise verschlossener darstellen, beschreiben sich die Russinnen in ihrer psychologischen Selbstdar-

stellung als spontaner, aufgeschlossener und impulsiver. So gehen die russischen Studentinnen leichter aus sich heraus und geben eher viel von sich preis. Zur größeren Aufgeschlossenheit der Russinnen paßt auch, daß sie es leicht haben, zu anderen Menschen Vertrauen zu fassen. Die deutschen Frauen sehen sich zwar nicht gerade mißtrauisch, doch etwas vorsichtiger. So überrascht es nicht, daß die Russinnen sich auch eine größere Bindungsfähigkeit zutrauen. Unsere Frage lautete: *Ich glaube, ich habe es eher leicht ... eher schwer, mich für lange Zeit an einen anderen Menschen zu binden.* Die russischen Frauen sehen da für sich weniger Schwierigkeiten. Was jedoch die Kontaktsuche anbelangt, schreiben sich die deutschen Frauen mehr Aktivität zu. Die entsprechende Frage lautete: *Ich glaube ich meide ... ich suche eher engen Anschluß an einen anderen Menschen.* Die deutschen Frauen suchen die intensivere Bindung an einen anderen Menschen (72 %), trauen sich aber die Fähigkeit, eine Partnerbindung lange aufrechtzuerhalten, etwas weniger zu (63 %) als es ihrem Bedürfnis danach entspricht. Bei den Russinnen ist es umgekehrt: Sie bescheinigen sich eine hohe Bindungsfähigkeit (80 %), suchen aber nur zu einem geringen Teil (32 %) eine enge Bindung. Möglicherweise sind die deutschen Studentinnen aufgrund enttäuschender Erfahrungen in Partnerbeziehungen vorsichtiger. Auf der anderen Seite könnte es sein, daß die russischen Studentinnen sich nicht so stark binden wollen, weil sie von ihren Müttern wissen, wie stark die Belastungen für die russischen Ehefrauen sind (vgl. Krone-Schmalz 1990).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie unterschiedlich das Ausmaß der Liebesfähigkeit eingeschätzt wird. Das zeigt sich bei zwei Fragen: *Ich habe den Eindruck, ich zeige sehr viel ... sehr wenig von meinem Bedürfnis nach Liebe. Ich glaube, ich bin im Vergleich zu anderen in der Liebe intensiv... wenig erlebnisfähig.* Sowohl im Ausdrücken der Liebesbedürfnisse wie in der Intensität des Erlebens sind die russischen den deutschen Frauen offenbar voraus.

Allerdings bestehen die deutschen Frauen darauf, in der Partnerschaft genausoviel Liebe schenken zu können. Das sieht auf den ersten Blick nach einem Widerspruch aus. Aber es ist vermutlich im Verständnis nicht dasselbe, ob man Liebe schenken kann oder in ihr intensiv erlebnisfähig ist. Liebe schenken, das mag eher als aktive Fähigkeit, als Potenz verstanden werden. Dagegen klingt bei der Frage nach der Intensität der Erlebnisfähigkeit wohl mehr die passive Seite im Sinne von Hingabefähigkeit an.

Bei der Interpretation dieser Befunde kann eine Frage nach dem psychologischen Alter weiterführen. Unsere Frage lautete: *Ich glaube, im Vergleich zu meinen Altersgenossen wirke ich in meinem Benehmen eher jünger ... eher älter.* Die Russinnen fühlen sich vergleichsweise jugendlicher, die deutschen Frauen relativ älter. Wenn man aber in seiner Erscheinung älter wirkt als Gleichaltrige, so geschieht dies meist deshalb, weil man weniger impulsiv und eher besonders besonnen und kontrolliert reagiert. Dazu paßt auch der deutliche Temperamentsunterschied in Ost und West. Dort sehen sich die Frauen ungeduldiger, hier geduldiger.

Die vergleichsweise gebremste Impulsivität der deutschen Studentinnen korrespondiert mit einer erhöhten Tendenz zur Selbstkontrolle. Auf deutscher Seite haben die Frauen von sich den Eindruck, eher überordentlich zu sein und ausgesprochen gut mit Geld umgehen zu können. Außerdem nehmen sie es mit der Wahrheit eher übergenu, im Unterschied zu den Russinnen, die da eher großzügig sind.

Die deutschen Studentinnen zeichnen sich von ihren russischen Kommilitoninnen dadurch aus, daß sie sich selbstbewußter zu behaupten wissen und aggressiver ihre Interessen vertreten können. Die deutschen Frauen erwarten eher, daß man sie im allgemeinen als stark einschätzt (79 %). Darin sind sich die Russinnen nicht ganz so sicher (66 %). Auch neigen die deutschen Frauen stärker dazu, ihren Ärger abzureagieren, während die Russinnen ihren Unmut

eher in sich hineinfressen. Die naheliegende Vermutung, die Russinnen legten es weniger auf Konkurrenz an, geht allerdings in die Irre. Ihr Wunsch, andere zu übertreffen, ist bei den russischen Studentinnen sogar noch ausgeprägter (64 %) als bei den deutschen Frauen (51 %). Aber zur Erfüllung dieses Interesses müßten sie um Positionen kämpfen, in denen sie weniger abhängig sind und eher eine lenkende Rolle spielen könnten. Und darin sind die Russinnen, ihrer Angabe zufolge, erheblich weniger zielstrebig. Sie wünschten sich zwar, andere zu lenken (51 %), scheuen aber davor zurück, dieses Interesse durch ihr praktisches Handeln in die Tat umzusetzen. So vermeiden sie es eher, sich in Auseinandersetzungen mit anderen Menschen zu begeben, im Unterschied zu den deutschen Frauen, die sich das eher zutrauen. In dieses Bild fügt sich auch ein, daß die Russinnen sich weit fügsamer beschreiben (52 %) als die eher eigensinnigen deutschen Studentinnen (22 %).

Gemeinsamkeiten in den politischen Meinungen

Die Studentinnen in Ost und West sind sich völlig einig, daß Atomwaffen zur Sicherung des Friedens absolut schädlich sind. Hüben wie drüben schließen sich fast 80 % der Befragten dieser Meinung an. Wie die Korrelationsberechnungen zeigen, hängt diese Kritik am Konzept der atomaren Verteidigung eng zusammen mit einer kritischen Einschätzung der Folgen, die die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hatte. Je mehr man Atomwaffen für schädlich hält, umso stärker fühlt man sich von Tschernobyl betroffen. Es waren ja gerade auch Mütter und junge Frauen, die sich von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl in besonderer Weise betroffen fühlten (vgl. Spangenberg 1986; 1989; Thiel, Wirth 1986). Wie unsere Daten belegen, ist das Ausmaß der emotionalen Betroffenheit auch dreieinhalb Jahre nach dem Unglück noch keineswegs geschwunden. 92 % der russischen und 81 % der bundesdeutschen Studentinnen sind der Mei-

nung, daß wir die Auswirkungen von Tschernobyl heute noch in starkem Maße spüren. Der Schock sitzt tief. Tschernobyl ist offenbar nicht einer Verdrängung anheimgefallen, sondern im Gegenteil zu einem Symbol für die menscheitsbedrohenden Gefahren eines ungebremsten wissenschaftlich-technischen Fortschritts geworden (vgl. Wirth 1989). Den Schädigungen der Umwelt durch Chemie und Technik gilt die große Sorge einer überwiegenden Mehrheit der Studentinnen in Ost und West.

Vielleicht trägt das Empfinden, daß sich in einer kleiner gewordenen Welt kein Staat und kein Individuum den grenzüberschreitenden Gefahren eines atomaren Krieges und der Umweltzerstörung entziehen kann, dazu bei, das Gemeinsame und das Verbindende zwischen den Völkern stärker wahrzunehmen. Jedenfalls vermuten etwa zwei Drittel der Studentinnen in beiden Ländern, daß die Menschen im jeweils anderen Land ganz ähnlich denken wie die im eigenen. Zudem ist die große Mehrheit in beiden Ländern zu den Menschen im anderen Land nicht mehr mißtrauisch eingestellt. Auf der Basis dieser empfundenen Nähe verwundert es nicht, wenn etwa 90 % der Befragten auf beiden Seiten meinen, es könne sehr wohl echte freundschaftliche Beziehungen zwischen so unterschiedlichen Gesellschaftsformen wie zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland geben. Dementsprechend hält es die Mehrzahl der Studentinnen für ganz unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion und die Bundesrepublik in den nächsten dreißig Jahren in einen Krieg gegeneinander verwickelt werden könnten.

Doch kann es angesichts des Zweiten Weltkrieges überhaupt freundschaftliche Beziehungen zwischen Russen und Deutschen geben? Dieser Frage galt unser besonderes Interesse. Wie die Daten zeigen, sind die Schrecken der Vergangenheit nicht vergessen. In der Sowjetunion wie in der Bundesrepublik macht sich die Mehrheit der Studentinnen oft Gedanken über den Zweiten Weltkrieg – eine Zeit, die keine der durchschnittlich 23jährigen

Studentinnen selbst miterlebt hat. Ein weiteres Ergebnis ist noch überraschender: 86 % der deutschen und 83 % der russischen Studentinnen halten die totalitäre Vergangenheit ihres jeweiligen Landes noch für ungenügend aufgearbeitet. Sie sind der Ansicht, daß es für die Bürger ihres eigenen Landes eine äußerst wichtige Aufgabe sei, sich mit der Hitler- bzw. mit der Stalinzeit auseinanderzusetzen. Es muß also sowohl der Behauptung, die sowjetische Jugend sei an der Zeit des Stalinismus völlig desinteressiert (vgl. Ferenci 1987), als auch der weit verbreiteten Einschätzung westdeutscher Politiker und Publizisten, die eine Überdrüssigkeit zumal der jüngeren Generation an Fragen der Vergangenheitsbearbeitung konstatieren oder herbeizureden versuchen, entschieden widersprochen werden.

In beiden Ländern sind die befragten Studentinnen kritische Betrachter des eigenen sozialen Systems. In der Sowjetunion wie in der Bundesrepublik sind es nach wie vor die Frauen, denen hauptsächlich die Erziehung der Kinder und die Pflege und Betreuung alter und gebrechlicher Menschen zufällt. Was in dieser Hinsicht von beiden Seiten an Unmut geäußert wird, läßt hüben wie drüben auf eine ungenügende und verfehlte Sozialpolitik schließen. So sagen 87 % der russischen und 79 % der deutschen Studentinnen, daß in ihrem Land zu wenig für das Wohl alter Menschen getan werde. Und jeweils drei Viertel der Befragten in beiden Ländern sind der Meinung, daß in ihrem Land auch zu wenig für das Wohlergehen der Kinder getan werde. In Ost wie in West nehmen die Frauen eine sehr große Diskrepanz zwischen den offiziellen Verlautbarungen, ihren eigenen Ansprüchen und der gesellschaftlichen Realität wahr. Ein Indikator für ihren Unmut liegt auch in dem Ausmaß, in dem sich die Studentinnen in Ost und West gleichermaßen von den Politikern unverstanden und nicht gehört fühlen. Auf unsere Frage: *Was Leute wie ich denken, nehmen die Politiker kaum ... ziemlich ernst*, gaben in der Bundesrepublik 70 % und in der Sowjetunion 74 % der befrag-

ten Frauen an, sie fühlten sich kaum ernstgenommen.

Politische Meinungsunterschiede

Die größten Differenzen in den politischen Urteilen zwischen russischen und deutschen Studentinnen ergeben sich hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Länder. So meinen 86 % der deutschen Studentinnen, in der Bundesrepublik werde Arbeitslosigkeit zukünftig eine große Rolle spielen, aber nur 18 % der russischen Frauen sind dieser Ansicht. Ganz ähnliche Ergebnisse ergibt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik: Nur 16 % der Russinnen meinen, daß in der Bundesrepublik für soziale Gerechtigkeit schlecht gesorgt werde, gegenüber 49 % der deutschen Frauen. Umgekehrt ist es nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Russen um die soziale Gerechtigkeit in der Sowjetunion katastrophal bestellt (92 %), während sich »nur« 53 % der deutschen Studentinnen einer gleichlautenden Kritik am sowjetischen System anschließen wollen. Hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit sehen die deutschen Frauen das eigene und das andere Land fast gleichermaßen kritikwürdig, während im Urteil der Russinnen die Situation in beiden Ländern extrem auseinanderklafft. Nach dem Gesagten versteht es sich fast von selbst, daß die Russinnen die Reformbedürftigkeit der Bundesrepublik sehr gering einschätzen (8 %), während die deutschen Frauen zu 66 % meinen, die Bundesrepublik habe Reformen dringend nötig.

Einen Gutteil der Schuld an der wirtschaftlichen Misere ihres Landes schreiben die russischen Studentinnen der Faulheit ihrer Landsleute zu. Nur 4 % der Russinnen meinen, daß die Bürger ihres Landes fleißige Arbeiter seien. Den Fleiß der Bundesbürger hingegen veranschlagen 94 % der Russinnen als hoch. Das Urteil der deutschen Studentinnen hingegen ist ausgewogener: Zwar meinen auch hier immerhin 70 %, die Deutschen arbeiteten im allgemeinen sehr fleißig,

doch billigen immerhin 39 % der deutschen Studenten diese Eigenschaft auch den Sowjetbürgern zu.

Offenbar besteht auf Seiten der russischen Frauen eine Tendenz, die Verhältnisse in der Bundesrepublik, insbesondere die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit und den Arbeitseifer der Deutschen, zu idealisieren, während sie mit der eigenen Gesellschaft hart ins Gericht gehen. Umgekehrt sind die deutschen Studentinnen zwar nicht in der Gefahr, die Sowjetunion zu idealisieren, aber sie sind doch zu einem wohlwollenden Urteil über die dortigen Verhältnisse bereit. Ihre Sympathie für Gorbatschow und die Perestroika bewegt die deutschen Studentinnen vielleicht dazu, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Sowjetunion in einem milderem Licht zu sehen. In bezug auf das eigene Land fühlen sich die deutschen Studentinnen nicht zu einer solchen rücksichtsvollen Beurteilung veranlaßt und entsprechend harsch fällt ihre Kritik an den bundesrepublikanischen Verhältnissen teilweise aus.

Bemerkenswerterweise gilt die idealisierende Bewunderung der russischen Studentinnen hauptsächlich der wirtschaftlichen Potenz der Bundesrepublik. Bei der Frage, wie sympathisch man die Politik des jeweils anderen Landes finde, haben die Befragten anscheinend eher an die Außenpolitik gedacht. Nur 27 % der Russinnen können sich zu der Aussage durchringen, das, was sie von der Politik der Bundesrepublik erfahren, als sympathisch zu beurteilen. Ein Großteil hat sich für eine neutrale Haltung entschieden, vielleicht, um erst einmal abzuwarten. Seit Durchführung unserer Befragung im Oktober 1989 hat sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion noch wesentlich verbessert. Man kann vermuten, daß ein Teil der damals noch unentschlossenen russischen Studenten die Politik der Bundesrepublik heute positiv einschätzen würde. Auf der anderen Seite ist das Wohlwollen der deutschen Studentinnen für Gorbatschows Politik unvergleichlich größer. 69 % der deutschen Studentin-

nen findet die Politik der Sowjetunion sympathisch.

Ein weiterer Befund beleuchtet die besondere Situation der Russinnen: Die russischen Studentinnen sind extrem wenig davon überzeugt, daß der einzelne Mensch zur Sicherung des Friedens beitragen kann (21 %), während eine große Mehrheit der deutschen Studentinnen dies unbedingt glaubt (82 %). In diesem Ergebnis mag sich das Ohnmachtsgefühl der Russinnen widerspiegeln, gegen die Übermacht der gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren persönlichen Anliegen und Bedürfnissen nichts ausrichten zu können, während sich die deutschen Studentinnen, gestärkt durch die Frauen- und die anderen sozialen Bewegungen, sehr wohl in der Lage sehen, als einzelner Mensch einen persönlichen Beitrag zu den notwendigen Veränderungen im Großen leisten zu können.

Das politische Ohnmachtsgefühl der russischen Studentinnen scheint auch auf ihre politisch-gesellschaftlichen Interessen abzufärben: Sie haben im Vergleich zu den deutschen Frauen deutlich weniger Interesse an Politik (Russinnen: 33 %, Deutsche: 61 %). Außerdem ist sowohl ihr allgemeines Interesse am anderen Land als auch ihr Bedürfnis, mehr über das Leben der Menschen im anderen Land zu erfahren, geringer als bei den deutschen Studentinnen, auch wenn festzuhalten bleibt, daß eine Mehrheit in beiden Ländern starkes Interesse am jeweils anderen Land bekundet.

Eine Schlüsselstellung zur Interpretation der politischen Meinungsunterschiede könnte die Frage nach der Gleichberechtigung der Frau einnehmen. Unsere Frage lautete: *Nach meinem Eindruck sind in unserem Land Frauen gegenüber Männern stark ... gar nicht benachteiligt.* Zwar fühlt sich in beiden Ländern die Mehrzahl der Frauen gegenüber den Männern benachteiligt, doch sind die deutschen Studentinnen noch sehr viel entschiedener dieser Meinung. Diese Differenz dürfte Ausdruck der Tatsache sein, daß sich unter russischen Frauen bislang noch kein feministisches Bewußtsein herausgebildet hat. Die Frauenbe-

wegung in den westlichen Ländern galt in der Sowjetunion als eine elitäre und dekadente Bewegung bourgeoiser Frauen, deren Hauptforderung individuelle Selbstverwirklichung und sexuelle Freiheit beinhaltete. Der westliche Feminismus wurde in der Sowjetunion eher belächelt (vgl. Krone-Schmalz 1990, S. 225). Eine autonome Frauenbewegung im eigentlichen Sinne hat in der Sowjetunion keinerlei Tradition, wurde das Thema »Gleichstellung der Frau« doch von der kommunistischen Partei besetzt und mit der Gründung von »Frauenräten« als »gelöst« betrachtet. Zudem haben selbst die politisch aktiven Frauen in der Sowjetunion noch immer eine tiefe Abneigung dagegen, das Persönliche politisch zu begreifen. Viele Themen, mit denen sich die Frauenbewegung in der Bundesrepublik intensiv auseinandersetzt, sind in der Sowjetunion nach wie vor tabu: z.B. weibliche Sexualität, die Probleme beim Schwangerschaftsabbruch, Selbstbestimmung der Frau, die weit verbreitete Pascha-Haltung der Männer in der Familie usw. (vgl. Cockburn 1989).

Russische und deutsche Studentinnen stimmen grundsätzlich darin überein, daß der NATO-Pakt weniger Bereitschaft zeige, auf militärische Überlegenheit zu verzichten als der Warschauer Pakt. Offenbar trauen alle Befragten der Abrüstungsbereitschaft Gorbatschows, der ja in der Tat die Initiative zur Abrüstung ergriffen hat, mehr als den Abrüstungsbeteuerungen des Westens. Russische und deutsche Studentinnen unterscheiden sich aber insofern, als die Skepsis auf Seiten der deutschen sehr viel größer ist: Sie schätzen sowohl die Chance, daß der Warschauer Pakt als auch, daß die NATO auf militärische Überlegenheit verzichten wollen, erheblich geringer ein als die Russinnen. Und auch bei der Frage, ob die Regierung des eigenen Landes bereit sei, Atomwaffen vollständig abzuschaffen, sind die Deutschen pessimistischer.

Offensichtlich ist das gesellschaftskritische Bewußtsein der deutschen Frauen nicht nur im Hinblick auf frauenspezifische Problembereiche, sondern auch ge-

nerell ausgeprägter. Die Kritik der Deutschen an den Regierungen, Militärbündnissen und politischen Systemen ist deutlich schärfer und ihre Einschätzung der künftigen weltpolitischen Entwicklungen pessimistischer als bei den Russinnen.

Bei der Frage, ob man die Zukunft der Menschheit eher recht optimistisch oder recht pessimistisch einschätze, zeigt sich, daß der Pessimismus bei den deutschen Frauen deutlich überwiegt, während sich die Russinnen im Durchschnitt relativ optimistisch äußern. Wie die entsprechenden Korrelationen zeigen, hängt der Optimismus der Russinnen u.a. damit zusammen, daß für sie die Religion eine erhebliche Bedeutung hat. Nur 45 % der deutschen, aber 62 % der russischen Studentinnen kreuzten an, daß Religion für sie wichtig sei. Anscheinend hat die Religion, trotz jahrzehntelanger Unterdrückung durch den Staat, nicht aufgehört, für die russischen Frauen ein bedeutsames Bezugssystem zu sein. Vielleicht war die Religion sogar ein Refugium, das in Ansätzen eine Abschirmung gegen staatlich-ideologische Beeinflussung bildete und evtl. sogar oppositionellen Strömungen Raum bot, wie das auch in der DDR zu beobachten war.

Literatur:

Brähler, E., Kupfer, J., Beckmann, D., Richter, H.E. (1990): Zweite Standardisierung des Gießen-Test 1989. In: Diagnostica (im Druck).

Bystydzienski, J.M. (1989): Frauen und Sozialismus. Eine vergleichende Studie über Frauen in Polen und der UdSSR. In: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. 36. Jhg., Heft 11, S. 1003-1009.

Cockburn, C. (1989): Perestroika und Feminismus. In: Das Argument, Nr. 178, 31. Jhg., Heft 6, 1989, S. 905-912.

Ferenci, C. (1987): Der Stalinismus und die Folgen. In: C. Ferenci, B. Löhr (Hg.), (1987): Aufbruch mit Gorbatschow? Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft. Frankfurt (Fischer), S. 32-57.

Fisher-Ruge, L. (1989): Nadeschda heißt Hoffnung. Innenansichten aus der Sowjetunion. Düsseldorf (Econ).

Krone-Schmalz, G. (1990): In Wahrheit sind wir stärker. Frauenalltag in der Sowjetunion. Düsseldorf (Econ).

Richter, H.E. (Hg.), (1990): Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen. Hamburg (Hoffmann u. Campe).

Spangenberg, N. (1986): Wir werden Euch Kindern nicht helfen können. Psychische Reaktionsmuster von schwangeren Frauen und jungen Müttern auf die Reaktorkatastrophe. In: Psychosozial 29, 9. Jhg., 1986, S. 104-110.

Spangenberg, N. (1989): Die schwarz gekleideten Frauen und die Inhumanität der Technik. In: Wirth 1989, S. 133-151.

Thiel, W., Wirth, H.-J. (1986): Über die Seele im Zeichen von Tschernobyl. In: Psychosozial 29, 9. Jhg., 1986, S. 23-26.

Wirth, H.-J., Schürhoff, R. (1990): Das Verhältnis von Mann und Frau in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik: Ergebnisse einer vergleichenden Sozialpsychologischen Befragung deutscher und russischer Studenten. Unveröffentlichtes Manuskript.

Wirth, H.-J. (1989): Nach Tschernobyl. Regiert wieder das Vergessen? Frankfurt (Fischer).

Eine Deklaration Ungarische Feministinnen

Im gegenwärtigen politischen Aufbruch der ungarischen Gesellschaft sind Frauen in auffälliger Weise nicht präsent. Nur sehr wenige Frauen sind in alternativen Oppositionsgruppen aktiv; auch in den politischen Programmen der neuen Parteien oder Bewegungen taucht die Frauenfrage nicht auf. Wir finden dies alarmierend.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Frauenfrage kein zweitrangiges Problem ist, das erst behandelt werden kann, wenn jene Übel der Gesellschaft behoben sein werden, die offensichtlich und gravierender sind. Eine wirkli-

che Demokratisierung Ungarns ist nicht ohne die völlige geistige und materielle Befreiung der Frauen zu erreichen. Wir glauben nicht an eine Demokratie, die ausschließlich im öffentlich-politischen Bereich existiert, und aus diesem Grund nur eine Hälfte der Bevölkerung erreicht. Für uns ist ein Mann solange kein Demokrat, solange er nur im öffentlichen und politischen Leben demokratisch denkt, im häuslichen und privaten Bereich aber hierarchische Beziehungen lebt.

Wir sind überzeugt, daß eine wahre Demokratie nur erlangt werden kann, wenn auch das Persönliche, das Private verändert wird. Wir befinden uns im dritten Jahr des ungarischen Reformprozesses, in einer Zeit, in der das gesellschaftliche Klima von einem gewissen Pessimismus geprägt zu sein scheint, da die erwünschten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen ausbleiben oder zu langsam geschehen. Wir su-

chen solche Veränderungen im privaten Bereich, da Werte wie Autonomie, Souveränität und Menschenwürde offenbar keinen Eingang in das fortschrittliche politische Denken gefunden haben, insbesondere nicht im Hinblick auf Frauen. Ziel des Feminismus in Ungarn ist, wie auch andersorts, die geistige Befreiung von Frauen und Männern aus unterdrückenden, hierarchischen Beziehungen. Dies kann nur erreicht werden, wenn wir unser jetziges System der Vorurteile und Diskriminierungen völlig ablegen und das Leben in all seinen Erscheinungsformen achten.

Die *ungarischen Feministinnen* sehen es als ihre Verpflichtung an, die Interessen der ungarischen Frauen in jeder Hinsicht, im öffentlichen wie privaten Bereich zu verteidigen. Als Untersparte der Akademikergewerkschaft ist es unser vorrangiges Ziel, für die Interessen jener Frauen einzutreten, die in den verschied-

Rosemarie Trockel: Schizo-Pullover, 1988

Foto: Studio Schaub



denen Bereichen der Wissenschaft, der Forschung und des akademischen Lebens arbeiten. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den Problemen von Frauen jeder sozialen Schicht und Klasse.

Über diese grundlegende Aufgabe hinaus wollen wir eine Geisteshaltung und Denkweise fördern und propagieren, die ein Bewußtsein für jegliche Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen entwickelt. Die Philosophin Agnes Heller hat darauf hingewiesen, daß »die großartige weltweite Revolution des Feminismus« Osteuropa noch nicht erreicht hat, da sie mit den dortigen Vorstellungen von Sozialismus nicht vereinbar ist. Heute müssen wir alles in unserer Macht stehende tun, um feministische Ideen, zusammen mit anderen radikalen Denkmodellen, zu einem Teil des politischen Denkens in Ungarn zu machen. Wir sind davon überzeugt, daß eine wahre Demokratie einer Grundhaltung bedarf, die auf Koexistenz, Kooperation und der Achtung aller Rassen, Geschlechter, Länder und Kulturen basiert. Einer solchen Denkweise ist die Beherrschung eines Landes durch ein anderes Land ebenso fremd wie die Beherrschung eines Geschlechtes durch das andere. Ebenso müssen wir in Ungarn das Verhältnis von Mensch und Natur radikal neu fassen; daher erachten wir Umweltorganisationen ebenso als unsere Verbündete wie jene Bürgerrechtsorganisationen und Gruppen, die gegen eine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion und Hautfarbe kämpfen.

Beruf – Karriere – Erwerbstätigkeit

In Ungarn gibt es eine klare Trennung zwischen weiblichen und männlichen Berufen, Interessen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Frauen können kaum andere berufliche Wege einschlagen als die traditionell weiblichen.

Diese Trennung ist zweifach: einerseits sind es Männer, die Frauen von solch angesehenen Berufen wie Chirurg und Gynäkologe, die Macht und ein hohes Einkommen bedeuten, ausschließen; andererseits vertreten Frauen in der Regel

solche Berufe erst gar nicht, da sie seit ihrer Kindheit dazu erzogen wurden, andere Alternativen zu wählen. Aber selbst wenn Frauen gleiche Qualifikationen haben, ist es für sie sehr schwierig, ihr Wissen auf dem gleichen Niveau wie dem der Männer zu halten. Für die Erledigung der Hausarbeit – in Ungarn noch immer im wesentlichen die Aufgabe der Frauen – ist hier sehr viel mehr Zeit und Energie erforderlich als in den westlichen Demokratien, weil es einen gravierenden Mangel an entsprechenden Gerätschaften und Dienstleistungen gibt. Daher kommen Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung üblicherweise langsamer voran, da sie die erforderlichen Leistungsnachweise und Qualifikationen für höhere Positionen meist nicht bekommen können. Aus diesen Gründen, aber auch, weil man Frauen als Führungskräften nicht traut, finden wir praktisch keine Frauen als Fachbereichsleiterinnen, Dekaninnen, Rektorinnen, Universitätspräsidentinnen usw. Angesichts der vielschichtigen Beziehung von Wissenschaft und Macht ist die Präsenz von Frauen in leitenden Positionen und im Wissenschaftsbetrieb eine Bürgerrechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung.

Es ist eine allgemein akzeptierte Tatsache, daß die am schlechtesten bezahlten Berufe diejenigen sein müssen, die in aller Regel von Frauen verrichtet werden und die sich der traditionell weiblichen Fähigkeiten bedienen (Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Friseurinnen, Sekretärinnen, Reinemachefrauen usw.). Die Arbeit eines Tankwarts beispielsweise, für die weder Ausbildung, Berufserfahrung noch Sachkenntnis nötig ist, wird mit einem Gehalt entlohnt, das um ein mehrfaches höher ist als die Arbeit einer Lehrerin oder Krankenschwester, für die vielfältige Fähigkeiten, Fachwissen sowie Hingabe erforderlich sind.

Wir haben daher folgende Ziele:

– den Geist geschlechtsspezifischer Rollenverteilung zu bekämpfen, der die ungarische Gesellschaft bereits im Kinder-

garten, in den Schulbüchern und der jugendlichen Subkultur durchdringt, und der für die gravierenden Unterschiede der Berufswahl von Männern und Frauen verantwortlich ist, die unabhängig ist von Bedürfnis und persönlicher Neigung;

– alle Frauen zu ermutigen und mit juristischen Mitteln zu unterstützen, die Berufe ergreifen wollen, die nicht dem traditionellen weiblichen Rollenideal entsprechen;

– sowohl für größere Anerkennung und höhere Bezahlung von Frauen in traditionellen Tätigkeiten zu kämpfen als auch für eine Neubewertung der Hausarbeit.

Privatsphäre – Sexualität – Aggression

Die *Ungarischen Feministinnen* sind tief beunruhigt über die Ausbeutung und Demütigung von Frauen im privaten Bereich.

In Ungarn wurden in den letzten 25 Jahren mehr als 4 Millionen Abtreibungen vorgenommen (bei einer Bevölkerung von 10 Millionen). Die existentielle Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit des Individuums in einem totalitären Staat können diese furchtbare Zahl nur zum Teil erklären. Es gibt auch andere Gründe: das Problem der Geburtenkontrolle ist im Grunde ungelöst, und es wird nicht von Frauen und Männern geteilt. Nicht-hormonelle Mittel der Empfängnisverhütung, die die Gesundheit von Frauen nicht gefährden, sind nicht jederzeit und überall erhältlich. Auch gilt bei uns die gemeinsame Verantwortung beider Partner nicht als selbstverständlich.

Die ungarischen Massenmedien verbreiten ständig die Botschaft, der weibliche Körper sei ein Objekt geschäftlicher Transaktionen. Es gibt in Ungarn keinen Präzedenzfall, bei dem der rüde Sexismus halbpornographischer Werbung öffentlich angeprangert worden wäre; angeblich transportiert sie den Geist einer wie auch immer gearteten Offenheit und Aufgeklärtheit, und viele kleine ungarische Firmen erzielen Gewinne aus der Verbreitung einer solchen Denkweise. Es ist sehr bedauerlich, daß bislang noch niemand darauf hingewiesen hat, daß

Anzeigen, Werbefilme und pornographische Publikationen sehr schädlich sind, da sie in den privatesten Bereich des Individuums eindringen. Der Anblick von Nacktphotos und pornographischen Abbildungen ist keine Frage persönlicher Entscheidung: sie sind nicht zu umgehen und werden allen aufgezwungen.

Ein hoher Prozentsatz der Frauen in Ungarn muß verschiedene Formen männlicher Aggression ertragen. Alle Mädchen und Frauen, die hier leben, haben sexuelle Demütigung, Mißbrauch und Vergewaltigung in verbalen und/oder körperlichen Form erlebt – in der Schule, am Arbeitsplatz, der Familie, auf der Straße. Derartige Vorkommnisse werden allerdings sehr selten angezeigt, da es kein öffentliches Problembewußtsein zu dem Thema sexuelle Gewalt gibt (so hat das Ungarische keine Wörter für sexuellen Mißbrauch, Kindesmißbrauch, geschlagene Frauen). Noch seltener werden solche Verbrechen juristisch geahndet; wir haben kein wirksames rechtliches und medizinisches System, um die Opfer sexueller Gewalt zu schützen, zu behandeln und psychisch zu stabilisieren.

In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, in der ein Großteil der Bevölkerung existentiell nicht abgesichert ist, tragen Frauen eine schwere Bürde. Ihre Aufgabe ist es, die Familie zu ernähren, während das Familieneinkommen und somit das Geld, das sie verbrauchen können, täglich weniger wird. Die Tatsache, daß sich in Ungarn noch kein modernes Ernährungsbewußtsein herausgebildet hat, erschwert die Aufgabe der Frauen, ihre Familie mit Lebensmitteln zu versorgen, um ein weiteres. Die Lebensmittelpreise in Ungarn sind umgekehrt proportional zum Bedarf des Menschen: ungesunde Nahrung ist am billigsten und bestimmt unsere nationalen Ernährungsgewohnheiten, während gesunde Nahrung überaus teuer und daher nur für ganz wenige erschwinglich ist.

Angesichts des oben Gesagten, glauben wir, daß:

– die Abtreibungssituation in Ungarn gesellschaftliche Ursachen hat, aber auch

mit dem Umstand zusammenhängt, daß Empfängnisverhütung ein ungelöstes Problem ist, das nur behoben werden kann, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihre Fortpflanzungsfähigkeit respektiert wird; gäbe es eine angemessene Aufklärung über Geburtenkontrolle und wäre sie für Frauen und Männer gleichermaßen erhältlich, würde die Zahl der Abtreibungen sinken;

– rechtliche Garantien und Beratungsdienste zum Schutz von Opfern sexueller Gewalt benötigt werden, des weiteren Frauenhäuser, Notrufe für vergewaltigte Frauen und ein ausgebautes Netzwerk zur Unterstützung von Frauen;

– die aggressive Natur der Pornographie verdeutlicht und Schritte zu ihrer Eindämmung eingeleitet werden müssen,

– das ungarische Volk Aufklärung über gesunde Ernährung braucht, um die hohe Sterblichkeitsrate aufgrund von Ernährungsdefiziten und umweltbedingten Krankheiten zu senken.

Wir sehen die Aufgabe der *Ungarischen Feministinnen* zum gegenwärtigen Zeitpunkt also darin, ein breiteres Bewußtsein zu folgenden Punkten zu schaffen:

– das Problem der Frauen im heutigen politischen Leben;

– die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung;

– die Diskriminierung von Frauen bei der Vergabe von Stellen;

– Antidiskriminierungsgesetze und Frauenquoten;

– die Anerkennung von Hausarbeit;

– die Verbreitung arbeitssparender Haushaltsgeräte;

– das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihre Fortpflanzungsfähigkeit;

– der Schutz von Frauen als Opfer von Sexualverbrechen;

– gesunde Ernährung und gesunde Lebensführung.

Wir wollen die schlummernde Macht der Frauen als Wählerinnen und als Aktivistinnen einer politischen, wirtschaftlichen und geistigen Selbstbestimmung mobilisieren.

Die Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlich Tätigen gab jüngst die Bildung

ihrer neuen Szeged-Sektion, *Ungarische Feministinnen*, bekannt. Die Mitglieder dieser Sektion bildeten in den vergangenen Jahren eine aktive Arbeitsgruppe, die mit Ungarns einzigem akademischen Programm für Frauenforschung assoziiert war, dem Fachbereich Amerikanistik der József Attila Universität, Szeged.

(Übersetzung aus dem Englischen: Ebba D. Drolshagen)

CHRISTA RANDZIO-PLATH

Das Elend ist überall

Abtreibung – eine alte und immer wieder neue Frauenfrage

Die deutsche Einheit brachte nicht einmal die Fristenregelung für alle Frauen. Wieder wird Frauenengagement für eine neue gesetzliche Regelung benötigt. Weder die ersatzlose Streichung noch die Fristenregelung sind schnell durchzusetzen, wenn nicht die Frauenlobby neue Gesetze für das vereinte Deutschland fordert.

Das Europäische Parlament forderte im Juli 1990 die Ausdehnung der Fristenregelung für das vereinte Deutschland. Das Europäische Parlament fordert, daß in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben zugestanden werden muß. Die Sozialistische Fraueninternationale unterstrich im Mai 1990 erneut die Notwendigkeit, daß Schwangerschaftsabbrüche unter medizinisch und gesundheitlich schonenden Methoden vorgenommen werden und kostenlos möglich sein müssen.

Der Verfassungs- und Rechtsstreit ist so alt und so universal wie die Abtreibungen: 50 bis 60 Millionen Abtreibungen jährlich werden weltweit geschätzt. Mindestens 20 Millionen dieser Abtreibungen



G. Goldstein '90

Die Selbstbestimmung der Frau vor dem Gesetz

sind illegal. In Lateinamerika kommt auf jede 2. Geburt eine Abtreibung. Trotz aller gesetzlichen Einschränkungen und religiösen Vorbehalten wählen Frauen in Konfliktlagen weltweit die Abtreibung. Die Folgen sind nach wie vor schwerwiegend. Frauen bezahlen mit lebenslangen gesundheitlichen Schäden und Tod. Rund 250 000 Frauen – so Familienplanungsorganisationen – sterben jährlich an den Folgen einer Abtreibung. Müttersterblichkeit hat als Todesursache in der Regel eine nicht fachkundig durchgeführte Abtreibung. 64 % der Todesfälle von Müttern in Chile, fast 50 % der Todesfälle von Müttern in Äthiopien und Nigeria beruhen hierauf. In den USA sank die Sterblichkeitsrate der abtreibenden Mütter nach der Legalisierung um 40 %. In Singapur zählt man seit der gesetzlichen Zulässigkeit der Abtreibung nur noch weniger als einen Todesfall auf 100 Abtreibungen (früher: 15 auf 100). In Rumänien stieg die Sterblichkeitsrate nach Wiedereinführung von restriktiven Gesetzen.

Dabei leben 75 % der Menschen in Ländern, in denen Abtreibung aus medizinischen oder sozialen Gründen zugelassen wird. Irland ist das einzige Land der Welt, in dem Abtreibung ohne Ausnahme illegal ist. Dennoch werden weiterhin Abtreibungen illegal durchgeführt, weil es an Ärzten und Krankenhäusern mangelt, die diese vornehmen, weil die Zwangsberatungen diskriminierend sind oder die bürokratisierten Verfahren zu lange dauern. Aber auch weil legal durchgeführte Abbrüche »bekannt« werden und die soziale und religiöse Mißachtung und Verachtung Frauen auch dann immer noch bestraft, wenn sie legal handeln.

Neue Ängste

Erneut demonstrieren weltweit zehntausende von Frauen gegen die erneuten Verurteilungen und Verfolgungen von Frauen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland und in Spanien. So wie Frauen kein »einig Memmingen« forderten, protestierte die ame-

rikanische Frauenbewegung gegen die Ansicht des Obersten Gerichtshofes, daß amerikanische Bundesstaaten durch eigene Gesetze die liberale Bundesgesetzgebung aushebeln können. Im amerikanischen Bundesstaat Louisiana dürfen Abbrüche nur noch bei Vergewaltigungen und Inzest vorgenommen werden. Hunderttausende von Pro-Life-Anhängerinnen fordern Strafen, die Frauenbewegungen fordern die ersatzlose Aufhebung von Bestrafungen bei Schwangerschaftsabbrüchen. Konservative Ideologien und Wertvorstellungen und ökonomische und Arbeitsmarktkrisen sowie bevölkerungspolitische Vorstellungen führen selbst in den reicheren Industrieländern immer wieder zu neuen Versuchen, das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu beschnitten.

Bestandsaufnahme: Unterschiede in der EG

Abtreibungen gab und gibt es auf allen Kontinenten, in allen Kulturen und Gesellschaftsordnungen. Keine Strafverfolgung hat sie verhindert. In den westeuropäischen Ländern gibt es auch praktisch keine Verurteilungen von Frauen mehr, die einen Abbruch durchgeführt haben.

Schon in der EG ist die Rechtslage unterschiedlich: Großbritannien veränderte mit der Einführung einer Fristenregelung 1967 die europäische Gesetzgebung völlig. Diesem Beispiel folgten dann Dänemark, die Niederlande und Frankreich. In den meisten EG-Ländern gilt nach wie vor die strengere Indikationsregelung. Neben der Bundesrepublik Deutschland kennen auch Griechenland, Spanien, Portugal, Luxemburg und Italien die Indikation aus sozialen Gründen bzw. bei Gefahr für die Psyche der Frau. Die Wirkung dieser gesetzlichen Regelungen ähnelt vielfach der Praxis der Fristenregelung. In Irland ist Abtreibung allerdings grundsätzlich verboten. Das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben hat im katholischen Irland Verfassungsrang. Sogar Werbung für Empfängnisverhütungsmittel ist verboten. Empfängnisverhütungsmittel sind schwer zugänglich.

Liberalere Regelungen kennen auch die anderen skandinavischen Länder. Wie in Dänemark ist in Schweden die Abtreibung in den ersten achtzehn Schwangerschaftswochen auf Verlangen der Frau durchzuführen.

Die heutigen Reformmodelle gehen überwiegend davon aus, daß Regelungen sowohl die Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens wie das Selbstbestimmungsrecht der Frau miteinander vereinbaren wollen. Und in allen Staaten wird zunehmend mehr die Notwendigkeit gesehen, über eine zuverlässige Empfängnisverhütung umfassender und rechtzeitiger als bisher aufzuklären.

Eine Übersicht über legale Abtreibungen zwischen 1977 und 1985 zeigt übrigens ziemlich gleichbleibende Zahlen – unabhängig vom Regelungszustand. Zum Vergleich: in den USA sind die Hälfte aller 6,4 Millionen Schwangerschaften unbeabsichtigt. 1,4 Millionen enden in Geburten, und 1,6 Millionen in Abtreibungen, 400 000 in Fehlgeburten. Rund 91 % der Abtreibungen werden in den ersten drei Monaten durchgeführt. Die Zahl der Abtreibungen ist seit 1980 konstant. Weniger als 0,01 % der Abbrüche erfolgen nach der 24. Woche. 57 % aller unerwünschten Schwangerschaften werden auf unzureichende Empfängnisverhütung zurückgeführt. Mit der Abschaffung der Grenzkontrollen im Europäischen Binnenmarkt fallen nicht alle Grenzen. Eine der heiklen Grenzen bleibt bestehen: die Trennung der Länder mit liberalen und der Länder mit restriktiven Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch.

Der Vergleich zeigt, daß Länder mit einer liberalen Abbruchpraxis wie die Niederlande, Frankreich oder Großbritannien nicht mehr Schwangerschaftsabbrüche kennen als Länder mit strengen Abtreibungsregelungen wie die Schweiz oder die Bundesrepublik. Untersuchungen zeigen, daß restriktive Gesetze zu unerwünschten Entwicklungen und Tod, gesundheitlichen Schäden, Unsicherheit und Angst führen. Abbrüche verhindern können sie nicht. Inzwischen verbreitet sich die allgemeine Erkenntnis, daß die Häufigkeit der Schwangerschaftsabbrü-

che mit den Problemen der Verbreitung und Wirksamkeit der Empfängnisverhütung zusammenhängt.

Unterschiedlich sind auch die Kostenregelungen. Kostenlos sind Schwangerschaftsabbrüche in Italien und in Großbritannien. Kosten werden ganz oder teilweise von Krankenkassen übernommen in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in den Niederlanden, in Spanien, Belgien, aber auch in der Schweiz und in Österreich. Allerdings sind wie in Großbritannien häufig die staatlichen Gesundheitsdienste nicht in der Lage oder nicht bereit, alle Frauen zu behandeln. Daher weichen Frauen auf Privatkliniken aus, die sie privat bezahlen müssen.

Kinder müssen willkommen sein

Anders als in den siebziger Jahren führen Frauen überall offensiv das Recht auf eine kinderfreundliche Umwelt in die Diskussion mit ein, genauso wie ein Recht auf sichere und kostenlose Empfängnisverhütung und Sexualaufklärung. Die Verbindung dieser Forderungen mit dem Verzicht auf Strafe und mit dem Recht auf eine gesundheitlich schonende und kostenfreie Abtreibung sind ein europäisches Thema, das sich hoffentlich bald durch eine einheitliche Entkriminalisierung in allen europäischen Staaten als Jahrhundertthema der Frauen ablösen läßt.

Belgien: Endlich ein Erfolg

Über 40 Gesetzesinitiativen lagen dem belgischen Parlament vor, bevor 1990 erstmals die begrenzte Straffreiheit für Abtreibungen eingeführt wurde. Abtreibungen sind dann während der ersten drei Monate zulässig, wenn sich Frauen in einer physischen oder psychischen Notlage befinden. Bei medizinischen Indikationen sind Abtreibungen auch danach zulässig. Die sensationelle Entscheidung erkaufte Frauen und Ärzte und Abgeordnete und Regierungen hart: mit Gefängnis und Protesten, mit Regierungswechseln und einem Justiznot-

stand. Der Druck der katholischen Kirche war so groß, daß der belgische König die Unterzeichnung des Gesetzes verweigerte und für den Tag der Unterzeichnung auf sein Amt verzichtete. In die Geschichte eingehen wird der Prozeß gegen den Brüsseler Frauenarzt Dr. Peers, der Frauen in Notlagen immer wieder half: »Für Ärzte mit Gewissen ist es unmöglich, Frauen nicht zu helfen.« Die überwiegende Mehrheit aller Männer und Frauen in Belgien spricht sich seit langem für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung aus. Mehr als 15 000 Abtreibungen soll es nach Schätzungen in Belgien jährlich geben – die meisten aus sozio-ökologischer Not.

Großbritannien setzt Maßstäbe

Nicht die liberalen Niederlande (immer noch ein Land des Abtreibungstourismus für Frauen aus aller Welt), sondern Großbritannien entkriminalisierte als erstes Mitgliedsland der EG die Abtreibung. Schon 1967 waren Abtreibungen bis zur 28. Woche zulässig. Die Liberalisierung war ein Erfolg der britischen Frauenbewegung. Zwar wurde wenigen Frauen und Ärzten der Prozeß gemacht. Viele Frauen starben aber an den Folgen der illegalen Abtreibungen. Die Reform läßt heute nur noch Abtreibungen bis zur 23. Woche zu. Nach wie vor sind Abtreibungen in den staatlichen Einrichtungen kostenlos. Es stehen aber wenige Einrichtungen zur Verfügung, so daß die kostenlose medizinische Versorgung unzureichend ist.

Jedes Kind ist ein Gottesgeschenk

Das Seveso-Gift traf auch Schwangere. Als die katholischen Mütter um die Genehmigung zur Abtreibung baten, sagte der Papst: »Jedes Kind ist ein Gottesgeschenk.« Für die italienische Frauenbewegung war der Abtreibungsparagraph wie für die Frauen in Spanien, Portugal und Griechenland der entscheidende Konflikt um das Selbstbestimmungsrecht der Frau. In den stark von den Kirchen beeinflussten Ländern beugten sich die

Parlamente erst nach heftigen Konflikten dem Willen der Frauen und führten die Straffreiheit für Abtreibungen in den ersten Monaten ein.

Mittel- und Osteuropa: Anspruch auf Hilfe

Empfängnisverhütung und Familienplanung waren selbstverständlich. Bereits 1955 hob die UdSSR praktisch alle gesetzlichen Regelungen auf, die den Schwangerschaftsabbruch beschränkten. Die anderen mittel- und osteuropäischen Länder folgten. Die Durchführung der Abtreibung ist kostenlos. In Ungarn, der ČSFR und Rumänien galten allerdings Indikationsregelungen, die eine Pflichtberatung vorsahen. Darum gab es in diesen Ländern auch weiterhin illegale Abtreibungen. In Rumänien war die Lage besonders schwierig, da aufgrund der staatlichen Bevölkerungspolitik seit 1966 eine äußerst strikte Politik zur Geburtenförderung betrieben wurde. Verheiratete Frauen ohne Kinder mußten sich gynäkologischen Zwangsuntersuchungen stellen. Schwangere Frauen mußten sich einmal monatlich medizinisch untersuchen lassen. Über die Einführung der Todesstrafe für die Durchführung von Abtreibungen wurde in der Regierung nachgedacht.

Außereuropäische Industriestaaten: Zwischen Selbstbestimmung und Heuchelei

Die Right-To-Life-Vereinigungen haben in den amerikanischen Präsidenten ihre besten Verbündeten. Gegen den Willen der Frauen wird das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingeschränkt. Massendemonstrationen lassen die amerikanische Regierung unberührt. So werden inzwischen immer weniger Abtreibungen kostenlos durchgeführt, weil die Regierung 95 % der staatlichen Unterstützungsfonds abgeschafft hat. Viele Amerikanerinnen führen den Schwangerschaftsabbruch in Mexiko durch – vor allem aus finanziellen Gründen. Kanadische Frauen überqueren immer noch die

Grenze zu den USA, weil in den US-Bundesstaaten die Praxis liberaler als in Kanada ist. Dort entscheiden bei Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Schwangeren Kommissionen. Die Bürokratisierung und die Dauer des Verfahrens schreckt Frauen ab, so daß sie nur selten von dem legalen Weg Gebrauch machen.

Australien und Neuseeland werden von der restriktiven Diskussion in den USA und die Right-To-Life-Bewegungen beeinflusst. Nach wie vor ist es für Frauen schwer, Abtreibungen vornehmen zu lassen. In Australien können Frauen in den ersten Monaten der Schwangerschaft bei ethischer, medizinischer, eugenischer oder psychischer oder physischer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit einen Abbruch vornehmen lassen. Es gibt auch Einrichtungen, die ohne großen bürokratischen Aufwand Frauen helfen. Nur 6 % der Bevölkerung lehnt einen Schwangerschaftsabbruch ab. Von den übrigen 94 % billigen 62 % den Frauen ein Selbstbestimmungsrecht zu. Die soziale Kontrolle und der Einfluß der Kirche sind in Neuseeland stärker, so daß Frauen aus Neuseeland in Konfliktlagen in australische Großstädte reisen. Dieses Problem haben die Japanerinnen nicht; denn die Regierung gibt den Ärzten problemlos Sonderlizenzen, die sie zur Durchführung von Abtreibungen berechtigen. In Japan ist Abtreibung als Mittel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums akzeptiert, weil Sexualerziehung und Empfängnisverhütung immer noch nicht sehr weit verbreitet sind.

Entwicklungsländer

Die Frauen des afrikanischen Nomaden, des indischen Bauern und peruanischen Bergbewohners hatten immer schon ihre überlieferten Rezepte, um Schwangerschaften vorzeitig zu beenden. Trotz Massenarmut und Bevölkerungswachstum ist in den meisten sog. Entwicklungsländern Abtreibung verboten. Das liegt an der staatlichen Bevölkerungspolitik, aber auch an den Kirchen und Religionen. Von den islamischen Ländern kennen nur Tunesien und die Türkei die

Straffreiheit der Abtreibung in den ersten drei Monaten.

In China und Indien wird Schwangerschaftsabbruch als eine Methode der Familienplanung betrachtet. Sie ist jeder Frau zugänglich und kostenlos. Nach vorliegenden Umfragen wird die Liberalisierung der Abtreibung von Männern und Frauen begrüßt. In Indien ist übrigens die Zahl der durchgeführten Sterilisationen sehr hoch, denn es werden rund vier Millionen Sterilisationen jährlich durchgeführt (über 85 % bei Frauen). Eine gesonderte Beratung der Frauen ist nicht vorgesehen.

Wie geht es weiter?

Die Kampagnen zur Liberalisierung der Abtreibung müssen weitergehen, auch in Europa. Es gibt keinen gleichen liberalen Regelungsstand, der auch die Gesundheit der Frauen schützt. Die Liberalisierung der Strafgesetze hat nicht zu einer größeren Zahl von Abbrüchen geführt. Das gilt insbesondere für die Länder, in denen Empfängnisverhütungsmittel gut und billig, verfügbar und anwendbar sind. Länder mit restriktiver Abbruchgesetzgebung wie die Bundesrepublik und die Schweiz haben keine niedrigeren Abbruchziffern als die Niederlande oder Großbritannien. Diese Gesetze provozieren aber einen Abtreibungstourismus, der weder der Gesundheit der Frauen zuträglich ist, noch arme und reiche Frauen gleichbehandelt. Die neue französische Abtreibungspille RU-486 läßt Frauen auf einen besseren Gesundheitsschutz hoffen; denn sie liefert eine medikamentöse Methode zur Einleitung eines Abbruchs im Frühstadium der Schwangerschaft. In Frankreich darf diese Methode nur unter strenger medizinischer Kontrolle gewählt werden. Das Europäische Parlament und die sozialistische Frauenternationalen fordern den weltweiten Einsatz der Abbruchpille RU-486 unter medizinischer Aufsicht. Auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 haben 136 Regierungen die Familienplanung zu einem menschlichen Grundrecht erklärt. Davon sind wir heute immer noch weit entfernt.

Im Kampf mit der Terminitis

*Volksweisheit, Ende 20. Jahrhundert:
»... besser ein voller Kalender, als ein
voller Bauch.«*

Endlich habe ich es einmal geschafft, dem Streß zu widerstehen, ignoriere die Post, erledige keine Erledigungen. Und gerate ins »out« (österreichisch: außerhalb des Spielfelds). Meine Freundinnen sind überanstrengt, auf dem Sprung von oder zu einem Kongreß, müssen dringend etwas abgeben, haben jenes vor und dieses hinter sich.

Keine konnte den so oft diskutierten Vorsatz erfüllen, sich nicht vom Kalender terrorisieren zu lassen. Tu' dir was Gutes, laß dich nicht hetzen, vergiß nicht die Rendez-vous mit dir selbst, stärk' dein Selbstwertgefühl beim Ausrollen, statt in der Befriedigung des Geltungsdrangs und wie all die guten Ratschläge heißen, die wir in der Formel »Kampf gegen die Terminitis« kurzgefaßt haben. Die Terminitis ist eine Krankheit, die zwar längst auch Rentner und Schulkinder angegriffen hat, aber sie hat eine besondere Bedeutung bei berufstätigen Frauen um 40, und es gibt regionale Unterschiede, in die ein Ost-West- und Süd-Nord-Gefälle hineinspielt.

Anders als in Berlin ist in Wien nicht jeder öffentliche Platz mit einer großen Normaluhr verziert. Der Fleischhauer erklärt mir umständlich, warum er samstags um 11 Uhr schließt, im Milchgeschäft darf ich mir weitschweifige Erklärungen anhören, weshalb der 1-Liter-Karton genauso gut in den Eisschrank paßt wie zwei halbe Liter. Die sprichwörtliche Gemütlichkeit signalisiert ein anderes Verhältnis zum Tempo. Noch entzückt mich die Ineffizienz bei der Erledigung von Geldüberweisungen – in der Bank, wo jeder Arbeitsgang von einer anderen Person ausgeführt wird, weniger schon im Kindergarten, in dem die Eltern jede Woche geduldig anstehen, um

den relativ hohen Betrag einzuzahlen. Jede Woche wird der Name, der Betrag und die Woche per Hand eingetragen. Erst recht nimmt im Kaffeehaus jede Bestellung viele Zeiteinheiten in Anspruch, beinahe wie in einem Berliner Szenelokal; die Friseure sind hier weit entfernt von jenen New Yorker Zuständen, wo für berufsgestreßte Kundinnen kleine Computer, Telephon und Telefax bereitgestellt werden, um die Pflege des weiblichen Layouts mit den Erfordernissen der Karriere zu vereinbaren.

Die Bedingungen, dachte ich, waren hier günstiger, um jene letzte Form von Subversion zu pflegen, die von all unseren oppositionellen Ansprüchen geblieben ist – den Kampf gegen den vollen Kalender, der uns von einem bedeutungsvollen Termin zum nächsten hetzt. Es ist, genauer gesagt wäre, die letzte Form von Subversion; da Jeans zu tragen oder frau statt man zu schreiben, nichts mehr bedeutet.

Trotz der langsameren Uhren aber haben meine Freundinnen in sogenannten Männerberufen hier noch weniger Zeit, stellen sich noch mehr auf die Zehenspitzen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Stärker als im Norden, wo sich durch eine kräftige Frauenbewegung schon Nischen und Gegennormen etabliert haben, kommen zu Doppelbelastung und dem Dreimalsogutsein noch der (eigene) Wunsch, eine perfekte Mutter und ganz Frau zu sein, auch in der äußeren Erscheinung, als Partnerin und Gastgeberin den hier vorherrschenden Normen zu entsprechen.

Wenn G. mir aufzählt, was sie vor Ablauf des Termins noch alles erledigen muß, so ist die Unterbringung des Kindes, der Einkauf und Hausputz bei diesen



Foto: R. Rayner

objektiven Notwendigkeiten noch gar nicht erwähnt. Wie in anderen gut katholischen Ländern gibt es mehr Großmütter und Familienpflegestrukturen, die Arrangements zu einer Privatsache machen, auch für Frauen, die sich nicht so billig arrangieren können. Die Stellenanzeigen und Gehälter werden noch brav nach Geschlecht getrennt; wir sind schon froh über *eine* Frauenbeauftragte, Frauen werden gerade erst gefördert und sind nur in den unteren Schichten arbeitslos. Und äußerst dünn ist das Netzwerk von souveränen selbständigen Frauen, die ihre eigenen Maßstäbe an sich und die Arbeit legen.

Wien liegt, zur Zeit noch deutlicher als in früheren Jahren, zwischen West und Ost. In Berlin oder London, so scheint es mir – bei zugegeben schmaler empirischer Basis – kann die Rabenmutter schon mit Verständnis oder gar Bestätigung rechnen, eine ansehnliche Zahl von Frauen hält sich nicht damit auf, Hexenhaare auszuzupfen und auch die Hängebäuchlein werden nicht mehr mit all dem

dafür nötige Zeitaufwand weggetrimmt. Es ist eine Frage der Perspektive und der Nebenbeschäftigungen, ob die Akzeptanz von Frauen, die sich nicht schmücken und schlanken, ondulieren und liften als Eroberung oder Verlust von Terrain interpretiert wird. Aber ich vermute, daß die Ignoranz gegenüber jenen Anforderungen, die Frauenzeit kosten, zur größeren Unabhängigkeit, zur selbstbewußten Frauenszene gehören. Schönheit oder Kleidung haben nicht nur aus Gründen der Befreiung an Bedeutung verloren, sondern weil zu den »fortgeschrittenen« Verhältnissen auch die Arbeitslosigkeit qualifizierter Frauen gehört. Sie ist der soziale Nährboden, um Emanzipation mit Kritik – nicht nur an Männern, sondern auch am Ellbogensystem – zu verbinden.

Wer ist nun mehr »hinter der Zeit«, hinter jenem Stand der Verhältnisse, denen die Zukunft gehört: Wien, wo die Frauen sich abstrampeln, um überhaupt einen vollwertigen Platz an den besseren Futternäpfen zu bekommen, oder Berlin,

wo – zumindest bis vor kurzem – auch Hohn und Spott über die Rennläuferinnen gegossen werden konnte, weil sie all den Unsinn nachmachen, den wir an Männern schon vor zwanzig Jahren so komisch fanden?

Natürlich geht es um's Geld, auch um die besonderen Anforderungen, denen Frauen, die sich gegenüber Männern behaupten«, ausgesetzt sind. Wir sind Karikaturen jener Manager aus den 50er Jahren, die noch nicht gelernt hatten, daß das Tennisspiel (heute bezeichnenderweise durch das geruhsamere Golfspiel ersetzt), ein entspannendes Wochenende am Landsitz, gegebenenfalls bei der zum Seitensprung bereiten Freundin, zum Leben im Zentrum der Geschehnisse dazugehört. Auch bei den bedeutungsvoll herumhetzenden Männern der Nachkriegsgeneration dürfte mitgespielt haben, daß sie aufgestiegen waren, ohne die kulturelle Ausrüstung dafür auf den Weg bekommen zu haben, zu wenig Macht, um sich bedienen zu lassen, zuviel – wenn schon nicht Macht, so höchstwichtige Aufgaben, um einfach auszubüchsen. Es sind und waren damals echte Probleme: die schwer eroberte Position könnte verloren gehen, dazu kam, mindestens so wichtig, die perfekte Erfüllung der selbstgesetzten Aufgabe.

Wir tauschen gerade erst Lebensweisen über die begrenzte Belastbarkeit aus, während unsere männlichen Kollegen schon auf 6wöchige Kur fahren. Die Anstrengung hat nicht (nur) mit dem Sprung nach vorne zu tun. Es gibt Unterschiede: auch gegenüber jener Phase wirtschaftswunderlichen Aufstiegs, in der Männer, die ihr Selbstbewußtsein noch nicht hatten, ihre Positionen erkämpften. Für uns ist es nicht nur wichtig, sondern auch schön und Teil des Selbstwertprogramms, vom großen Publikum anerkannt zu werden, wir gokeln nicht, wir probieren aus, ob uns Angst die Stimme verschlägt, dasselbe ist nicht dasselbe.

»Jetzt hab ich's endlich geschafft, meine Komplexe loszuwerden, jetzt will ich's auch genießen, ausprobieren, ob ich es kann. Also fahr ich auch noch zu dem



Paris Fashion (Bettina), 1949

Foto: Gordon Parks

Kongreß und nimm die Einladung dorthin an.« Während P., männlich, seine Zu- und Absagen nach Kriterien des Erfolgs auswählt, ist es für R., weiblich, auch wichtig, wie nah ihr persönlich die oder der Einladende steht. Sie kämpft nicht nur für sich, sondern im Namen der Frauensolidarität, denn würde nicht sie dort sprechen oder mitmachen, so wäre keine Frau dabei und all die Argumente, die doch so wichtig sind, würden nicht erwähnt.

Abgesehen von dem Ehrgeiz, genauso gut wie die Männer, auch solche ohne Kinder oder mit assistierender Partnerin, zu sein, haben wir auch noch den Anspruch, kollegialer und weniger egoistisch aufzutreten als die erfolgreich integrierten Managerkranken. Während in

Talkshows noch der Verlust von Weiblichkeit bei voll integrierten Karrierefrauen dementiert wird und Männer als toll gelten, wenn sie lernen, daß ihnen ihr Privatleben wichtig ist, kippt der Trend schon um. Inzwischen lautet die Devise: »Nur eine Frau mit Magengeschwür ist eine tolle Frau«. Wer lacht heute noch über eine völlig gestreßte, von Termin zu Termin hetzende Dreißigjährige, die ihre Unentbehrlichkeit demonstriert. Selbst die Karikaturen von Claire Bretecher haben Staub angesetzt.

Besteht die Errungenschaft im Frauenherzinfarkt? In Kaffeepausen (also beim Tratsch, nicht in der Diskussion) versuchen wir, über den Zusammenhang zwischen Selbstbewußtsein, Streß, Verkrampfungen im Rücken und in der Seele nachdenken. Machen wirklich sogenannte Taten, Aktivitäten und Erfolge selbstbewußt oder welcher Art ist dieser Motor? Falls uns diese Lebens(un)form nicht behagt, fehlt immer noch das Geld, und den Rückweg zu unterstützungswilligen Männern haben wir uns ja gründlich abgeschnitten.

Tiefgreifende psychologische Analysen weiblichen Perfektionsdrangs erreichen uns aus Amerika ... und schreiben alles der geschlechtsspezifischen Kompensation zu, was früher, wenn ich mich da recht entsinne, Entfremdung und Funktionalisierung hieß. Aber das war noch zu Zeiten, als die Emanzipation mit Kapitalismuskritik verschwistert war und die sind ja vorbei und vergessen.

Die Frauen, von denen ich hier spreche, wollten keine »weiblichen Lebensformen« in Gestalt von weichen warmen Reservaten, sie sind Balance-Tänzerinnen, die weder ein- noch aussteigen wollen. Wir wollen nur Unabhängigkeit und Kompetenz mit jener Qualität verbinden, für die wir uns besonders gut disponent fühlen, weil die Kriterien, an denen Erfolg gemessen wird, sich nicht nur am »Mackerverhalten« orientieren, sondern auch Kinderspiel, Mitgefühl, Liebessehnsucht und wie all die altmodischen uneffizienten Relikte noch heißen, zu den Dingen gehören, die uns als wichtig und lebenswert beigebracht wurden.

Von unserer kritischen Einstellung sind ein paar teure Relikte geblieben: unsere »anderen Maßstäbe« verlangen, daß wir uns nicht, also unter Preis verkaufen: wir weichen den intriganten Kollegen (auch -innen) vornehm aus und träumen wie naive 14jährige davon, daß unsere Qualität trotzdem erkannt wird.

Wichtige Bestandteile unserer sozialen Ökologie stammen mindestens so sehr aus den Diskussionen, die heute als 68er-Ideologie firmieren, wie aus der Frauenbewegung. In antikapitalistischer Sehnsucht haben wir uns gegen Funktionieren und Reduktionieren gewehrt, wollten wir, auch inzwischen nur Schlagwort, die »Empfindlichkeit« behalten, statt De-Sensibilisierung mitzumachen, die dickes Fell oder zielorientierte Sachlichkeit heißt, jene Fähigkeiten, die den Aufstieg erleichtern, die es ermöglichen, Anfeindungen und Kränkungen nicht mehr zu spüren und Sentimentalitäten im Verkehr mit Kollegen oder Kunden wegzulassen. Ist es zwanzig oder hundert Jahre her, als Karriere – damals ohnehin eine vorwiegend männliche Vokabel – gleichgesetzt wurde mit Verhärtung, Hamsterrad, Deformation? Fern, so fern ist die Zeit, als das Emanzipationsverständnis der Frauen noch etwas vom Protestverhalten einschloß, das Gammler, Hippies und Aussteiger repräsentierten.

Heimkinder wollen geliebt werden und brauchen Erfolge, las ich gestern wieder einmal. In schlechter logischer Umkehrung, die trotzdem nicht ganz falsch ist, benehmen wir uns wie erfolgreich therapierte Heimkinder. Wir, das sind in diesem Fall all jene gehetzten, termingeplagten, von Selbstbehauptungskämpfen und väterlichen Erwartungen in männerdominierte Berufe aufgestiegenen oder hinaufgeturnten, »starken Frauen«, die nun als qualifizierte hochmotivierte und zudem einheimische Reserve ausgelobt werden. Ein Reservoir an Leistungswillen, das sich zu allem sonstigen Nutzen auch als Leitbild eignet. Wieder erweist sich das, was wir für Rebellion hielten, als systemimmanenter Innovationsschub.

Nicht nur in der Regenbogenpresse

lachen mir die Tellerwäscherinnen entgegen. Schick angezogen, zwei bis drei Kinder und trotzdem an der Spitze irgendeiner Karriereleiter im hübsch gestylten Appartement, möglichst noch mit emanzipiertem Mann, der auch mal den Geschirrspüler anwirft und einkaufen geht, was in diesem Falle immer einer besonderen Erwähnung wert ist. Die Betreuung der Kinder wird meist privat durch unqualifizierte, gern auch ausländische Kinderfrauen erledigt, deren Beitrag schon weniger hervorhebenswert ist. Vom Tellerwäscher zum Millionär? Von der Hausfrau zur Abteilungsleiterin, statt Chefsekretärin Chefin, vor allem die organisatorischen Aufgaben, nun im Betrieb und als Beauftragte für Frauenfragen, werden hervorragend bewältigt. Und dann muß noch hervorgehoben werden, daß sie ihre Weiblichkeit überhaupt nicht verlieren. Wie lange die BerichterstatteInnen brauchen, bis sie so eine vorführbare Wunderfrau gefunden haben, steht nie in den Artikeln. Einige muß es geben, vielleicht so viele, wie es Tellerwäscher gibt, die es zum Millionär gebracht haben. Gäbe es ein Regulierungsamt, in dem Leitbilder je nach Bedarf des Arbeitsmarktes propagiert werden, so sähe die Werbung für qualifizierte einheimische Kräfte ungefähr so aus, wie in diesen Magazin- und Feuilletonartikeln: tüchtig, durchsetzungsfähig, aufstiegsorientiert und kreativ-flexibel, wie es nur die mit Maschinen, Kinderseelen, Supermärkten und Minderwertigkeitskomplexen vertrauten Frauen sind.

Einen Aufstieg, der mehr Geld, mehr Verantwortung und noch mehr Streß bringt, *nicht* mitzumachen, bedeutet für Frauen keine Emanzipation. Männer, die auf eine halbe Stelle gehen, weil ihnen die Familie wichtiger ist, bekommen bereits öffentliches Lob und Streicheleinheiten. Was aber geschieht mit Frauen, die weitere Verantwortung nicht tragen wollen, weil sie sich selbst wichtig sind? Derlei Verweigerung, die selten genug vorkommt (denn welche Frau kann sich das schon leisten), wird schnell zum Rückfall oder gar Verrat an Möglichkeiten und Errungenschaften. Vorgesetzte

verstehen und unterstützen den Aufstieg – ab einer bestimmten Stufe der Hierarchie – aber eine Frau, die – wie man ihr stets wohlwollend zu verstehen gibt – es schon so weit gebracht hat, sollte doch weiter hochklettern. Gegenargumente fallen unter die Rubrik weiblich. Sie entpuppen sich doch, man hat es immer schon gewußt, als geringe Leistungsbeurteilung, fehlenden Aufstiegswillen etc. pp.

Und all unsere Notwehrmaßnahmen sind Kompromisse. Da wäre, neben der untergeordneten oder halben Stelle plus Selbstverwirklichung in der Freizeit;

– die Versuchung, weiter hinaufzusteigen, bis dorthin, wo Kontrolle aufhört;

– die Selbständigkeit, um deine eigene Frau zu sein (und dann, noch höher motiviert, auch die Nächte durchzuarbeiten);

– eine männliche Ehefrau, Anzeigentext: um 30, koch- und kinderpfliegewillig, unbedingt mit eigenem Beruf und Einkommen, der aber seine Karriere bereitwillig hintanstellt;

– hohe Investitionen in Hauspersonal und Maschinen, Delegieren von Verantwortung an jeden erreichbaren Freund und Nachbarn, also moderne Unternehmensführung in dem vielseitigen Gewerbe weiblicher Alltag;

– sich zur neuen Armut als Grüne bekennen, dabei fahrradfahrend und körperfressend auch noch abnehmen und wenigstens ideologisch abgesichert leben;

– oder die Kunst, die wir mit unseren Balanceakten ausüben, auch regelrecht als Künstlerexistenz darbieten.

Der Spielraum ist im gemütlichen, katholischen, östlichen Wien, wo die Frauen sich abstrampeln, um überhaupt einen vollwertigen Platz an den besseren Futternäpfen zu bekommen, keineswegs größer als in Berlin, wo meine Freundinnen den Kampf gegen die Terminitis zwar auch nicht gewinnen, aber wenigstens davon noch träumen, wo sie im vollen Bewußtsein der durchrationalisierten Marktwirtschaft samt Chance, zum unteren Drittel der Zweidrittelgesellschaft zu gehören, mit der Gegenkultur liebäugeln.

Ich sehe erste Anzeichen, um im Kampf gegen die Termititis nicht nur rückständige Verweigerung, sondern zukunftssträchtige Fähigkeiten zu erkennen. Die Plädoyers für Langsamkeit, ein neues Interesse für den Flaneur, all jene Visionen, die rund um das »Ende der Arbeitsgesellschaft« en vogue sind. Mit heißem Herzen lese ich bei André Gorz, Oskar Negt oder auch Hilmar Hoffmann und seinen zukunftsorientierten Kollegen aus der Kulturbranche über das Ende der Arbeitsgesellschaft, von einer anderen Organisation der Identität, die so nahe verwandt mit einst »weiblichen« Tätigkeiten scheint. Die Eigenarbeit, Gemeinschaft und Sinn, Freiwilliges und Soziales, dessen Wert sich nicht an Effektivität bemißt. Die neue Utopie von Wohlergehen und Selbstverwirklichung, die Sensibilisierung und Bedeutung, all diese künftig erforderlichen Qualitäten gewöhnen wir uns erst einmal ab, bis die Kulturpolitiker den Markt eröffnen, auf dem gelehrt und gelernt werden muß, daß Zeit und Sinngebung und Selbstverständnis sich nicht mehr rund um den Arbeitsbegriff gruppieren.

Für den Weg vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freizeit wird derzeit noch nach Orientierungen gesucht, utopischen und solchen, die der Kulturgeschichte vor ihrer Reduktion auf Verkäufliches entstammen. Der kategorische Imperativ für solch erträumte Zukunft könnte heißen: Lebe so, daß künftige Generationen mit dem Ende der Arbeitsgesellschaft noch sinnvoll umgehen können. Und wenn dann die moralischen, kulturellen, politischen und persönlichen Interessen wieder als Leitbilder gefragt sind, wird wohl auch die »neue Zeitpolitik« eine Frage der sozialen Hierarchie sein. Ich ahne schon, daß es dann für Männer möglich sein wird, zur leisure-class zu gehören, während wir noch den verantwortungsvollen Jobs nachlaufen.

»Bis wann bräuchtest du den Beitrag? Wart' mal, nein, geht nicht, übermorgen kommen zwei amerikanische Kolleginnen, das ist schon lang' ausgemacht, wir bereiten ein Projekt zusammen vor und müssen in der nächsten Woche stramm

arbeiten und das Wochenende danach muß ich unbedingt zu meinen Eltern, tut mir leid, da ist einfach kein bißchen Luft. E. könnte das machen, das ist allerdings ein Mann. Soll unbedingt eine Frau sein. Wie wär's mit B.? Kennst Du sie? Die ist gerade erst arbeitslos geworden und hat sich mit dem Thema auch schon beschäftigt.« Nein, ich soll es sein und wir haben doch damals ... und dann kommt das Frauenargument: Es geht um . . . Ja. Es wäre schon wichtig, daß ich es mache, die Frauen, die schreiben können, haben alle schon so viele Termine und sie kämpft doch darum, daß endlich mehr Frauen in ihrer Zeitschrift präsent sind. Oh Göttin, warum hab ich mir das schon wieder angetan. Die Mäuse, die Freude an der Arbeit und schließlich hab' ich ja auch was zu sagen und die Komplimente tun mir ja so gut. Und jetzt noch selbstbewußt wie ein Mann nach dem Honorar fragen.

JÜRGEN FUCHS

Einer hat mitgedacht

Ermutigung als Widerstand.

Manès Sperbers Wirkung im realen Stalinismus

Die Zeit rast, die Ereignisse überschlagen sich. Man erlebt schon, was man erlebt. Aber begreift man es? Wer begreift wirklich das Ausmaß der Veränderungen, die in Mittel- und Osteuropa begonnen haben? Von einem, der den Wechsel der Zeiten vorausgesagt und herbeigesehnt, wohl auch herbeigeschrieben hat zu einem wichtigen Teil, handeln meine Ausführungen.

Etwas hat sich in Bewegung gesetzt, kann sein, es ist die Geschichte. Bücher, Meinungen, Einschätzungen erscheinen in neuem Licht, auch Brüche und überraschende, manchmal unheimliche Verifikationen kommen vor. Als ich im Herbst '87 auf einem Symposium in Wien über die Wirkung der Literatur von Manès Sperber in den Ländern des sogenannten »realen Sozialismus«, den es dort nicht gab, sprach, erwähnte ich auch die Bedeutung von kleinen, inoffiziell eingerichteten Bibliotheken, zum Beispiel der »Umweltbibliothek« in Ostberlin, in der Zionsgemeinde. Dort, so sagte ich, steht an einer etwas versteckten Stelle, in der zweiten Reihe, ein Buch mit 1033 Seiten. Es darf geraten werden, um welches Buch es sich handelte. Ja, *Wie eine Träne im Ozean*. Als ich am Tag nach dem Vortrag zurückfahren wollte, telefonierte ich auf dem Bahnhof noch schnell mit Berlin. Ich hörte, daß soeben die »Umweltbibliothek« durchsucht worden war, es gab Beschlagnahmungen von Büchern, im Keller wurden auch Druckmaschinen mitgenommen vom Staatssicherheitsdienst. Dazu Festnahmen. Eine unklare, bittere Lage für die Freunde dort. Solidarität mußte organisiert werden. Gespenstig nahe war plötzlich das, worüber wir auf der Tagung gesprochen hatten und wovon ein beträchtlicher Teil der Prosa und der Essays von Manès Sperber handeln.

Die Stalinisten, so schien es, hatten ihr Timing. Vielleicht wollten sie etwas beweisen oder signalisieren. Aber eine andere Uhr lief auch. Verbotene, weggeschaffte Bücher weh-

ren sich nämlich, verfemte Autoren sind erstaunlich lebendig auch über ihren Tod hinaus, Besucher von kleinen Bibliotheken können demonstrieren. Und die Bevölkerung, die aus den Fenstern sieht, motivieren, sich den Protesten anzuschließen. Wie geschehen im Herbst '89. Eine andere Uhr lief auch. Zwei Jahre hatte das Politbüro noch, als sich die Geheimpolizei wieder an Büchern in kirchlichen Räumen vergriff. In Polen war schon etwas passiert, in Ungarn dann auch, Ostberlin, Leipzig, Sofia, Prag, Bukarest. Und Moskau? Demokratie könnte schon kommen, aber von unten, nicht nur durch einen einzigen, mitunter recht sympathisch wirkenden älteren Mann mit Hut.

Und da alles so schnell geht, möchte ich etwas verweilen, denn es gibt keine Erlösung, keine wirkliche Entmachtung der Tyrannis, auch der potentiellen in uns, ohne ehrliches Erinnern. Wir kommen nicht davon los, auch nicht als Betroffene, als Opfer, ohne Analysieren, ohne befreiendes Einlassen auf diese uns prägende Vergangenheit. 1987, als Honecker und Mielke noch scheinbar fest auf ihren gepolsterten Stühlen saßen, mußte darauf hingewiesen werden, daß Autoren wie Manès Sperber nicht nur in Westeuropa viele Leser haben, sondern auch in Gegenden, die vielleicht in Wien und München nicht so gut bekannt werden. Zum Beispiel in Zwickau, Greiz, Jena, Plauen, Saalfeld, in Ostberlin. In deutschsprachigen Städten also, hinter einer Grenze allerdings, die bis vor kurzem ziemlich gut gesichert war. Der Staat und die Einheitspartei legte viel Wert darauf, Schriftsteller wie Manès Sperber nicht zu Lesungen eingeladen zu haben. Es gab keine Hommage an der Akademie, keine Korrespondenz mit dem dortigen PEN-Zentrum. Seine Bücher wurden nicht veröffentlicht, auch nicht durchgelassen als »Reiselektüre« oder intellektuelle Beigabe in Paketen. Ganz genau wurde nachgelesen und aussortiert, wer auf ihren Listen stand. Und

Manès Sperber stand ziemlich weit oben auf ihren Listen.

»Ein Feind«, sagten sie, »was heißt hier Literatur, der ist gegen Staat und Partei, es sind Machwerke eines Abtrünnigen, eines zionistischen Renegaten ...« Niemand sollte ihn kennen, niemand ihn lesen, niemand seine Prosa abschreiben mit drei Durchschlägen. Es sei denn, ein dortiger Bürger wollte unbedingt in noch gesichertere Verhältnisse, dann gab es Paragraphen, Mittel und Wege, das zu bewerkstelligen. Und doch, Literatur überwindet Grenzen, auch diese, Manuskripte finden ihren Weg, Taschenbücher besonders, sie sind klein und handlich, man kann sie in Zwischenräume von Autos und Taschen stecken oder im sehr wörtlichen Sinne bei sich tragen. Ist das schon bekannt? Gut, wenn es bekannt ist und gewußt wird, bis vor kurzem konnte man ganz gut erleben, wer etwas mitnahm an die Friedrichstraße. Und welche Verlage mutig waren in Leipzig, wer aufmuckte gegen die Zensurliste und wer nicht. Es gab doch dieses Hinnehmen und Abfinden.

Es mußte etwas riskiert werden. Einzelne haben so gehandelt, auch Journalisten und Diplomaten. Und so kursierten eben zum Beispiel Bücher von Manès Sperber in den real existierenden Staaten, ein Exemplar erreichte viele, manchmal hunderte, wenn es gut ging. Ich wette, daß auch Adam Michnik und Václav Havel ihren Sperber gelesen haben, wenn man sie reden hört. Popper bestimmt noch, Camus, Solschenizyn, Kopelew, Hannah Arendt, Paz, Glucksmann ...

Die verbotene Literatur: bis vor kurzem mußte sie noch geschmuggelt werden. Durch viele Hände gegangene Bücher sahen dann entsprechend aus, es wurde geklebt und gefaltet, auch erneut abgeschrieben und anderweitig kopiert. Die Technik war zum Glück fortgeschritten in den letzten Jahren, es existierten schon kleine, leistungsfähige Fotokopiergeräte in diversen Wohnungen. Ganz so wie in den fünfziger und sechziger Jahren ließ sich das angemaßte staatliche Monopol auf Wahrheit, Papier und Vervielfältigung nicht mehr durchsetzen. Es gab Lücken, Wege, Aktivitäten. So wie es in den anderen Zusammenhängen Widersprüche gab und Konflikte, die auf Lebendigkeit hindeuteten, auf Beschäftigung und Weiterdenken. Wie eine »Träne im Ozean« behauptete sich, ein Erinnerungs- und Aufklärungsbuch, das sich gegen den Zeitgeist stemmt, den raschen, mitunter rasenden ... Was war die Komintern, alles bloß Stalinisten, die stur Befehle befolgten? Es gab auch Dojno Faber und Sönnecke, sie kämpften gegen die

Nazis, setzen ihr Leben ein. Personen, die im Buch von Manès Sperber vorkommen. Und sie ließen sich nicht in den geschlossenen, totalitären, verlogenen Kreis locken, der ihnen von den Politstellvertretern Stalins angetragen wurde. Und Slavko, dieser raffinierte Polizeityp, diese Mischung aus Verständnis und Brutalität, wie ähnlich war er dem Stasioffizier, der in der Keibelstraße das »Gespräch« mit dir geführt hatte, dachte ein DDR-Leser.

Dazu die Essays, auch »All das Vergangene«, Biografische, im sehr Gegenwärtigen. Hiesigen, Dortigen, wo – wie überall – Literatur ihren alten Kampf um die Selbstbehauptung austrägt. Gegen Zensur und jeweilige Macht. Zum Beispiel gegen die heutige Fiktion, es sei alles anders über Nacht, »gewendet«: Nur nicht in der Vergangenheit wühlen, nach vorn sehen, einen Schlußstrich ziehen, Stasi-Akten vernichten, den ehemaligen politischen Häftlingen nicht sagen, was über sie ausgebrütet wurde ... Wer so nach vorn sieht, erkennt nicht, was kommt, begreift nicht, was war. Reproduziert möglicherweise das Alte. Denn es gibt ja den Wiederholungszwang in der abgedrängten, scheinbar entmachteten Geschichte. Kann man gut bei Mitscherlich nachlesen. Und studieren am Ablauf der letzten Jahrzehnte. Und erleben kann man ihn auch, diesen Ablauf. Mörderisch. Millionenfach. Oder klein und läppisch, als Zugabe, als Spitzelbericht, als Herumstehen an der Mauer, als Umweltverbrechen, wenn egal ist, was in Elbe und Saale wegfießt Richtung Klassenfeind, Richtung Hamburg.

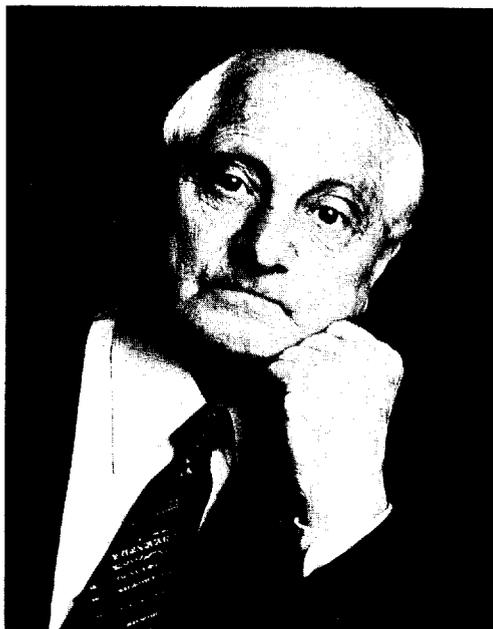
Im Politischen wurde in diesen achtziger Jahren für viele doch recht klar, was einzelnen schon 1937 unabweisbar geworden war: Es handelt sich dort, wo angeblich das Volk in paradiesischen Zuständen herrscht, um gewöhnliche Herrschaft, gewöhnliche Diktatur im neuen Kleid, mit Phasen von Terror. Die Clique im Politbüro ist sehr an Übermacht interessiert, ohne Korrektiv und verbindliche Mitsprache der auch in »liberalen Phasen« recht autoritär Regierten. Das Parlament entmachtet, in der Gegend des anderen deutschen Staates seit '33, die Menschenrechte außer Kraft, obwohl alles schön und gut in der Verfassung stand für die Zuschauer von außen, die sich lange blenden ließen vom eigenen Glauben an Gutes und Besseres anderswo. Dazu der Geschäftssinn auf mancherlei Seite, Diktaturen handeln ja, z. B. mit politischen Gefangenen, der Rauskauf als fester Haushaltsposten im laufenden Jahr: Koko. Kommerzielle Koordination. Fast ein Papageienname: Schalck-Golodkowsky. Und ewig

sollte das gehen, wäre es nach dieser neuen Rechten gegangen. Auch das geht von Menschen wie Manès Sperber aus, als Gefahr für die einen, als Hoffnung für die anderen: Die authentische Linke widersprach diesem Herrschaftssystem, das sich frecherweise sozialistisch nannte, bezog antifaschistische und antistalinistische Position, ohne sich im »Anti« zu verlieren, ohne starr zu werden in Haß und Dagegen. Sie lebt, spricht, schreibt, argumentiert, erinnert, fragt, drängt auf Öffnung, Reform und Demokratisierung. Ist da, immer noch da, nicht wegzukriegen, nicht totzuschweigen, nicht wegzuschwimmen von Propaganda und lautstarken, pseudolinken Beschallungen, die in diesen Tagen fast nur noch aus China, Vietnam und Kuba zu vernehmen sind in grotesker, senil-suizidaler Art und Weise. Die authentische Linke lebt, Demokratisches, Soziales ist für sie keine Phrase, keine Beschwichtigung, kein ideologischer Hammer, kein Sockel, kein Denkmal für Führer und »Repräsentanten«, sondern eine durchgehaltene humane Orientierung. Freilich noch nirgendwo eingelöst ganz und gar, auch nicht in den westlichen Demokratien. Aber ganz bestimmt nicht dort, wo das behauptet wurde in so hartnäckiger, selbstgefälliger Weise.

An dieser Stelle könnte Einspruch kommen, gerade weil sich die Zeiten erheblich geändert haben. Links? Vielleicht gar noch Sozialismus? Das ist doch alles aus und vorbei! Weg mit diesen Ideologien! Auch mit allen Aposteln und Mahnern! »Rote aus der Demorraus«, riefen Demonstranten zuletzt in Leipzig. Und meinten nicht nur die gewendeten Stalinisten, die plötzlich andere Töne vernehmen ließen als noch Tage vorher, sondern auch die, die angefangen hatten zu demonstrieren mit der »Internationale« und der großen Nähe zur CHARTA 77, zu SOLIDARNOŚĆ und Glasnost. Sie hatten den Räumfahrzeugen der Polizei gogenübergestanden ... Ist die Linke tot, wenn der Stalinismus am Sterben ist? Das ist keine Abschweifung, Manès Sperber hat diesen Konflikt thematisiert, ich erlaube mir aus aktuellen Gründen einige längere Zitate. Aus vielen Gesprächen weiß ich, wie heftig gerade in Osteuropa, auch in der DDR, in diesen Tagen darüber diskutiert wird.

In *Positionen – Ein Essay über die Linke* schrieb Sperber 1952:

»Ein merkwürdiges Gerücht kehrt hartnäckig immer wieder. Verloren im Nebel heillosen Verwirrung, erschöpft von fruchtlosem Bemühen soll die Linke seit gestern oder vorgestern zu bestehen aufgehört haben. Und jene, die dieses Gerücht verbreiten, fügen hinzu,



Manès Sperber, 1905–1984

Foto: Hars-Tappe

daß die Begriffe »links« und »rechts« nun jedes Sinns entbehren. Es ist fast ebenso lächerlich wie traurig, den eigenen Tod bestreiten und die allzu eiligen Totengräber um einen Aufschub bitten zu müssen ... Gewiß ist die Linke durch fragwürdige Siege und unverstandene Niederlagen bedroht ... Zu allen Zeiten hat sie den Kampf gegen das Absolute geführt, gegen jene sublimen Maskierung einer magischen, religiösen oder philosophischen Verneinung. Die Stellung der Linken ließ sich damit als Negation einer Negation definieren. Sie wurde spruchreif, ihr Gehalt positiv dank jenen, die für sie litten und starben ... Im Sommer 1914 erlitt sie eine Niederlage, eine schwere, folgenreiche: Sie hat sich mit der Macht identifiziert, hat anfangs den 1. Weltkrieg unterstützt.

Doch eine versöhnte, in diesem Sinne »positiv« gewordene Linke ist ein unauflöslicher Widerspruch ... Das Schicksal der Linken in diesem Jahrhundert wird sich in dem Kampf entscheiden, den sie gegen die neue Rechte des Stalinismus zu führen hat; gleichzeitig muß sie sich gegen die alten Rechte verteidigen, doch diese versteckt sich wenigstens nicht hinter Fahnen, die sie einer ermordeten Revolution gestohlen hat ...

Die Rechte wird gleichzeitig mit der Macht geboren, ob sie nun aus einer Revolution hervorgegangen ist oder nicht. Durch die Institution gerechtfertigt und legitimiert, legitimiert

die Rechte ihrerseits die Institution in all ihrem Tun und rechtfertigt sie.

Die autoritäre Macht ist ein unmenschlicher Betrug, sie hat ihren Ursprung in der Gewalt und der List. Das Motto der Linken: »Man kann niemals unschuldig regieren«. Sie gibt daher einer Gesellschaft den Vorzug, in welcher der Mensch nicht mehr regiert und in der jede Form der Regierung endgültig durch die Verwaltung der Sachen ersetzt wird ...

Statt nach zwei Weltkriegen die Völker für die europäische Einheit zu mobilisieren, hat die Linke die Politik der Einflußbereiche, den Skandal des Vetorechts der Großen anerkannt, und in völligem Widerspruch zu ihrer Tradition hat sie sich nicht gegen die Gebietsabtretungen, die Deportationen ganzer Völker und andere Erpressungen gewehrt.

Die Linke hat diese verhängnisvollen Irrtümer begangen, weil sie glaubte, in jeder Beziehung mit den Siegern solidarisch sein zu müssen. Solidarisch auch mit jenem totalitären Staat, den nur die Aggressionen seines faschistischen Alliierten in das Lager der Antifaschisten trieb ... Die Sowjetunion hat sich, zwar mit verschiedenen Mitteln, jedoch mit denselben Konsequenzen der baltischen Staaten, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, ehemalig deutscher Territorien sowie der deutschen Ostzone bemächtigt. Sie hat die nationale Unabhängigkeit von sieben Völkern zerstört und beutet nun nach Leibeskräften deren Wirtschaft aus ... Die Annexionen in Europa bereiten den Krieg vor; sie sind immer sein Vorspiel gewesen. Nur wer überhaupt keine politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse besitzt, kann sich zum Beispiel einbilden, daß eine alte Nation von über 70 Millionen Einwohnern, die im Herzen unseres Kontinents lebt, ein hohes Arbeitsethos und technische Einrichtungen besitzt, die zu den fortgeschrittensten in Europa gehören, daß diese Nation sich auf Dauer mit den ihr aufgezungen Bindungen zufrieden geben wird. Man muß die eindeutigste Lehre unserer Zeit völlig verkennen, um nicht vorherzusehen, daß der nationalistische Dynamismus der Völker in einem fürchterlichen Aufstand explodieren wird, sobald der totalitäre Apparat des Unterdrückers genügend geschwächt sein wird. Dieser, weit entfernt, die nationale Frage zu lösen, setzt sie im Gegenteil von neuem auf die Tagesordnung und mit ihr das Ziel der Revolutionen aus dem vergangenen Jahrhundert ... Die Anhänger der Rechten versuchen andererseits hartnäckig, den Stalinismus mit dem Sozialismus, kurz mit der Linken zu identifizieren und glauben zu machen, daß ohne

Stalin die Welt endgültig in Frieden und Glückseligkeit leben würde ... Hingegen bedarf es keiner weiteren Beweise mehr, daß das stalinistische System die permanente und totale Gegenrevolution und somit das Ideal der Rechten verkörpert. Dort ist der Staat das einzige Subjekt – er ist die Allmacht.«

Ein langes Zitat, vielleicht sind meine Beweggründe dafür verständlich. Was Manès Sperber 1952/53 schrieb, übrigens noch vor dem 17. Juni, kann beinahe vierzig Jahre später einer vergleichenden Prüfung unterzogen werden. Der Konflikt »links«-»rechts« wird weiterhin heftig ausgetragen. Wer hat die moderne rechte, pseudolinke Tyrannis dieses Jahrhunderts entscheidend angeschlagen, wenn nicht die suchenden, machtkritischen, auf Wahrheit und Demokratie versessenen Aktivisten der Bürgerrechtsbewegungen? Der kleinen, antiautoritären Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirchen, die sich nicht einschüchtern ließen, die gegen das Absolute einfallsreich, solidarisch, gewaltfrei ankämpften.

Ein erneuter Krieg, »nationalistischer Dynamismus«, den Sperber befürchtete? Ein Krieg hat stattgefunden. Geführt mit unterschiedlichen heißen und kalten, oft heimtückischen Methoden. Man muß die Mielke-Direktiven lesen, z. B. aus dem Jahr '76, wie Personen »destabilisiert«, auf Befehl fertiggemacht werden. Ein Krieg nach innen, gegen die eigene Bevölkerung, hat stattgefunden. Und Afghanistan, Rumänien, Armenien, die Lage in den baltischen Ländern bis heute. Aber: Auch in der Sowjetunion regt sich der demokratische Widerstand bis hinein ins Politbüro. Souveränität und Menschenrechte will man wiederhaben, Öffentlichkeit, Demonstrationsrecht. Gewalt wird verneint unten an der Basis der Gesellschaft, weil man so lange in der Gewalt leben mußte. Man hält den Kremllherren heute zum 1. Mai das Plakat »Diktatur nein danke« unter die Nase. So weit ist es gekommen. Der totalitäre Apparat ist geschwächt, die ökonomisch-ökologisch-sozialen Katastrophen sind fast da. Und die demokratische Opposition kämpft um Veränderungen mit recht guten Erfolgen. Auch, um in letzter Minute das neue alte Absolute, den Nationalismus, den Krieg gegen Andere, Fremde zu verhindern. Hoffen wir, daß das gelingt. Manès Sperber beschrieb ja die mögliche Gefahr auch, um sie zu bannen.

Und Deutschland? Mauer und Teilung, Aus- und Eingrenzung ließen sich nicht halten. Die Kriegsschuld bleibt, das Morden, Vergasen und Ins-KZ-Schicken. Grenzen erneut zu verschieben bringt neues Leid, also Verzicht.

Wirklich Frieden schließen, Europa wollen, Grenzen auf andere Art relativieren, gemeinsam, multikulturell. Die alten Gefahren bleiben, die vielen Fahnen in Leipzig zum Schluß, das Brüllen und Drohen gegen Andersdenkende. Der Haß gegen Ausländer und »Ostler«. Ein westdeutsches Ehepaar, gut gekleidet, Mitte vierzig, in der U-Bahn mit Blick auf den verkaufsoffenen Samstag: »Na, da werden wieder viele Beutelratten unterwegs sein«. Für den, der es nicht weiß, DDR-Bürger sind unter anderem an den Einkaufsbeuteln erkennbar, sie werden, glaube ich, alle im Erzgebirge hergestellt, in Löbnitz. Farbe und Form signalisieren die andere Herkunft.

»Beutelratten«, wie spitz und böse das kam aus den gepflegten Mündern der Landsleute.

Aber bei allem, und ich sage das nicht beschwichtigend, ist klar: eine pluralistische Demokratie hat Möglichkeiten, diesen Gefahren zu begegnen. Diktaturen, ob von rechts oder pseudolinks, nicht. Wenn der Druck, die administrative Gewalt ein wenig weg ist, kommt zutage, was konserviert war und neu entstanden ist unter den Bedingungen von Stasi und Einheitspartei. Ja, auch deutsche Geschichte, Gehorsam, Kuschen und Auftrumpfen bei passender, von oben geduldeter oder befohlener Gelegenheit. Aber auch Wut, weil man so lange drangsaliert wurde, so zy-

Nikolaikirche Oktober 1989,

Täglich Blumen und Kerzen für die Inhaftierten

Foto: M. Naumann/Bertelsmann



nisch verdeckt und enorm offenbar. Und wer sich in den zurückliegenden Jahren im Taktieren übte, in der beschönigenden, retuschierten Darstellung der stalinistischen Verbrechen, der könnte spätestens in diesem Augenblick seine Irrtümer zugeben. Sperber 1953: »Es gibt keine Wahrheit, die wir aus taktischen Gründen verschweigen müßten, keinen Betrug, den wir mit Schweigen, und wäre dies auch nur vorläufig, übergehen dürften. Deshalb ist der Kampf der Linken für die Freiheit immer von der Suche nach Wahrheit begleitet, vom Streben nach Wissen und Bewußtheit. Die wirkliche Linke im Unterschied zu den Vertretern der Pseudo-Linken hat nichts zu versprechen als diesen Kampf, nichts zu bieten als diese Suche, die den Menschen daran gewöhnt, außerhalb und gegen das Absolute zu leben.«

Also wird auch kein Ministersessel versprochen, kein »repräsentativer Wohnraum«, kein großes Bankkonto mit viel DM im Kurs 1:1 ... Klingt das nicht ein wenig puritanisch, zu sehr nach Aufopferung, Idealen und Verzicht? Manès Sperber hat immer wieder auf die verheerende Wirkung der Unterdrückung, auch des Mangels, der Zurücksetzung hingewiesen. Vor allem auf die sozialen und psychischen Folgen. Wenn diese Unterschiede und Ungerechtigkeiten heute reduziert werden – und nicht nur für DDR-Bürger –, um so besser. Mit Hilfe einer intensiven Ost-West-Kooperation, ja, einverstanden, wer könnte etwas dagegen haben. Wird es schwierige Übergangsjahre geben? Mit ihnen ist zu rechnen. Muß man nur zusehen und abwarten, was andere tun? Nein. Jetzt nicht mehr warten, dulden, hinnehmen. Sondern annehmen, aktiv gestalten, kritisieren, Bürger sein, kein Untertan mehr, kein Schaf, das falsche Hirten führen. Sozialer Neid, Arme-Vetternwirtschaft und eine Langzeitexistenz hinter Mauern mit kleinen Ausflügen, genau und fies dosiert, das konnte nicht gutgehen. Aber was kommt dann, danach? Demokratie, Toleranz, Solidarität lassen sich nicht verordnen. Auch nicht eilig überstreifen. In unserer heutigen Situation sind Teile des neostalinistischen Machtapparates zusammengebrochen durch eine Aktivität von unten, von denen, die unterdrückt wurden. Besonders in deutschen Zusammenhängen halte ich das für sehr wichtig: Neben dem großen Defizit, seit 1933 unter undemokratischen Verhältnissen leben zu müssen, waren die letzten vierzig Jahre Diktatur nicht getragen von der Zustimmung der Mehrheit (wie das '33 durchaus der Fall war), nicht vom Fertigmachen und Beherrschen-Wollen anderer Völker. Man

wurde beherrscht und versuchsweise fertiggemacht. Die Wirkung von Gewalt, von Druck konnte nun – und ich sage das nicht zynisch – selbst leidvoll erfahren werden.

Und wenn sich aus diesen Erfahrungen Bürgerrechtsbewegungen bildeten, zeitgleich auch in anderen osteuropäischen Ländern, und dies war so, und es gelang, die alte Macht abzuschütteln in einem international günstigen Augenblick – die sowjetischen Panzer blieben in ihren Kasernen, hielten wohl sogar die Stasi-Einheiten in Schach, die ausrücken und niederwalzen wollten – dann ist dies heute eine Ausgangsposition, die neu ist. Aber: Kann sie genutzt werden? Sind Menschen, die nur die Diktatur kennen, fähig, ohne »Linien«, ohne Befehle von oben, selbstbestimmt zu leben? Und dabei noch fair zu sein zu anderen, sich nicht erneut in Großmannssucht hervorzutun nach all dem Ducken? Oder nun nicht mehr wegzugehen nach den sinnvollen Monaten des »Fluchstreiks« über Ungarn, der auch dazu beitrug, daß die Dämme der Diktatur brachen? Sind neue Verhaltensweisen ab sofort möglich? Daran darf gezweifelt werden.

Es ist außerdem damit zu rechnen, und es wurde schon angedeutet, daß in den nächsten Jahren trotz bzw. auch wegen der intensiven West-Ost-Kooperation soziale Spannungen auftreten werden, neue Hierarchien, Interessengegensätze, Heimweh nach vertrauten Freuden oder Konflikten. Werden diese Spannungen ausgehalten von denen, die solch ein langes Ausgeliefert-Sein an die Macht erlebten, wird die Toleranz und die Konfliktfähigkeit vorhanden sein? Auch bei denen, und das ist immerhin eine Mehrheit in deutsch-deutschen Belangen, die Stalinismus nicht persönlich erlebten, aber jetzt Partner sein sollen, ein Volk, eine mündige, friedvolle, von den Nachbarn nicht gefürchtete Gesellschaft? Recht viel verlangt ist das alles. Und an dieser Stelle, bei diesen Fragen, jetzt müßte ja das Spekulieren einsetzen, möchte ich streng zu meinem Thema zurückkehren und einen Ort konkretisieren, einen Leser vorstellen. Denn all das, was jetzt ist, kommt ja woher. In den Köpfen mußte ja etwas sein. Was?

Nun, zum Beispiel Lektüre. Wie ist es, frage ich, wenn ein verbotenes Buch zum Beispiel in Jena landete auf Umwegen, wie kann man es sich vorstellen in München, Wien und Paris? So konnte man es sich vorstellen in der Zeit vor November 89, und ich sage es gleich: schwierig, beunruhigend, mitunter traurig muß man es sich vorstellen. Einsichten quälen auch, Entscheidungen können über eigene Kräfte und biografische Gegebenheiten gehen.



November 1989

Foto: Harald Kirschner/Bertelsmann

Zum Druck kommt das Bewußtsein des Drucks hinzu. In der »Träne« heißt es an einer Stelle: »Wir sind Revolutionäre, wir erkennen niemandem das Recht auf Gleichgültigkeit zu.« Schriftsteller wie Manès Sperber gehen weit, bis an diesen Abgrund, über den es keine Brücke gibt. Den Mut zusammennehmen und den Schritt wagen, sagt er, dann kann es sein, daß ein Halt da ist. Vor diesem Abgrund standen auch seine dortigen Leser, wenn sie, oft ganz unerwartet, mit dem konfrontiert wurden, was sie betraf. Ganz besonders, direkt und schmerzhaft-unausweichlich sie selbst betraf. Sie stießen auf eine Sprache, auf Gedanken, Überlegungen, auf Prosa, die die Prosa ihres Alltags, vielleicht auch ihr Verhältnis zur abgelehnten und doch hingenommenen, somit zumindest teilweise durchaus bejahten Macht beschreibt, erklärt und bewertet.

Und da wir nicht ohne Erinnerung auskommen, ohne Schilderung und ein wenig Zeit und Raum, begleiten sie mich bitte kurz in das Jahr 1979 oder '80, Jena, ein junger Mann bekommt von einem Freund, der in Berlin lebt, zwei »West-Bücher« zugesteckt, darunter Essays von Manès Sperber in der dtv-Taschenbuchausgabe. Er hat den Namen des Autors noch nie gehört. Gelernter Schlosser, Abendstudium, Fachabitur, wollte studieren, es kam nicht dazu, zwei Kinder, eine Frau, deren Bruder ist Offizier. Heimlich beginnt er

zu lesen in einer kleinen Kammer, die er sich mit Holzbrettern verkleidet hat, die Türe schließt er ab, auch, um vor den Kindern ab und zu etwas Ruhe zu haben. In der Holzverkleidung hat er zwei Verstecke für Bücher, Platten und Tonbänder, er fühlt sich sicherer, wenn »aufgeräumt« ist. Auf seiner Arbeitsstelle spricht er offen, der Meister läßt ihn, meldet nichts, kannte seinen Vater, ist in der Partei. Dieser junge Mann liest an zwei Abenden das »Leben in dieser Zeit«, liest von dem Diener des Offiziers, der im Jahre 1918 plötzlich seine Koffer und Kisten abstellt, sich aufrichtet und auf dem Wiener Nordbahnhof den ohrfeigt, der ihn viele Jahre herumkommandiert hatte als »Putzleck«. Meuternde Soldaten stehen ihm bei, von ihren Kappen hatten sie die kaiserliche Kokarde entfernt. Der Offizier, äußerst erstaunt, ergreift die Flucht. In Jena, Anfang der achtziger Jahre, liest ein Mann also in einem kleinen, holzgetäfelten Zimmer bei abgeschlossener Tür:

»Der dreizehnjährige Zeuge«, es ist der junge Manès Sperber, »erfuhr in dieser Szene, die sich rasend schnell abgespielt hatte, daß Geschichte solch einfache Sprache benutzen und sich mit solch einfachen Gesten vollziehen konnte. Denn dies war einer der Augenblicke, in denen das Kaiserreich, wehrlos wie ein Sterbender, unterging und die Krone einer 650jährigen Dynastie zu Boden rollte. Und

man konnte sich nicht vorstellen, daß sich einer nach ihr würde bücken wollen ... An dieser Bahnhofsszene ist in erster Linie bemerkenswert«, schreibt Manès Sperber weiter, »die blitzschnelle Metamorphose der realen Machtverhältnisse nach der Zerstörung der scheinbar festgefügteten, unabänderlichen Beziehung zwischen Herrschenden und Beherrschten. Der Diener, ein »Melde-Gehorsamst-Untertan, verwandelte sich durch das Dazwischen-Treten der Meuterer zu seiner eigenen Überraschung plötzlich in einen Rebellen; der Herr aber verkümmerte zum eigenen Schatten, der im Nichts verschwindet, in langen Sprüngen davoneilt ... Seit Jahrtausenden vollbringen Menschen in ihren Tagträumen die befreiende Tat. Damit dieser Traum Wirklichkeit werde, bedarf es eines noch erstaunlicheren Geschehnisses: Die Macht muß plötzlich hilflos werden wie ein verlorenes Kind im Sturm der Zeiten. Man sah Giganten zusammenbrechen, weil ein Strohhalm sie unsanft berührt hatte ...«

Immer wieder las der Leser aus Jena diese Stelle, fast jeden Abend holte er das Buch hervor, konnte die beschriebene Szene auf dem Wiener Nordbahnhof bald auswendig. Sein Tagtraum: Die Funktionäre der Einheitspartei verlieren ihre Macht, räumen freiwillig, wenn auch etwas verduzt, die eingenommenen Plätze auf der Tribüne am Vormittag des Ersten Mai, des »Internationalen Kampf- und Feiertags der Werktätigen«. Es gibt freie Wahlen, eine wirkliche Gewerkschaft, in den Läden liegen alle Bücher, die Menschen können reisen, wohin sie wollen. Und fortbleiben oder wiederkommen, viele kommen wieder. Der ehemalige Parteisekretär der Stadt, ein besonders hartnäckiger Dogmatiker, wird in der Stadt gesehen, in einem Einkaufsnetz Soltschenizyns »Gesammelte Werke« ... Solche Szenen wollte er gern erleben, Bahnhofsszenen ... In der Straßenbahn sah er fortan genau in die Gesichter, zwischen vier und fünf Uhr nachmittags in die der Schichtarbeiter, die aus den großen Betrieben kamen, Zeiss, Schott, Jenapharm, und nach Hause wollten. Noch einkaufen gehen, Zigaretten holen, Wochenende in den Garten, was kommt im Fernsehen, hat Jena ein Auswärtsspiel, müde, geschafft, die Kinder brauchen neue Anoraks, solche alltäglichen, menschlichen Gedanken sprachen aus den Gesichtern, die er ansah in der Straßenbahn.

Alltag – der niemandem vorzuwerfen war, Erschöpftheit, keine Protestdemonstrationen, keine abgetrennten Embleme. Wenn sowjetische Offiziere in die Bahn stiegen, viele sind in

Thüringen stationiert, waren sie vorschriftsmäßig gekleidet. Sie sahen nicht aus, als ob sie gleich eine Meuterei vorhätten. Zu den einfachen Soldaten war kein Kontakt möglich, sie blieben in den Kasernen, hinter den grünen Bretterzäunen oder auf ihren großbradrigen Lastwagen ... Wann würde unser Leser die ersehnte Szene erleben? 650 Jahre ... an diese Zahl mußte er immer wieder denken, wie viele Generationen, wie viele gelebte Leben. Wer weiß, sagte er sich, an welchem Punkt wir uns befinden.

Der Tagtraum unseres Lesers ist fast Wirklichkeit geworden. Für viele ist das eine große Überraschung. Freudig die einen, pikiert die anderen. Und eine Frage stellt sich ein: Hat nun die Geschichte ihr Ziel erreicht? Was ist mit dem Erinnern, dem Zweifel, der bohrenden, herausfordernden Funktion der Literatur, der politischen Essayistik, der individual- und sozialpsychologischen Kenntnis und Erkenntnis der Welt, vor allem aber der eigenen, vielleicht bevorstehenden Irrtümer? Sie kennen die Keuner-Geschichte von Brecht, wo er gefragt wird, was er gerade tut. »Ich bereite meinen nächsten Irrtum vor ...« Was ist der nächste Irrtum, was ist zu beachten im Jahre '90, wo einige Tyrannen die Bühne verlassen mußten? Ich bin in den letzten Monaten vielen Leuten begegnet, die aktiv mitgeholfen haben, die Zustände in Mittel- und Osteuropa zu verändern. Es ist eine Tatsache, die ich beweisen kann, daß Manès Sperber beinahe zur Pflichtlektüre dieser Aktivisten gehört. Und dies nicht in Form einer kultischen Handlung, sondern der Autor eher als Gesprächspartner, als einer, der mitgedacht hat.

Der in Nazihaft saß wie Robert Havemann und Heinz Brandt, der emigrieren mußte aus Berlin, aus Deutschland, dann aus Frankreich ... nach den Moskauer Prozessen 1937 Bruch mit der KP ... Auschwitz, Buchenwald, der Mord am jüdischen Volk beschlossen und vollzogen in fabrikmäßiger Grauenhaftigkeit ... Wir sind Deutsche ... Darf man den Stalinismus bekämpfen oder ist er die gerechte Strafe? Manès Sperber bekämpfte ihn als *eine* Form von Tyrannis ... Die Gestapo jagte ihn und die GPU ... Wie hat er das ausgehalten fast völlig ohne Verbündete in einer Zeit der Verfolgungen, des Krieges? Er mußte vorsichtig sein wahrscheinlich ein Leben lang, es gibt Anschläge und Autounfälle ... Und er kritisiert auch den Westen, nimmt hart Stellung gegen McCarthys fanatisch-mißtrauisches Examinieren. Wandte sich radikal gegen Franco und Pinochet. Aber eben auch gegen die Niederwerfung der ungarischen Revolution 1956,

gegen den Einmarsch der »befreundeten Armeen« in die Tschechoslowakei 1968 ...

Eine solche politische und wirklich gelebte Biografie ist so wichtig zur Orientierung gerade heute, gerade für jüngere Menschen, die oft meinen, »daß sowieso keiner mehr durchsieht ... daß alle schuldig waren ... daß keiner sich widersetzt hat ...« Doch, welche haben sich widersetzt. Haben als Antifaschisten nicht eine neue Diktatur errichtet nach dem Zusammenbruch der Nazi Herrschaft. Das ist ja das Furchtbare: Auf deutschem Territorium wurden die ehemaligen Opfer zu neuen Tätern. Es sollte eigentlich endlich gelernt werden, daß es human, demokratisch geht und gehen muß. Aber wie mit diesem Stasi-Apparat im Rücken, im Genick? Mit den Siegern Stalin und Breschnew?

Kürzlich fand in Ostberlin ein internationaler Kongreß statt, der erste dieser Art, »Interforum« nannte er sich, die demokratische, antitotalitäre Opposition diskutierte untereinander, Vertreter von SOLIDARNOŚĆ neben dem Prager BÜRGERFORUM, viele Studenten aus China, die vor kurzem auf dem Platz des Himmlischen Friedens für Demokratie eingetreten und blutig attackiert worden waren, jetzt im Exil ... Ein Vertreter des Ostberliner NEUEN FORUMS/BÜNDNIS '90, das die ersten Aufrufe im Oktober '89 verfaßt hatte, sich als offene Opposition zusammenschließen und gewaltfrei zu demonstrieren, zitierte Manès Sperber, eine Passage aus dem Essay *Positionen – Über die Linke*, über die fatale Verwechslung von Politik, Partei und Kirche, wo dann alles eng wird, total, wo Meinungen dominieren, nicht Wahrheit und Objektivität, Clique, nicht Solidarität mit den Erniedrigten. Neurotische Rebellen können an die Macht kommen, das ist Sperbers Warnung, und die Macht erneut nicht teilen, sie installieren womöglich ein neues Regime mit hehren Zielen ... Der Vertreter des NEUEN FORUMS wollte dagegen gewappnet sein. Und nicht bloß persönlich, als Willenserklärung, sondern mit dem Hinweis auf unverzichtbare demokratische Strukturen, die den Mißbrauch der Macht verhindern. Also wirkliche Wahlen, die es in der DDR gab. Das Recht auf Öffentlichkeit ohne Zensur, Demonstrationsrecht, freie Gewerkschaften, offene Grenzen.

Und was machte unser Leser aus Jena, von dem wir schon hörten, im Herbst vergangenen Jahres? Er war trotz einer Haussuchung im Lande geblieben, jedoch in ständiger Angst vor neuen Repressalien. Fing an, Bilder zu malen, zog sich zwischenzeitlich auch etwas zurück aus der »Szene«. »Wir haben Kinder,

sagte er seinen Freunden. Mit Gorbatschow und der zunehmend veränderten sowjetischen Politik kam wieder Hoffnung auf. Umso härter traf ihn das Abkoppeln der SED von der Glasnost-Politik, das Verboten von sowjetischen Zeitschriften und Filmen. »Jetzt ist es aus«, sagte er und war einer der Erstunterzeichner des NEUEN FORUMS in Jena. Im September wieder Vorladungen, harte Drohungen, ein Wohnungseinbruch, seine Frau wurde im Hausflur von Unbekannten angegriffen, am Trabant wurde herumgebastelt nach seinem Eindruck, Entweder-oder, so stand es, so empfand er die Situation. Es war kein hochfliegendes Gefühl von Tapferkeit und Kampf für Menschenrechte, was er empfand, sondern letzte Gegenwehr mit dem Rücken zur Wand. An einem Abgrund stehend, weitere 650 Jahre vor einem inneren Auge, das nicht mehr zusehen wollte und konnte: keinen Tag länger so leben!

Manchmal sagte er zu Hause zu seiner Frau, die dachte wie er und auch unterzeichnet hatte: »Vielleicht haben wir den Mut, weil uns alles egal ist, weil wir schon verrückt sind.« Im Kreise der Freunde, vor allem, wenn Jüngere zuhörten, redete er anders, ermutigte: »Das dauert nicht mehr ewig, paßt mal auf. Wir sind schon zu viele.« Zu tun war im Herbst 1989 der Schritt ins schon beschriebene Unge- wisse, wo es auch abwärts gehen kann, unter Panzer, in Polizeiketten hinein. Sie hatten in Leipzig und anderen Städten auch Hunde mit und scharfe Munition, dazu umgebaute Räumfahrzeuge, mit großen Gittern vorn, die über die ganze Straße gingen, scharfe, angeschliffene Spitzen an der Oberseite, Fallschirmjäger mit Einzel- und Häuserkampf-Spezialausbildung in den Nebenstraßen. Ziemlich offen drohten sie mit Gewalt und Tod, mit Internierung und »Niederschlagen der Konterrevolution«. Aber, man konnte ja im Fernsehen zusehen: Die Demonstranten wichen nicht zurück. Sie, die anderen, die angeblich Auserwählten von Partei, Geschichte und Schicksal, wichen zurück. Es kam auch zu Szenen wie auf dem Wiener Nordbahnhof, Armisten kehrten nicht in die Kasernen zurück, Kampfgruppenleute, Familienväter, verweigerten den Befehl, ließen sich weinend auf Parkbänke fallen, »ich schieße nicht auf meine Kollegen«. Auch Schirmmützen wurden geklaut.

Dann die Öffnung der Grenze, das Aufatmen, ins Freie kommen. Der Schock auch, solange eingeschlossen, aus- oder eingegrenzt gewesen zu sein. Gefühle kamen hoch, Strudel der Freude, der Angst. Sinnlos erschien vieles, was so lange das Leben bestimmt hatte. Absurd-bizarrr die Grenzbefestigungen, die

Wachtürme. Wie aus einer fremden, bösen Komödie. Die man allerdings selbst erlebt und mitgemacht hatte ... irgendwie ... und in verschiedenen Rollen. Und bei aller Freude, allem versuchten Aufatmen hin und wieder, in der U-Bahn, bei einem Gespräch oder wenn Wolf Biermann seine aufsässigen Lieder sang: »Wann kommt der Hammer? Geht denn das gut?« Diese Verunsicherung wird lange bleiben, denn Traumatisches ist passiert in den zurückliegenden Jahrzehnten. Und auf die neue Lage, völlig veränderte Lage, wird so reagiert, wie es bekannt ist aus anderen Beispielen: Der eine tut so, als sei eigentlich nichts geschehen. Er versucht, einfach weiterzumachen. Der andere kann sich nicht lösen von der Niedergeschlagenheit, der Apathie. Er sieht keinen Sinn, sieht nichts Neues. Das Parlament, so lange entmachtet, hat nicht sein Vertrauen. Freiwilligkeit, Wählen-Können kommt ihm nicht so wichtig vor. Opposition, weil nicht »an der Macht«, hat eben »verloren«. Fast sehnt er sich zurück in die alten vertrauten Zeiten der »klaren Fronten«. Und, das ist die dritte Möglichkeit, eine wachsende Zahl von Menschen stellt sich mutig, offen der neuen Lage. Versucht produktiv zu reagieren, Chancen zu ergreifen und gleichzeitig das Vergangene nicht einfach abzutun, sondern wachzuhalten, was wie und durch wen und warum geschehen ist, passieren konnte.

Und was ist jetzt, nach zwei Wahlen, den Reden über Geld, dem Aufmarsch westdeutscher Politiker auf Wahlkampftribünen, dem Sturz von Spitzenkandidaten, weil sie Spitzel waren? Chancen, die Risiken, Versprechungen, Vorschläge, Ausgebürgerte kehren zurück, machen Lesungen, die Emigration ist wieder da, auch die Ausgereisten können Besuche machen, ihre Erfahrungen mit dem Westen weitergeben. In Ostberlin neue Minister, alte Parteien, neue Namen, die legale Existenz von Bürgerinitiativen, auch einer lange in der DDR verbotenen SPD. Alles sehr anders, aktiv, aufgeregt, in recht großer File. Was geht in unserem Leser vor? Verschiedenes: Es überwiegt die Erleichterung. Die Stasi hat keine legale Macht mehr, die offiziellen Lügen, all der Druck ist weg. Aber Gewalt, hat er gelernt, ist immer möglich. Neue Diktaturversuche kann es geben, neue List, neue Varianten der alten Machtanmaßung. Es gibt kein Endgültig-vorbei-und-vorüber, man muß auf der Hut sein, ohne eine Atmosphäre der Heimlichkeit und des Mißtrauens zu kultivieren. Diese Heimlichkeit der Macht muß weg, Öffentlichkeit, Kontrollierbarkeit her. An Brechts Grabstein wurde »Saujüd« geschmiert. Biermann ist

auch so einer. Wer hat das getan? Neue, alte Nazis? Skinheads, Reps? Oder entlassene Stasi-Leute, die Stimmung machen wollten in Berlin, wo gerade zum ersten Mal seit sehr langer Zeit der Jüdische Weltkongreß tagte? Sollte bewiesen werden, daß ein neuer Geheimdienst gebraucht wird?

Unser Leser ist unsicher, mißtrauisch. Er traut den Stasi-Schergen immer noch allerhand zu. Aber eben auch den jungen harten Gesichtern, die er im Zug traf nach einem Fußballspiel. »Sind hier Ausländer«, fragten sie. »Hier, ich«, hätte er sagen sollen. Aber hat es nicht getan. Und in Berlin, in der Normanntenstraße, in der Zentrale des alten Staatssicherheitsdienstes, gibt es ein Bürgerkomitee, aber was gehen da noch für Leute ein und aus? Die kennt er doch. Ihre Autos auf dem Hof, dem großen Parkplatz, sind noch da. Es gab auch keinen Prozeß bisher, was ist mit den politischen Staatsanwälten, den Tätern? Mit Mielke, Honecker, Krenz? Werden sie noch einmal öffentlich beurteilt werden? Der neue Innenminister treibt Kraftsport, schrieb und verteidigte seine juristische Dissertation in den bitteren achtziger Jahren, durfte das, im Vorwort SED-Parteitagsgesänge, obligatorische Zitate ... Er verteidigt die Stasi, »diese Leute sind phantastisch ausgebildet«, sagt er, »können schießen«. Nun, ihre phantastische Ausbildung haben wir zu spüren bekommen. Daß ausgerechnet der Innenminister der neuen Demokratie von ihr so beeindruckt ist, berührt unangenehm. Bekommen die ehemaligen politischen Häftlinge Akteneinsicht in das, was die Stasi zusammenrug, was gegen sie fabriziert wurde an Tücke und Rufmord? »Nein«, sagt der neue Innenminister forsch.

Und was ist mit den Rechtsanwälten? Kaum einer, scheint mir, spricht ehrlich. Wie sah seine »Kooperation« mit der Partei-Mafia aus, wenn er politische Mandanten vertrat? Und die »gemeinsam zu erreichenden Ziele«? Was waren die Bedingungen, was war die Praxis, um sich halten zu können in der DDR-Anwaltskammer? Ohne Tricks und falsche, vorwurfsvolle Kürze muß darüber geredet werden. Einige Betroffene saßen auch jahrelang ab, was da ausgekugelt wurde. Und ein Herr Schnur als Christ und Demokrat und Spitzel schoß den Vogel ab.

Dynamische, recht ausgeruhete Leute kommen nach vorn, setzen sich in Ministersessel, reden nach drei Tagen cool und clever, als hätten sie ewig im Parlament gesessen. Merkwürdig kommt ihm das vor, unserem Leser aus Jena, einsam fühlt er sich mitunter, niedergeschlagen. Wie rasch die neue Macht ihre

Fürsprecher findet. Sind das alles Demokraten? Revolutionäre? Ist das nicht eine neue, alte Unterwürfigkeit, eine Flinkheit, ein Funktionieren, das ihn immer so erstaunt hat in den zurückliegenden Jahren? Woher weht der Wind, wer ist der Stärkere, auf wen muß ich hören, wo muß ich »rein«? Dieses lange geübte Anpassungsverhalten, wie sehr es ihn anwidert ... Aber auch andere Haltungen erlebt, andere Stimmen hört er, auch im neuen Parlament. Und sie ermutigen ihn. Die Grenzen auf, der west-ost-europäische Wind weht die stalinistische, fremdenfeindliche Muffigkeit schon weg, hofft er.

Und bei solchen Grübeleien, das ist mein Schluß, nimmt er Bücher zur Hand, liest zum Beispiel die Passage: »Daß Sklaven von der Befreiung träumen, bedarf keiner eingehenden Deutung. Allerdings findet man schon in der Bibel Sklaven, die ihre Herren anflehen, sie nicht in die Freiheit zu entlassen. Andere aber träumen von einer Zukunft, in der sie selbst Sklavenhalter sein werden. Jede Gesellschaftsordnung, in der die Gleichheit der Chancen für alle garantiert ist, erzeugt den Willen zum Umsturz der Macht nicht zuletzt bei solchen, die die Macht nicht abschaffen, sondern für sich selbst erringen möchten, um sie fortan selbstherrlich auszuüben. So treten die zur totalen Herrschaft drängenden Parteien gewöhnlich als unversöhnliche Feinde jeder Herrschaft auf. Haben sie diese aber errungen, so versagen sie die Freiheit allen, die sich ihnen nicht bedingungslos unterwerfen.« Manès Sperber, Zitat Ende. Vielleicht, denkt unser Leser, war er selbst auch ein Sklave. Aber er hat seine Herren weder angefleht zu bleiben, noch hat er, wenigstens bis jetzt, keine Gelüste, einem allmächtigen Politbüro vorzustehen. Was sein Leben in den letzten Jahren ausmachte mit einigen Schwankungen, das waren gerade sein Entschluß und die daraus resultierenden Taten, die bedingungslose Unterwerfung zu verweigern.

Dies, denkt unser Leser zu Recht, könnte eine gewisse Garantie sein, die politische Sklaverei zu überwinden, innen und außen, gemeinsam mit anderen. Und als unser Leser das dachte und die *Essays zur täglichen Weltgeschichte* vor ihm lagen, hatte er plötzlich ein Gefühl von Glück. Und dies ist ohne Einschränkungen und Peinlichkeit zu akzeptieren: denn unser Leser dachte daran, als er den Buchdeckel schloß, daß er die Lektüre gekauft hatte in Westberlin, in einer von vielen Buchhandlungen. Er kann weg, reisen, und wiederkommen, wann immer er will. Jetzt könnte er aufstehen und losgehen! Er

kann alle verbotenen Bücher, das Geld einschränkend vorausgesetzt, über die Grenze mitnehmen und schon im Zug, vor aller Augen, zu lesen beginnen. Das findet er großartig und das wichtigste Zeichen, den für ihn wichtigsten Beweis, daß die letzten vierzig oder – im anderen Bild – 650 Jahre wirklich vorbei sind! Freilich nur vorbei sind, solange wir aktiv verhindern, daß sie wiederkommen.

Erscheint in: J. Fuchs »... und wann kommt der Hammer?« Psychologie, Opposition und Staatssicherheit, Basis Druck, Ostberlin 1990.

HANS-MARTIN LOHMANN Zeitschriften-Forum

Wenn Sie diese Zeilen lesen, haben wir die ersten gesamtdeutschen Landtagswahlen glücklich absolviert, darf sich Helmut Kohl größer und dicker fühlen als je zuvor und können wir eine sozialdemokratische Opposition in Augenschein nehmen, die sich nicht erst heute fragen muß, was sie in den zurückliegenden fünfzehn Monaten politisch versäumt und falsch gemacht hat. Das mag, im einzelnen, die einen bekümmern, die anderen erfreuen. Im ganzen aber, seien wir ehrlich, überwiegt der kollektive Spaß daran, daß jetzt das Dresden des Friedrich Karl Fromme wieder uns gehört und wir ungeniert mit unserer neuen Rolle als Großmacht liebäugeln dürfen. »Wir dürfen Weltgeschichte machen, und die Welt akzeptiert es«, schreibt Bernd Ulrich im Septemberheft der Frankfurter *Kommune*, und der junge Mann, Jahrgang 1960 und bekannt für seine schnoddrigen Einlassungen, fügt hinzu: »Ich habe das Gefühl, da angekommen zu sein, wo es richtig losgehen kann.«

Deutschsein muß in diesen Zeiten schön sein, wie uns nicht nur der national gestimmte Rudolf Augstein seit Monaten wissen läßt, sondern auch Richard v. Weizsäcker, der zwar, wie es seiner Darstellerfunktion als unser aller Präsident entspricht, etwas moderater als der *Spiegel*-Herausgeber agiert, aber auch nicht umhin kann, dem Deutschsein einen tieferen Sinn zu geben. Mit diesem Deutschsein muß es irgendetwas Besonderes auf sich

haben, und genau vor diesem noch diffusen und undefinierten »Besonderen«, dessen coming out offenbar bevorsteht, haben nicht wenige Leute Angst. Da ist es gut, wenn der Heidelberger Schriftsteller Wilhelm Pauli in der *August-Kommune* ganz nüchtern daran erinnert, daß »Deutschsein« ein ebenso wenig erstrebenswerter Aggregatzustand ist wie »Bimbosein«.

Im Ausland schaut man mit einer Mischung aus Faszination und Besorgnis auf das chaotische Zusammenwuchern der beiden untergegangenen deutschen Staaten. Was der ehemalige britische Industrieminister Ridley kürzlich zum besten gab – Karl Heinz Bohrer hat es in der Septemberausgabe des *Merkur* geist- und kenntnisreich (»Ridley's Country«) kommentiert –, ist, auch wenn es in äußerster Krudität vorgetragen wurde, womöglich nur die Spitze eines Eisbergs von Bedenken und Ängsten angesichts der neuen Großmacht im Herzen Europas. Hinsichtlich seines ökonomischen Potentials und seiner außenpolitischen Optionen werden dem 80-Millionen-Staat Deutschland Entwicklungen prophezeit, die von der umstandslosen wirtschaftlichen (und dann auch politischen) Annexion der verarmten osteuropäischen Länder bis hin zu einem Sonderrangement, einer Art Entente Cordiale zwischen der Sowjetunion und Deutschland reichen. Wenn der spanische Publizist Heleno Saña in einem soeben veröffentlichten Buch (*Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg*) ein solches sowjetisch-deutsches Arrangement als Schreckensvision entwirft, dann ist das nicht einfach als antideutsches Ressentiment abzutun. Kein Geringerer immerhin als Zbigniew Brzezinski weist in Nr. 3 der *Europäischen Rundschau* auf die Möglichkeit hin, daß in Zukunft die großrussische Elite verstärkt die wirtschaftliche und politische Kooperation mit den Deutschen suchen werde: »In diesem Zusammenhang wird der Gedanke eines Sonderrangements mit Deutschland zwangsläufig wieder auftauchen.« *Rapallo ante portas?*

Beachtung verdient auch, welche Reaktionen die deutsche Vereinigung an der westeuropäischen Peripherie bewirkt hat. Die Berliner Publizistin Ines Lehmann hat im Rahmen einer Untersuchung des Echos westeuropäischer und us-amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften auf die deutsch-deutschen Veränderungen auch portugiesische Presseorgane gelesen und ausgewertet. Auszüge daraus kann man in der jüngsten Ausgabe von *Tran-via* studieren. Die Reaktionen der portugiesischen Öffentlichkeit sind insofern interessant, als sich das EG-Mitglied Portugal ohnehin als

underdog der Gemeinschaft fühlt und jetzt nicht grundlos befürchtet, durch die Verlagerung des EG-Schwerpunkts in Richtung Mittel- und Osteuropa noch mehr marginalisiert zu werden. Eine in *Tran-via* abgedruckte Karikatur zeigt die fette Braut Kohl mit ihrem schwindstüchtigen Bräutigam de Maizière, wie sie die devoten Ovationen der Hochzeitsgäste grinsend entgegennimmt.

In Portugal scheint man wenig begeistert zu sein, wenn denn die von Lehmann zitierten Pressestimmen repräsentativ sind. »1990 ist Deutschland das Gespenst, das Europa in Schrecken versetzt. Frankreich und Rußland, Bush und der Papst, alle sind einerseits voller Hoffnung und andererseits sehr beunruhigt. Und sie haben gute Gründe dafür, sei es, daß sie sich auf ihre historische Erinnerung berufen, sei es nur aufgrund einer bloßen Konjunkturanalyse: das alte Gleichgewicht, das noch aus den vierziger Jahren resultiert, befindet sich in einer Krise.« So Francisco Belard im *Expresso*.

Fast noch krasser, ja panischer der Kommentar Santos Pereiras im *Público*: »Wenn man das Gewicht der DDR in den Wirtschaften des Ostens kennt und weiß, daß Bonn zu einem guten Teil das Kommando über die Osthilfe-Operationen übernommen hat, so ist es nicht schwer zu erraten, daß Mitteleuropa schnell in den Machtbereich einer deutschen Einflußzone gerät. Mitteleuropa könnte dann schnell zu einem Teil der germanischen Heimat werden. Bonn hat zwar seine Verpflichtung für den Aufbau Europas erneuert, aber angesichts der Verstärkung seines wirtschaftlichen Potentials wird sich Deutschland sicher schnell von den Treue-Turnübungen befreien und den Rhythmus und die Bedingungen für den europäischen Aufbau selbst bestimmen. Und alles weist darauf hin, daß er sich verlangsamten wird.«

Es wäre zu billig, wollte man derlei Befürchtungen, die man hierzulande gern mit dem pauschalen »Bekenntnis zu Europa« beiseite wischt, als Geschwätz abtun und zur deutschen Tagesordnung übergeben. Unsere europäischen Nachbarn, die östlichen wie die westlichen, verfügen über ein waches Gespür dafür, daß die neue hegemoniale Stellung Deutschlands Gefahren, zumindest Unwägbarkeiten birgt, die es möglichst früh zu erkennen gilt. Und es geht ja nicht nur um Ängste vor irgendwelchen ökonomischen Expansionismen und politischen Sonderrollen der Deutschen, sondern auch um jenen spezifischen Irrationalismus, der historisch mit der »deutschen Seele« und dem Wort »Deutsch-

sein« verwoben ist. Deshalb wären wir nicht schlecht beraten, wenn wir einen der luzidesten Diagnostiker deutscher Seelen- und Bewußtseinszustände, Friedrich Nietzsche, ernstnähmen, der in *Menschliches, Allzumenschliches* postulierte: »Gut deutsch sein heißt sich entdeutschen ... Der also, welcher den Deutschen wohlwill, mag für seinen Teil zusehen, wie er immer mehr aus dem, was deutsch ist, hinauswache. Die Wendung zum Undeutschen ist deshalb immer das Kennzeichen der Tüchtigen unseres Volkes gewesen.« Vielleicht würde eine gewisse Entdeutung der Deutschen, d. h. die Fähigkeit zur Selbstironisierung dazu beitragen, bei unseren mißtrauischen Nachbarn einige Ängste zu lösen.

Unter dem Titel »Umbruch« – ein Begriff, der viele Assoziationsfelder erschließt – hat der von Karl Heinz Bohrer herausgegebene *Mercur* soeben seine 500. Nummer herausgebracht. Es ist ein Jubiläumsheft, das sich sehen lassen kann, und es trägt, unverkennbar, Bohrer's ästhetische Handschrift. Denn der politische und soziale Umbruch in Osteuropa und die sich daraus ergebenden neuen weltpolitischen Konstellationen werden nur in drei, allerdings lesenswerten, Beiträgen (von Christian Meier, Ralf Dahrendorf und Ernst-Otto Czempiel) expressis verbis thematisiert. Alle anderen Umbrüche handeln von der »Ästhetik am Ausgang ihrer Unmündigkeit« (Bohrer), vom »Unbehagen in der Literatur« (Michael Rutschky), von neuen Allianzen zwischen Wirtschaft und Kultur (Jörg Lau), von der »Psychoanalyse am Ende ihres ersten Jahrhunderts« (Frederick Wyatt), von der Chaosforschung (Helmut Tributsch), Natur und Geist (Georg Franck) und der Biologisierung des Staates (Claus Koch). Besonders hinzuweisen bleibt auf den Beitrag von Christian Schütze, der eine Friedensdividende für die Natur fordert: »Nachdem der Kalte Krieg in aller Form für beendet erklärt worden ist, wartet die Menschheit auf die »Friedensdividende«, die allerdings nicht in Umweltschutz, sondern in Konsum angelegt werden soll. Mit der Natur ist noch kein Frieden geschlossen worden. Vielmehr wiederholt sich jetzt für die bisher feindlichen Lager im Kalten Krieg, was Unternehmer und Gewerkschaften in den industrialisierten Wohlstandsländern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Form ihrer Sozialpartnerschaft vorgemacht haben: die Beilegung des Verteilungskonflikts in der stillen Überzeugung, daß man, statt sich gegenseitig auszubeuten, sich lieber zur Plünderung der Natur verbündet. Die Einführung der Marktwirtschaft in den bisher planwirtschaftlich strukturierten Öko-

nomien des sozialistischen Lagers wird ... zu einem rasend beschleunigten Verbrauch der Ressourcen des Erdballs führen. Es ist zwar richtig, daß auch die Planwirtschaft ungeheure Mengen von Material und Energie verschleudert, ohne daß die Menschen etwas davon haben; es ist aber auch richtig, daß mit einer effizienteren Wirtschaftsweise der Ressourcenverschleiß nicht endet. Der Unterschied besteht darin, daß in der Planwirtschaft viele der erzeugten Güter noch vor Erreichen des Verbrauchers Abfall sind, in der Marktwirtschaft erst später.«

Im zehnten Heft von *Lettre International* präsentiert Martin Kurbjuhn die Innenansicht einer Karriere, nämlich derjenigen Adolf Eichmanns. Nicolaus Sombart spürt weiterhin den psychopathologischen Elementen in der politischen Theorie Carl Schmitts nach (»Der Ort der »Entscheidung«) und fügt dem von ihm so genannten »Carl-Schmitt-Syndrom« ein paar neue Mosaiksteinchen hinzu. Im selben Heft schreibt der französische Modephilosoph Jean-François Lyotard über Europa, die Juden und das Buch, Maurice Blanchot über Jude sein und das Menschengeschlecht. Es darf festgestellt werden, daß *Lettre International* inzwischen ein symphonisches Profil gewonnen hat, dessen voller Klang gerade aus dem scheinbar absichtslosen Neben- und Gegeneinander diversester Stimmen und Tonlagen resultiert.

In jedem Falle lohnend ist ein Blick auf die christliche Regenbogenpresse. Die Vierteljahreszeitschrift *Lydia*, herausgegeben vom International Correspondence Institute, gibt in ihrer jüngsten Ausgabe Ratschläge darüber, wie man eine Ehe mit Gott führt, wie man ein Krabbelkind bändigt und wie man auf eigenen Füßen zu stehen lernt. Auch erfährt die interessierte Leserin, daß sie als Hausfrau die »Gute Nachricht« jederzeit weitergeben kann. »Als Hausfrau haben Sie täglich vielfach die Möglichkeit, über Ihr Christsein zu sprechen: beim Einkauf, beim Arztbesuch, beim Frisör.« Nur, so wird mit Bedauern konstatiert, nutzen die meisten Hausfrauen diese Möglichkeit nicht, sondern gehen ganz profan ihren Alltagsgeschäften nach.

JOHANO STRASSER

Zum Selbstverständnis der PDS

Wäre dieses Buch vor einem Jahr erschienen, die Autoren wären des »Sozialdemokratismus« angeklagt, aus der SED ausgeschlossen, und wenn die Zeit noch gereicht hätte, wegen »staatsfeindlicher Hetze« und »Verleumdung der Staatsorgane der DDR« zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Aber das Buch erscheint erst jetzt, im Herbst 1990, nicht als Dokument des Widerstands, sondern als der Versuch, einem größeren Publikum glaubhaft zu machen, daß sich die SED-Nachfolgepartei PDS inzwischen programmatisch und organisatorisch gründlich gewandelt hat. Geschrieben haben es Leute, die die hier ausbreiteten Gedanken vor einem Jahr noch nicht zu denken wagten oder, wenn sie sie dachten, jedenfalls nicht äußerten, ja, die die Verfolgung eben dieser Gedanken mehr oder weniger widerspruchslos hinnahmen, wenn sie an ihr nicht sogar mitwirkten. Gregor Gysi, Hans Modrow, Klaus Höpcke und die anderen Autoren dieses Bandes waren keine Helden des Widerstands; sicher waren sie nicht mit allem einverstanden, was die Führung ihrer Partei im Namen des einzig wahren Sozialismus dekretierte, aber sie waren Mitläufer und in unterschiedlichen Graden auch Mittäter und wären es womöglich noch lange geblieben, wenn nicht andere dem Unrechtssystem die Stirn geboten und es schließlich zu Fall gebracht hätten.

Das macht es nicht leicht, dieses Buch nur an dem zu messen, was da auf gut zweihundert Seiten schwarz auf weiß zu lesen steht. Und dennoch wäre es falsch und für die Kultur der intellektuellen und politischen Auseinandersetzung verderblich, wenn man das, was hier aufgeschrieben wurde, nicht als diskutabile Meinung gelten ließe, sondern den Autoren in Kenntnis ihrer Vergangenheit unterstellte, eigentlich etwas ganz anderes zu meinen. Wenden wir uns also dem Inhalt zu.

Um das Selbstverständnis und die Programmatik jener aus der SED hervorgegangenen Partei geht es also, die sich zum Ärger der Sozialdemokraten »Partei des Demokratischen Sozialismus« nennt. Was »Demokratischer Sozialismus« für die PDS bedeutet, hat sie in ihrem Programm folgendermaßen beschrieben:

»Demokratischer Sozialismus, das heißt für uns Eintreten für eine friedliche, humane und solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben teilnehmen kann. Demokratischer Sozialismus ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir in Kürze auf deutschem Boden haben werden, sondern ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung« (S. 163).

Wer die entsprechende Passage des »Godesberger Programms« der deutschen Sozialdemokratie nachliest, wird feststellen, daß beide Texte eine verblüffende Ähnlichkeit aufweisen, eine Ähnlichkeit, die bis in die Wortwahl hineingeht und möglicherweise durchaus gewollt ist. Allerdings gibt es eine auffällige Differenz: »Demokratischer Sozialismus«, heißt es im Programm der PDS, »ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir *in Kürze* auf deutschem Boden haben werden ...« In Kürze nicht, aber auf lange Sicht möglicherweise doch? Offenbar wollen Gysi und Genossen sich hier eine Tür offenhalten, können sie sich nicht entschlossen freimachen, von jener Metaphysik der geschichtlichen Phasen und revolutionären Systembrüche, die die alte Dogmatik beherrschte.

Es ist dieses Schwanken zwischen Reformismus und revolutionärer Systemhuberei, das mehr oder weniger deutlich in allen Beiträgen des Buches zu spüren ist. Es entspricht ganz offensichtlich einem prekären innerparteilichen Kompromiß zwischen Dogmatikern und Erneuerern der Partei, ist aber, weil es hier um die Haltung zum demokratischen Pluralismus geht, nicht eine jener Halbheiten, die man einer politischen Partei nachsicht, weil es in Programmen eben nicht nur um Wahrheit, sondern immer auch um Identitätsstiftung geht. Für die PDS ist Sozialismus einerseits »ständige Aufgabek«, also guter alter sozialdemokratischer Reformismus, andererseits ist er doch wieder das ganz andere zum »kapitalistischen System«, ein Endziel, auf das hin alle politische Arbeit ausgerichtet ist. So muß man

es wohl verstehen, wenn Gysi in seinem Beitrag davon spricht, daß »für eine längere Übergangsphase« es ihm erforderlich erscheint, »verschiedene Eigentumsformen gleichberechtigt nebeneinander bestehen zu lassen« (S. 15).

Dieselbe Unentschiedenheit, um nicht zu sagen: derselbe intellektuelle Opportunismus, wird deutlich an der Ahnenliste, die die gewendete SED sich zugelegt hat: hier taucht nun neben Marx, Engels und Lenin auch der »Erzrevisionsist« und »Reformist« Eduard Bernstein als einer der »Vorväter unserer Partei« (so Klaus Höpcke) auf. Überhaupt usurpiert die PDS mit atemberaubender Dreistigkeit die spezifisch sozialdemokratische Tradition der Arbeiterbewegung als eine ihrer »Wurzeln«, als sei es ihr darum zu tun, die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED nachträglich als inhaltlich gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Daß die Auffassungen von SPD und KPD in fast allen politischen Grundsatzfragen weit auseinandergingen, daß man sich in allen wichtigen Belangen zwischen Bernstein und Lenin entscheiden muß, das wird hier um eines faulen Kompromisses willen vernebelt.

Usurpation der sozialdemokratischen Tradition bei gleichzeitiger Abgrenzung gegen die reale SPD – das ist eines der hervorstechendsten Merkmale dieser Standortbestimmung der PDS. Nahezu alles, was dieser Band an programmatischen Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu Fragen der Ökologie und der Dritten Welt, zum Thema Abrüstung und Gleichstellung der Frauen zu bieten hat, findet sich ähnlich, zumeist in der Sache genauer und präziser formuliert, im neuen Berliner Programm der SPD. Freilich wird in keinem der Beiträge auch nur angedeutet, daß sich die PDS bei ihrem Versuch, das verhängnisvolle Erbe der SED abzuschütteln, in Programmatik und Methodik den Sozialdemokraten annähert, daß in der großen historischen Auseinandersetzung um Inhalt und Weg des Sozialismus sich die Sozialdemokratie gegen ihre kommunistischen Gegner durchgesetzt hat. Stattdessen bemüht man sich um Abgrenzung von der SPD, versucht sich selbst als die konsequenteren Verfechter eines demokratischen Sozialismus hinzustellen, um so die organisatorische Eigenständigkeit zu rechtfertigen. So beklagt der Vorsitzende Gysi die »soziale Inkonsequenz« der SPD und sieht den Unterschied zwischen PDS und SPD vor allem darin, daß die SPD im Gegensatz zur PDS »keinen Sozialismus anstrebt« (S. 21).

Die Absicht, die dahinter steckt, ist leicht zu durchschauen. Die PDS, die sich auf lange

Sicht als Oppositionspartei einrichtet, möchte vor allem der SPD, die Regierungsverantwortung anstrebt und darum notwendigerweise praktische Kompromisse eingehen muß, durch verbalradikale Übertrumpfung ihrer eigenen Forderungen Wähler und Mitglieder abspenstig machen. Darum versucht sie sich als eine Art konsequenterer SPD zu profilieren, darum greift sie alte Juso-Konzepte der »gesellschaftsverändernden Reformen« (S. 18f.) und der »Doppelstrategie« auf, ohne freilich die Quelle zu nennen, und macht sie sich zu eigen. Auch auf frustrierte Grüne hat es die PDS, wie die übereifrige Betonung von Ökologiefragen und des Bewegungscharakters der Partei zeigen, abgesehen. Die PDS möchte so etwas wie der Kristallisationskern einer neuen deutschen Linken werden. »Es wäre wünschenswert«, schreibt Alexandra Wagner, eine der wenigen nicht dem Präsidium der Partei angehörigen Autoren, »wenn die jetzt zu führende Diskussion unter den Linken tatsächlich zur Herausbildung von etwas ›qualitativ Neuem‹ ... führen würde – zur Herausbildung einer linkssozialistischen Partei in Deutschland, die neben Teilen der PDS auch bisher nicht organisierte Linke oder derzeitige Mitglieder anderer Parteien und Bewegungen – wie der Grünen, der SPD, der DKP, der Demokratischen Sozialisten, der Nelken u. a. – zusammenführt« (S. 148).

Die PDS-Autoren sind realistisch genug, weder einen offenen Monopolanspruch auf die Vertretung des Sozialismus noch einen Führungsanspruch für die eigene Partei zu erheben. Im Gegenteil ist nun vom notwendigen Pluralismus der Linken die Rede, von der Stärke, die daher rührt, daß man sich nicht vorschnell vereinheitlicht, sondern unterschiedliche Ansätze, Organisationsweisen und Strategien nebeneinander bestehen läßt. Das klingt durchaus sympathisch und verdiente vielleicht auch ernst genommen zu werden, wenn da nicht dieser penetrante Anspruch auf größere Konsequenz und moralische Sauberkeit wäre, der immer wieder in diesem Buch zum Vorschein kommt und der angesichts der Vergangenheit dieser Partei kaum anders denn als heimlicher Führungsanspruch gewertet werden kann. Natürlich hat die PDS auch in dieser Hinsicht aus der Vergangenheit gelernt. Ganz offensichtlich möchte sie den Fehler der DKP nicht wiederholen, die mit ihren Versuchen, die bundesrepublikanische Linke mit List und Tücke in ein von ihr geführtes Bündnis zu locken, so gründlich gescheitert ist.

Es ist schwer zu sagen, was an diesem

Buch Ergebnis ehrlicher Lernprozesse und was vom Organisationsegoismus diktierte Taktik ist. Die Absage an den Stalinismus, das wird man einräumen müssen, ist deutlich, wenn auch die Autoren es sich mit der eigenen Verstrickung in das Unrechtssystem etwas zu leicht machen. Peinlich und auch zutiefst unehrlich ist Klaus Höpckes Selbstkritik in Sachen ›Wolf Biermann‹: von »untauglichen Verfahren« ist da die Rede, er habe »erstens einzelne poetische Zeilen überinterpretiert und zweitens, statt streng beim Werk zu bleiben, vom Werk auf den Autor gezielt« und sich drittens »weihrauchwedelnde Anfangssätze aufschwätzen« lassen (S. 46). Diese Form der persönlichen Vergangenheitsbewältigung, bei der kleinere Fehler eingestanden werden, nur um die wirkliche moralische Schuld um so besser kaschieren zu können, ist in ihrer verlogenen Aufrichtigkeit schon schwer zu ertragen. Was aber erst recht zu Mißtrauen Anlaß gibt, ist das altbekannte Vokabular, das an vielen Stellen des Buches durchscheint. So ist ganz im Sinne der alten Dogmatik von »Monopolkapital« und »Staatsmonopolismus«, von »linkem Abenteuerertum« und vom »Schöpfer-tum der Werktätigen« die Rede. Alles in allem wird man den Eindruck nicht los, daß es mit der Erneuerung der SED so weit doch noch nicht her ist. Jedenfalls nimmt Alexandra Wagner den Mund wohl etwas voll, wenn sie am Ende ihres Beitrags erklärt, es sei schlicht »undenkbar, daß sich die Linke in Deutschland ohne oder gegen die PDS im positiven Sinne entwickeln kann« (S. 150).

Gregor Gysi (Hg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS. Hamburg (konkret literatur Verlag) 1990; 206 Seiten, DM 24,00.

CARL WILHELM MACKE Feuer unter dem Eis

Wir kennen das von großen Sportereignissen. Nur kurze Zeit nach einer Olympiade oder einer Fußballweltmeisterschaft befinden sich bereits die ersten Bildbände im Buchhandel. Auch von spektakulären politischen Ereignissen ist uns dieser Fast-Food-Journalismus bestens (in aller Regel schlechters) bekannt. Was wurde nicht inzwischen schon alles

schon über das Jahr 1989 auf den Markt geworfen, schnell durchgeblättert und dann sofort wieder in die Regale eingeordnet. Erste Exemplare werden bereits in den Antiquariaten gesichtet. Die Reportagen und Reflexionen des englischen Historikers Timothy Garton Ash aus den Zentren Mitteleuropas im Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990 jedoch gehören sicherlich nicht dazu. Sie werden, diese Prognose ist nicht gewagt, die Zeit überdauern. Es sind in jeder Hinsicht einmalige Texte, die gewiß zu den Glücksfällen in der politischen Publizistik der letzten, so aufregenden Jahre zu zählen sind. Auch wenn große Abschnitte den laufenden Ereignissen des vergangenen Jahres gewidmet sind, stehen im Mittelpunkt des Buches jedoch die dem Erdbeben von '89 vorangegangenen vielen kleinen Beben in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, und der DDR. Andere Staaten des ehemaligen Ostblocks wie Rumänien, Bulgarien, vor allem die Sowjetunion, widmet sich Ash nur am Rande oder vermittels der Person Gorbatschow. Ohne den Rückblick auf die achtziger Jahre, den Blick auf das jahrelang unter dem »Eis flackernde Feuer«, dies ist eines der ersten Einsichten nach der Lektüre der Aufzeichnungen von Ash, sind die nur in ihren *konkreten Erscheinungsformen* nicht vorhersehbaren Ereignisse von 1989, nur schwer einzuordnen und zu verstehen. »Ich schrieb über diese Menschen und Themen, weil ich sie interessant fand, lehrreich und oft auch bewundernswert. Gründe genug, wie ich meinte, um nicht auch noch ihre politische Zukunft ins Kalkül zu ziehen. Dementsprechend sollten auch die folgenden Seiten nicht teleologisch gelesen werden, sondern eher gegen die Tendenz, jenen Anteil der ostmitteleuropäischen Geschichte der achtziger Jahre zu vergessen, der nicht unmittelbar auf das Ende des Kommunismus im Jahr 1989 hingewiesen hat.«

Während sich seine Kollegen von der etablierten Historikerzunft monatelang in den Archiven zur Überprüfung wissenschaftlicher Anmerkungsapparate vergangener Geschichte aufhalten, tummelt sich Ash lieber da, wo »Geschichte gemacht« und nicht nur nachträglich interpretiert wird: in den Räumen einer illegalen SOLIDARNOSĆ-Druckerei etwa, in Treffpunkten der anti-kommunistischen Prager Intelligenz, oder den widerständigen Kirchengemeinden in der DDR. Er hilft beim verbotenen Samizdat-Vertrieb seiner eigenen theoretischen Schriften über die Geschichte von SOLIDARNOSĆ oder die Mitteleuropa-Debatte östlicher Intellektueller. In Zeiten, als die westliche intellektuelle Linke immer hilf- und

sprachloser dem Phänomen des groß und größer werdenden Widerstandes gegen sozialistisch etikettierte Systeme im Osten Europas gegenüberstand, begab sich Timothy Garton Ash mitten hinein in den Strudel der Ereignisse. Bereits Anfang der achtziger Jahre, als die Länder des *realen Sozialismus* noch im tiefen stalinistischen Winter lagen, begann Ash mit seinen Recherchen vor Ort. Er gewann Vertrauen zu Führern der Opposition wie Adam Michnik in Warschau, Lech Walesa in Gdansk, Bärbel Bohley in Ost-Berlin, György Konrad in Budapest und Vaclav Havel in Prag. Daß Ash zum Beispiel zu den ganz wenigen ausländischen Teilnehmern der Sitzungen des Prager »Bürgerforums« in den entscheidenden Dezembertagen des Jahres 1989 gehörte, war eben nicht Zufall, sondern Konsequenz langjähriger Zusammenarbeit mit der Opposition, die nun »über Nacht« aus den dunklen Katakomben des Widerstandes direkt in die hell erleuchteten Zentren staatlicher Macht aufstiegen. Nur jemand, der über das theoretische Wissen *und* die praktischen Erfahrungen gemeinsamer Untergrundarbeit verfügt, kann dann auch eine so brillante Reportage über die »Revolution der Laterna Magica« schreiben. »Beinahe zwei Wochen lang hatte ich als Historiker das Privileg zu beobachten, wie in der Laterna Magica Geschichte gemacht wird.« Wir reiben uns die Augen. Der sich da so lebendig und spannend direkt aus dem verrückten Chaos einer entstehenden Revolution meldet, soll kein Schriftsteller, sondern ein ganz normaler Historiker am St. Antony College in Oxford sein? Wann lernen auch deutsche Historiker einmal, so kompetent und lebendig zugleich zu schreiben, wie Ash es hier vorbildlich schafft?

Neben diesen eher journalistischen Arbeiten finden wir auch in Qualität und Quantität große Essays über »Mitteleuropa«, über den reformerischen oder revolutionären Charakter der osteuropäischen Veränderungen und erste theoretische Resümees des historischen Jahres 1989. Über die Renaissance »Mitteleuropas« nachzudenken, heißt für Ash weniger an alte, geopolitische Traditionen anzuknüpfen, sondern das zu entziffern, wofür die Chiffre »Mitteleuropa« in der gegenwärtigen Diskussion eben auch steht: Wiederherstellung der Zivilgesellschaft, Entdeckung des Individuums, der Subjektivität, von Gewaltlosigkeit und Wahrheit unter all dem Schutt des zusammengebrochenen kommunistischen Lügengebäudes. Ash betont diese positiven Gehalte des mittel-osteuropäischen Erwachens sehr, die in die ideologischen Grundgemäuer des im

Bau befindlichen »europäischen Hauses« einzulassen sind. Um die »schmutzigen Seiten« dieses historischen Prozesses in Osteuropa, das Erstarren eines fundamentalistisch auftretenden Nationalismus etwa, die soziale Verelendung oder überall spürbare Intellektuellenfeindschaft (in der DDR und Polen mehr, in Ungarn und der CSFR weniger), mogelt sich Ash ein wenig herum. Sein Bild aus den Zentren Mitteleuropas scheint mir gelegentlich zu rosig, zu sehr nur durch die Brille eines mit den ehemaligen Oppositionsgruppen sympathisierenden westlichen Intellektuellen und zu wenig mit der Distanz eines außenstehenden Historikers gesehen. Andererseits ist die Rolle der Cassandra oder des ewigen Nörglers nicht sein Part. Ash hat anderes im Sinn, will uns und kommende Generationen übermitteln, wie man »zur damaligen Zeit dachte und fühlte«. Und er will uns auch an dem Glück einer jahrelang härtesten Repressionen ausgesetzten und nunmehr am Ziel ihrer Träume gelangten Opposition teilnehmen lassen. »Das Übel lauert überall, und Gott weiß, es wird in den kommenden Jahren noch genügend davon in Ost-Mitteleuropa geben, alltägliches Übel für eine zerbrechliche Politik und für eine Wirtschaft, die um ihre Existenz ringt. Wenigstens für ein paar Tage konnten wir fröhlich sein.«

Ash will die Dynamik des politischen Veränderungsprozesses in Ost-Mitteleuropa *von innen* heraus darstellen und begreifbar machen. Er untersucht die Zeit, in der das Neue gegen den Widerstand der alten Apparate, der ganzen riesigen kommunistischen Nomenklatura herangereift ist. Die Zukunft ist nicht die Zeit eines Historikers. Und wer weiß denn schon, wie sich die 1989 so eruptiv angebrochene neue europäische Zeitrechnung weiter entwickelt. Wer die Zukunft aber nur in den schwärzesten Farben malt – wofür es ja auch Anhaltspunkte gibt –, will der nicht auch vergessen lassen, welche Errungenschaften mit den ost – mitteleuropäischen »Revolutionen« (*Refo-rmen* und *Revo-lutionen* zieht Ash zu diesem neuen Begriff zusammen) in den widerspruchsvollen Geschichtsprozeß einfließen, dessen Zeugen und Akteure wir heute sind?

Timothy Garton Ash: »Ein Jahrhundert wird abgewählt«. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. München (Hanser Verlag) 1990; 475 Seiten, DM 49,80.

Von Europas Anfang und Europas Ende

Nach dem Ende der Ordnung von Jalta fordert das neue Europa, wie es durch die Revolution im Osten entstanden ist, zu einem neuen Anfang heraus. Das ganze Europa soll es fortan sein, hört man nun allenthalben – aber wo beginnt und wo endet Europa?

Der 1934 in Warschau geborene und seit etlichen Jahren an der EHSS (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) in Paris lehrende Krzysztof Pomian hat versucht, eine rasche Antwort darauf zu finden. »Die Geschichte Europas ist die Geschichte seiner Grenzen«, schreibt er gleich im Vorwort zu seinem jüngst erschienenen Buch und fügt hinzu: »Und seiner Inhalte, die ihm durch Taten und Worte aufgezwungen wurden.« Europa als Opfer der Geschichte? – »Es ist also die Geschichte der Konflikte«, fährt der Autor fort, und präzisiert sogleich: »Der Konflikte zwischen Europa und dem, was es von außen her zusammenhielt, ja zusammenpreßte.« Europa und seine Feinde – dies wäre also die eine Leitlinie. Die andere verläuft innereuropäisch, es ist der Konflikt »zwischen den zu Einheit und Uniformisierung drängenden Tendenzen und jenen, die auf Spaltung und Teilung abzielten« (S. 7). Daher der Titel des Buches: *Europa und seine Nationen*.

Pomians »Gesamtansicht« (S. 7) der europäischen Geschichte beginnt mit der römischen Antike, genauer: mit »Rom und den Barbaren«. Denn der Kampf zwischen einer kulturell (weil imperial) geeinten Zivilisation und den an ihren Grenzen anstürmenden Barbaren prägt das Muster der Geschichtsphilosophie, der Pomian anhängt. Was in der Antike ein Nord-Süd-Konflikt war, wird später dann zum Ost-West-Konflikt. Auf der einen Seite standen des Kaisers »Legionen, welche mit wechselhaftem Glück für den Schutz der Grenzen des Reiches und für die Aufrechterhaltung des Friedens im Innern sorgten«, auf der anderen »zahllose Stämme mit jeweils verschiedenen Sprachen«, die sich »permanent untereinander bekämpften, jeder hatte seinen eigenen Häuptling, seine Krieger, seine Priester, Sitten, Gebräuche und heidnische Vorstellungen, die sich lediglich auf mündlichem Wege von Generation zu Generation tradiert hatten« (S. 9–10). – Hier wird schon deutlich, wie der Philosoph Pomian die Historie auf der Suche nach sinnstiftenden Tendenzen

verklärt, wo der Historiker Pomian, wäre er aufrichtig, feststellen müßte: Den »Frieden im Innern« gewährleistete die römische Armee so gut wie nie, ganz im Gegenteil begann und endete das Cäsarentum als Bürgerkrieg der Rivalen um den Thron; die letzten drei Jahrhunderte bis zum Ende Westroms werden nicht umsonst die Zeit der Soldatenkaiser genannt, unterbrochen allenfalls durch kurze Perioden der Kontinuität. Und Pomians Charakterisierung der »Barbaren«? Die erinnert an die Beschreibungen Afrikas und seiner Bewohner durch die Kolonialisten des 18. und 19. Jahrhunderts. In verblüffend ähnlicher Weise hat der Autor denn auch eine Erklärung für die Völkerwanderungen jenseits des Limes gefunden: Es waren die Barbarenhäuptlinge, die den Römern Sklaven verkauften und dafür Kriegszüge gegen die Nachbarn unternahmen. Dies führte dazu, daß »die Nomaden ihre traditionellen Weidegebiete verlassen mußten; daß seßhafte Völker von ihren angestammten Wohnsitzen vertrieben wurden und sich, auf der Suche nach neuem Siedlungsraum, in marodierende Banden verwandelten (...)« (ebd.). Wie auch bei dem Sklavenhandel des 18. Jahrhunderts sollen offenbar nicht die Sklavenhalter schuld gewesen sein, sondern die »Barbaren« selbst, die sich gegenseitig zu Sklaven machten und verkauften.

Die Völkerwanderung brachte dennoch das Ende des Römischen Reiches, zumindest seines westlichen Teils. Die eindringenden Barbaren konnten sich jedoch an die vorgefundene Zivilisation assimilieren und unter Karl dem Großen entsteht dann der »Zivilisationskern Europas« (S. 17). Dieser besteht trotz innerer Spannungen in der Einheit des Glaubens und der Erneuerung des imperialen Prinzips durch die Kaiserkrönung, die Karl zum weltlichen Oberhaupt der Christenheit erkor. Auch hatte das neue Reich laut Pomian die erstaunliche »Fähigkeit, neue Völker zu assimilieren« (S. 17). Was er genau damit meint, bleibt unklar, vielleicht die »Bekehrung« der Sachsen, die zwanzigtausend von ihnen das Leben kostete? Oder war dies nur im erweiterten Rahmen der »Rückeroberung der Territorien« zu sehen, »in denen das Christentum durch die Völkerwanderung ausgelöscht worden war« (S. 20)? Pomians hinter der nüchternen und nachvollziehenden Be-

schreibung der Fakten verborgene, aber nichtsdestotrotz deutliche Rechtfertigung der missionarischen und militärischen Expansion der Franken zeigt sich nicht zuletzt in der Wortwahl: »Durch seine Expeditionen *drängt* Karl d.Gr. die heidnische Welt *zurück* (...). Gleichwohl bleibt der karolingische Raum auch weiterhin von *Angreifen* nicht verschont; diese *verwüsten* und *entvölkern* ganze Landstriche« (ebd., Hervorheb. von mir). In gleicher Weise skizziert der Autor die Eroberung des Baltikums durch den Deutschen Orden, die in blutigster Kreuzzugmanier durchgezogen wird, als »Ausdehnung der Grenzen Europas« durch die »Christianisierung der letzten Heiden in Preußen (...), Litauen und Samogitien« (S. 26). Zu den Feinden Europas gehören aber nicht nur die »heidnischen Völker«, sondern auch das orthodoxe Christentum seit dem Bruch zwischen Rom und Byzanz im 11. Jahrhundert, der eine Grenze markiert, deren »Verlauf (...), von unbedeutenden Veränderungen abgesehen, bis heute Gültigkeit haben wird« (S. 21). – »Seit dem 12. Jahrhundert ist Europa eine auf Einigung hinstrebende Realität, die die gesamte *lateinische* Christenheit in gleichem Maße betrifft« (S. 32, Hervorheb. von mir). Diese »Herausbildung Europas« bedeutet die »dreifache Bekehrung jener Völker, die außerhalb des alten Limes geblieben waren (...), nämlich zum römischen Christentum, zur lateinischen Sprache und zur Schrift« (ebd.). Während Pomians ideologisches Weltbild in der Antike mit groben Zügen geschnitzt ist, wird es immer subtiler, je weiter es sich der Gegenwart nähert. In dem letztgenannten Zitat suggeriert er dem Leser, nur im lateinischen Raum der Christenheit sei die Schriftkultur eingeführt worden, was natürlich nicht stimmt, denn im Bereich des orthodoxen Christentums auf dem Balkan spielte das aus dem Altbulgarischen hervorgegangene Kirchenslawisch die gleiche Rolle wie das Latein im Westen.

Mit dem Ende der religiösen Einheit des katholischen Europa geht der Träger der Universalität von den Priestern auf die humanistischen Gelehrten über, die Laien sind; während der Buchdruck ihre Kommunikationsmöglichkeiten ungeahnt erweitert, ermöglicht er aber auch die nationale Ausdifferenzierung der einzelnen Sprachen, die jetzt in dem Maße, wie sie das Latein ersetzen sollen, zu Hoch- oder Schriftsprachen uniformiert werden müssen. Dies hat Pomian ganz gut auf den Punkt gebracht. Interessant sicherlich auch die Feststellung, daß die Scheidelinie zwischen Katholiken und Protestanten im

16. Jahrhundert ungefähr dem antiken Limes folgt, aber was ist daraus zu schließen? Nichts, denn sowohl Polen bleibt bekanntlich erzkatholisch, so, wie auch Frankreich um ein Haar protestantisch geworden wäre. Aber das konfessionell gespaltene Europa wird nach wie vor durch gemeinsame Feinde zusammengehalten: die Türken und die Russen, die in dieser Funktion die Araber und Mongolen ablösen. Obwohl Rußland gerade Mongolen und Tataren im Osten von Europa ferngehalten hat, gehört es für Pomian nicht zu Europa: »Aufgrund seiner anderen Religion, sozialen Ordnung, Kultur und Geschichte gehörte Rußland, wie zuvor schon das Moskowiter-Reich, (...) bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts nicht zu Europa« (S. 85). Während der türkische Vormarsch jedoch gestoppt werden konnte, begann mit dem Verfall der einstigen Großmacht Polen, der nordöstlichen Grenzfesten Europas (cf. S. 54), der Ost-West-Konflikt, der für Pomian einem jahrhundertelangen heilsgeschichtlichen Kampf zwischen Gut und Böse gleichkommt: Dessen »beide Pole sind jetzt der Atlantik und der Ural, Großbritannien – das später durch Amerika abgelöst wird – und Rußland, die angelsächsische Welt und die slawische Welt, Religionsfreiheit und Orthodoxie, parlamentarisches Regime und zaristische Autokratie. *Die Trennungslinie verläuft immer noch mitten durch Deutschland, diesmal allerdings in vertikaler Richtung, etwa in Höhe der Elbe. Damit aber markiert sie eine politische und militärische Spaltung Europas, wie sie bis heute besteht*« (S. 57, Hervorheb. von mir). Dieses auf das 18. Jahrhundert zurückprojizierte Jalta-Syndrom entbehrt wohlgemerkt jeder historischen Grundlage. Großbritannien war nicht nur alles andere als ein Staat, in dem religiöse und geistige Toleranz herrschten (so wenig wie in Frankreich), im Gegensatz zum Preußen des 18. Jahrhunderts, östlich dieser ominösen Linie, und offenbar in Pomians manichäistischem Weltbild zur slawischen Autokratie gehörig, wie es die französische nationalistische Geschichtsschreibung nach 1870 und nach 1945 so kräftig gezeichnet hat. (Wo Pomian die Polen bei dieser Aufteilung einordnet, bleibt unklar). So erfindet der Autor an anderer Stelle auch eine deutsche »Abneigung gegen die französischen Lumières« im 18. Jahrhundert, die er dann aber mit einer angeblichen »Empfänglichkeit für die rousseauistische Richtung« konterkariert (S. 103). Gemeint ist wohl die »romantische Seele« der Deutschen.

An einem Punkt ist Pomian bereit, seine

Schwarzweißmalerei zu relativieren; darin nämlich, daß Peter der Große mit seiner Westorientierung Rußland zumindest den Weg nach Europa gewiesen habe, um sogleich aber diese Relativierung ihrerseits zu relativieren: »Bedeutet das, daß Rußland zu einem Teil Europas geworden ist? Ja, wenn man an seine intellektuellen Eliten, an seine Schriftsteller, an seine Künstler denkt. (...) Verneinen muß man die Frage, sobald man sich seiner Regierungsform zuwendet, einer Monarchie, die im selben Augenblick, als sie sich daran machte, das Land zu europäisieren, ihren autokratischen Charakter verstärkte (...). Nein, muß die Antwort ebenfalls lauten, wenn man die russische Gesellschaft betrachtet, in der die Leibeigenschaft immer noch fortbesteht (...). Und nochmals nein, wenn man feststellt, wie lebendig hier das orthodoxe Christentum ist, das grundsätzlich alles ablehnt, was aus der lateinischen Welt kommt« (S. 87). Dieselbe antieuropäische Haltung sieht Pomian ferner sogar bei jenen Völkern orthodoxen Glaubens, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts von der Türkenherrschaft befreien.

Auf der anderen Seite wird in Europa mit der Französischen Revolution und der Wende zum 19. Jahrhundert die »République des Lettres«, die Internationale der Intellektuellen, welche »die zweite Einigung Europas« herbeigeführt hatte, durch die Konstituierung der Nationalstaaten zerstört, wenn auch die europäischen Eliten weiterhin »vom Gefühl einer Wertegemeinschaft durchdrungen waren« (S. 106). Daß es die »Intellektuellen«, nämlich Philosophen, Juristen und Historiker waren, die die Nationalideologien formulierten, wird von Pomian zugunsten eines dumpfen universalgeschichtlichen Determinismus hin zur Nationenbildung verdrängt, deren »Epigenese (...) mehr als tausend Jahre zuvor begonnen hatte, als die Barbaren den Limes überquerten« (S. 93). Wenn er auch diese partikularistische Entwicklung bedauert, so sieht er den Nationalstaat dennoch »als höchste Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft« (S. 125). Ist dies aber nur chronologisch oder wertend gemeint?

Mit der Oktoberrevolution, die Pomian zum »Staatsstreich der Bolschewiki« herunterspielt, bricht schließlich das letzte Kapitel der Bedrohung Europas an, denn »die Sowjetunion (...) stellte sich außerhalb Europas« (S. 137). Daß die westeuropäischen Mächte militärisch im russischen Bürgerkrieg intervenierten, bleibt völlig unerwähnt. Dann werden die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs schon auf die des Ersten zurückprojiziert: »Aus dem

Ersten Weltkrieg geht Europa geschwächt und zerrissen hervor und ist nicht mehr in der Lage, selbst über sein Schicksal zu bestimmen« (ebd.). Wer aber bestimmte denn an seiner Statt? Hier wird Europa schlicht und einfach aus seiner Verantwortung entlassen und, wie eingangs schon angesprochen, pauschal zum Opfer erklärt, wo Schuld zu suchen, Fehlentwicklungen zu analysieren wären. Dies aber de facto ausgeblendet zu haben, ist der Hauptkritikpunkt an Pomians posthistorischer Universalgeschichte. Deren letzten Akt erkennt der Autor im Banalen: der Uniformierung des Lebensstils innerhalb der EG: »Trinke man doch im Norden Wein, verwendet Olivenöl und ißt das ganze Jahr über Obst und Gemüse, während sich Bier, Butter und Roggenbrot auch im Süden durchgesetzt haben« (S. 143). Ist dies die Basis für eine »dritte europäische Einigung«, ein »Zivilisationskern« wie der des Karolingerreiches? Mehr als die abstrakte Hoffnung, die man sicher teilen kann, vermag der Autor leider nicht zu liefern, denn es mangelt ihm zumindest in dem vorliegenden Buch an der Fähigkeit, vor seinem ideologischen Background auch die Realitäten vor Augen zu erkennen. So ist es absolut unverständlich, wie Pomian bei seiner Schönfärberei der gefestigten Demokratien im Westen von einem »nahezu vollständigen Verschwinden totalitärer Rechtsparteien aus dem politischen Leben« (S. 143) sprechen kann, und dies in Frankreich! Dabei liefert er dann und wann doch fruchtbare Ansätze, die allerdings nicht weiterentwickelt werden, so als hätte er vor den Folgen Angst, etwa bei der Erkenntnis, die wie ein Splitter aus dem Text herausragt: »Natürlich (!) birgt Europa eine Finsternis in sich, die nur dann sichtbar wird, wenn es mit anderen Kulturen zusammenstößt« (S. 127).

Krzysztof Pomian: Europa und seine Nationen. Aus dem Französischen von Matthias Wolf. Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, hrsg. von Ulrich Raulff. Berlin (Wagenbach Verlag) 1990; 144 Seiten, DM 27,00.

Carola Sterns »Leben der Dorothea Schlegel«

Als sich um 1800 in Deutschland das französische Vorbild des literarischen Salons durchsetzt, werden berühmte Sammelpunkte des geistig-geselligen Lebens wie die Salons von Rahel Levin-Varnhagen und Henriette Herz in Berlin zu Beispielen einer doppelten Emanzipation: der Juden- und der Frauenemanzipation. Der Glücksfall dieser Salons bleibt, nachdem die fruchtbare Reibung von Aufklärung und Romantik ihre Zündkraft eingebüßt und sich der Mehltau der Restauration über das geistig-politische Leben gelegt hat, für lange Zeit unwiederholbar. Schon im Wiener Salon der Fanny von Arnstein, im Palais des reichen jüdischen Finanzmannes, überlagert die alte gesellschaftliche Rangordnung wieder die geistige und behindert den freien Austausch der Ideen.

Dorothea (zunächst Brendel) Mendelssohn, Tochter des ersten großen jüdischen Autors deutscher Sprache, des Aufklärungsphilosophen Moses Mendelssohn, eine der geistreichsten Frauen der Zeit, Schriftstellerin und Übersetzerin, ist als Freundin in allen drei Salons gern gesehen. Sie heiratet den Mann, auf den die Wahl des Vaters fiel, den Berliner jüdischen Kaufmann und Bankier Simon Veit, wird die Geliebte des protestantischen Pastorensohns Friedrich Schlegel und damit Urbild seines skandalös wirkenden romantischen Romans *Lucinde*, läßt sich scheiden und lebt in Jena, dem ersten Zentrum der Romantik, in freier Gemeinschaft mit Friedrich, unter einem Dach mit dessen Bruder August Wilhelm Schlegel und seiner Frau Caroline (später Caroline Schelling). In Paris tritt sie 1804 zum Protestantismus über und heiratet Friedrich Schlegel, konvertiert vier Jahre später mit ihm in Köln zum Katholizismus und lebt dann in Wien, Rom und Frankfurt am Main; bis zum Tod im Jahre 1839 eine militante katholische Glaubensstreiterin.

Eine Biographie mit der denkbar breitesten Spannweite moralischer und konfessioneller Standpunkte und – jedenfalls zunächst – einer Lebensführung, die heute nicht der Medienneugier entgangen wäre. Carola Stern hat in ihrer Darstellung dieses Lebens weder auf die Sensationslust von Lesern noch auf raschen Beifall feministischer Leserinnen gesetzt. Sie zeigt die Schwierigkeiten und die Rückschläge in der weiblichen Emanzipation,

und sie erklärt Antriebe wie Widerstände aus den geistes- und sozialgeschichtlichen Zusammenhängen der Zeit.

Mehrere Perspektiven verschränken sich. Mit dem Familien- und Freundeskreis Dorothea Schlegels kommen die rebellischen Anfänge der Romantik – der junge Friedrich Schlegel wird sogar zu einem »frühen Vorläufer des Feminismus« – und die Wendung romantischer Schriftsteller und Künstler zum Konservativen, Nationalen und Religiösen in den Blick (beide Söhne Dorotheas gehören in Rom der nazarenischen Malerschule an). Immer wieder öffnet sich die Biographie zum Panorama der kulturgeschichtlich bedeutendsten Epoche Deutschlands. Als Wegmarken der Lebensgeschichte dienen die wichtigen historischen Ereignisse der Zeit, von der Französischen Revolution über die napoleonischen und die Freiheitskriege zur Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen in der Metternichschen Ära. Fortschritte der Gesetzgebung, die Ansätze zur bürgerlichen Gleichstellung der Juden werden beobachtet, andererseits die Ausbrüche des Judenhasses (entsetzt berichtet Friedrich Schlegel von den antijüdischen Ausschreitungen des Jahres 1819). Auch Bruchstücke einer Alltagsgeschichte der Zeit bietet das Buch von Carola Stern, Ansichten der Wohnverhältnisse und Lebensgewohnheiten, ja der Körperpflege (eingeschlossen die Anweisungen einer Schönheitsfibel).

Im Zentrum aber bleibt, was man – in Anlehnung an Goethes *Wilhelm Meister*, eines der Vorbilder ihres Romans *Florentin* – den Bildungsroman *Dorothea Schlegel* nennen könnte. Und diese Geschichte einer weiblichen Bildung ist die Geschichte nicht nur einer Emanzipation, sondern auch ihres Widerrufs. Sie führt von der »aufgeklärten Salondame« zu der – wie Carola Stern sarkastisch sagt – »Biedermeier-Oma«, von der Absage an die strengen Traditionen der Talmudlehre, von der Selbstentscheidung, zur gänzlichen Beseitigung in die Rolle der Dienenden, zur Selbstaufgabe im Namen eines klerikalen Katholizismus, der bürgerlichen Sitte und der Interessen des Ehemanns. Das Zurückstellen der eigenen, individuellen Belange hinter die des Geliebten und dann des Mannes unterscheidet ihr Emanzipationsstreben von vornherein von dem der heutigen Frauenbewe-

gung; insofern ist der Bruch – salopp ausgedrückt, der Kölner »Knick« – in ihrer geistigen Biographie nicht so überaus scharf. Dennoch hätte man diese Gegenwendung in ihrem Leben befremdlicher erscheinen lassen können, als es bei Carola Stern geschieht, hätte sie kritischer analysieren können, ohne deshalb in die Geleise einer nervtötenden Ideologiekritik zu geraten.

Carola Stern verschmäht es, den bequemen Standpunkt nachträglicher Besserwissererei zu beziehen und ihrer »Heldin« nur die Defizite vorzurechnen. So wenig es ihr um die Verherrlichung einer Gottesstreiterin, um eine verkappte Heiligenlegende geht, so sehr hütet sie sich, das Leben Dorotheas als Geschichte bloßen Versagens darzustellen. Ihre Biographie zeigt exemplarisch, daß der zur Zeit der Frühromantik erreichte Stand der Emanzipation nicht zu halten war. Das Plädoyer des Philosophen Johann Gottlieb Fichte für gleiches Recht auf Liebesheirat und Scheidung erläßt der Frau nicht die Pflicht zur Selbstaufopferung in der Ehe. Und selbst unter den Vertreterinnen der Frauenemanzipation im Umkreis des »Jungen Deutschlands«, die bei Carola Stern nicht mehr ins Blickfeld kommen, Schriftstellerinnen wie Luise Mühlbach, Gräfin Hahn-Hahn oder Fanny Lewald, hält die erstere zunächst noch an dem Unterwerfungsgebot fest (»es ist besser unglücklich verheirathet zu sein, als gar nicht«). Heinrich Heine, dem die menschliche »Emanzipation« die »große Aufgabe« der Zeit ist, denkt dabei an die »Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen« und sonstige Unterdrückte, an Unmündige, die noch am Gängelband geführt werden; von der Emanzipation der Frau spricht er nicht. Offensichtlich waren der »Feminismus« des jungen Schlegel und die Lebenspraxis der jungen Dorothea dem allgemeinen moralischen Bewußtsein vorausgesprochen. Und so spiegelt die Biographie Dorothea Schlegels einen Emanzipationsprozeß, der mit seinen Zurücknahmen ein wenig an die Echternacher Springprozession erinnert.

Freilich wiegt schwer, was bei Dorotheas Zurücknahme des Emanzipationsgedankens mit verlorengeliegt: jene Toleranzidee, die der Vater Moses Mendelssohn praktizierte und die sein literarisches Abbild, Nathan der Weise in Lessings Drama, auf das brüderliche Zusammenleben der drei monotheistischen Religionen projiziert. Vergessen scheint der Schluß des »Nathan«: die Vision einer Wiedervereinigung der getrennten Religionen. Mit ihrem missionarischen Katholizismus kehrt die



Dorothea Schlegel

Foto: AKG-Berlin

Tochter des jüdischen Philosophen zu eifern dem Fundamentalismus zurück.

Die Bibliographien am Ende des Buches deuten an, mit welchem Ernst sich Carola Stern die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung angeeignet hat. Aber ihrer literarischen Umsetzung haftet nichts Abstraktes mehr an. Das völlig Unangestregte, die Anschaulichkeit der Darstellung verhindert, daß unter den vielen literarhistorischen Fakten die Menschen verschwinden. Der Stoff ist erzählerisch aufgearbeitet, wird fesselnd dargeboten, indem vorübergehend Informationen vorenthalten und dann nachgeholt werden. Immer wieder entstehen kleine Szenen, wird Dorothea in ihrem Lebensmilieu gezeigt. So hat Carola Stern der Biographie Dorothea Schlegels tatsächlich Leben zurückgegeben.

Carola Stern: »Ich möchte mir Flügel wünschen«. Das Leben der Dorothea Schlegel. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag) 1990; 334 Seiten, geb., DM 39,80.

Von der vornehmen Art, durchs Leben zu gehen

Was ist der Mensch – gut oder böse? Die Frage ist wohl so alt wie die Antwort umstritten ist. Die bekannten Figuren an der astronomischen Uhr des alten Prager Rathauses lassen in dieser Hinsicht an allegorischer Eindeutigkeit jedenfalls nichts zu wünschen übrig: Habgier, Neid, Geiz und Eitelkeit sind demnach gleichsam anthropologische Konstanten einer Menschheit, an denen philanthropisch-idealistische Gesellschaftsentwürfe bislang immer noch zerschellten.

Vor allem die Eitelkeit – gerade sie scheint eine ubiquitäre kulturelle Erscheinung jenseits nur schnöden Begehrens zu sein. In ihrer sozialen Präsenz historisch wandelbar, sozusagen fast amorph – ist sie soziologisch nur schwer zu fassen. Für eine pluralistische Gesellschaft mit ihren divergierenden Normen und Werten gilt dies noch um so mehr. Der Versuch des Wiener Soziologen Roland Girtler, in diese »neue Unübersichtlichkeit« wenigstens etwas soziologische Klarheit hineinzu bringen, ist deshalb schon von der Zielsetzung her bewunderswert zu nennen. Nach Girtler ist der Mensch ein »animal ambitiosum«, also ein ehrstüchtiges Wesen, dessen Handeln vom Verlangen bestimmt ist, sich über seine Mitmenschen in irgendeiner Weise zu erheben – es will vornehm sein und sich verehrt sehen. Dies ist die Quintessenz der witzigen und erfrischend unkonventionellen Studie des österreichischen Sozialforschers über distinktives Sozialverhalten, die vor einigen Wochen auf dem Buchmarkt erschienen ist. Um es gleich vorweg zu sagen: Girtler ist ein umstrittener Außenseiter seines Fachs, sowohl hinsichtlich seiner Forschungsgebiete wie auch seiner Methoden. Nicht wenige Soziologen betrachten seine Arbeit mit dezidierter Skepsis und mokieren sich über ein angebliches Defizit an »Wissenschaftlichkeit«. Oft wird der Autor eher als soziologisierender Journalist denn als seriöser Wissenschaftler angesehen, denn eines ist bei seinen Kritikern unbestritten: Seine Bücher werden auch außerhalb des engeren Fachkreises gerne gelesen. Girtler verfügt also zumindest schon einmal über die bei Soziologen durchaus seltene Gabe, komplexe soziale Sachverhalte nicht nur verständlich, sondern auch interessant darbieten zu können, seine bisherigen Bücher über das Milieu der Prostitution, der Obdach-

losen, der Kriminellen sowie über die Alltagswelt der Polizei sind lesenswerte Beispiele hierfür. Und nun also: »Die feinen Leute« – wiederum die wissenschaftstheoretische Gretchenfrage: Reine Wissenschaft oder pures Lesevergnügen? Die Antwort fällt wieder einmal schwer, die Empfindungen bei der Lektüre des Buches sind durchaus zwiespältig: Da kontrastieren interessante soziologische Detailanalysen mit einer unübersehbaren Schwäche des theoretischen Fundaments – das deskriptive Element überlagert allzu deutlich das analytische. Verglichen mit dem Theoriegebäude eines Pierre Bourdieu oder eines Norbert Elias nimmt sich der theoretische Gehalt der kultur-anthropologischen Studie Girtlers doch recht bescheiden aus. Der Versuch einer Einbettung oder Auseinandersetzung mit einem bereits existierenden soziologisch-theoretischen Kontext bleibt überaus rudimentär und auch Ansätze einer eigenen Theoriebildung sind nicht zu erkennen. Nur mit Mühe läßt sich aus dem Kaleidoskop beschriebener Lebenswelten die wohl zentrale Aussage Girtlers herausdestillieren: Eitles Gebaren, Ehrsucht und Vornehmheit sind historisch und kulturell allgegenwärtig – und vor allem: quer durch alle Schichten und Klassen präsent. Unter »feinen Leuten« versteht Girtler deshalb nicht irgendwelche bestimmte Eliten, sondern er meint damit buchstäblich alle. Der Adel als norm- und wertsetzende gesellschaftliche Kraft findet hierbei besondere Berücksichtigung – alle »Vornehmheit« leitet sich historisch aus diesem ab. Für Girtler ist der stülbildende Einfluß des Adels auch auf das, was andere heute Postmoderne nennen, evident. Er behauptet eine kulturelle Dominanz des Adels gerade dort, wo man es nicht vermutet: in den zahlreichen Subkulturen jenseits bürgerlicher Wertordnung. In anthropologischer Perspektive geben soziale Determinanten wie Essen, Kleidung, Wohnung, Kommunikation – ja selbst der Tod – die Arenen ab für den massenhaften Kampf um individuelles Prestige, nach elitärer Distanziertheit. Auf über 400 Seiten kann man dem Autor auf seinem Streifzug durch zahllose Lebenswelten und Milieus folgen, innerhalb derer die vielen Strategien eitler Selbstdarstellung unablässig durchgeführt werden. Die Instrumente und Symbole des Strebens nach Hautevolee sind mannigfal-

tig: Der Trachtenanzug erfüllt hier seine Funktion ebenso wie der Golfsport oder das Familienwappen – die Aufzählung solcher Beispiele ist ausführlich, zu ausführlich, muß man sagen. Ihre Aneinanderreihung ad infinitum läßt den Leser doch bald ermüden, denn die Frage nach der soziologisch-anthropologischen Triebfeder solchen Verhaltens bleibt ausgeblendet, so sehr der Leser sie auf der jeweils folgenden Seite auch erwartet. Dies ist die große Schwäche des Buches. Sechs Seiten »abschließende Gedanken« zum Menschen als »animal ambitiosum« machen dieses durchgehende Defizit an tiefergehendem Erkenntnisbemühen nicht wett – im Gegenteil: Sie zeigen es erst an. Eine genuine theoretische Auseinandersetzung mit anderen soziologischen Ansätzen zu diesem Thema findet nicht statt, zumindest ein Rekurs auf Erving Goffmans Buch *Wir alle spielen Theater* hätte sich angeboten. Daß dieses Buch nicht einmal im Literaturverzeichnis aufgeführt wird, macht mehr als stutzig. Fazit des Autors: »Menschliche Kultur ist ohne Symbole und vor allem ohne das Streben nach Vornehmheit nicht denkbar.« Richtig – aber: War das in der Geschichte schon immer so? Oder hat vielleicht erst die »Geburt des Individuums« aus dem Geist der Aufklärung heraus dieses Streben nach sozialer Distinktion forciert? Und wie ist es mit der Postmoderne – welchen Einfluß haben die Individualisierungstendenzen moderner Industriegesellschaften auf das beschriebene Verhalten? Das wären Beispiele für mögliche Fragen, die man von einem Soziologen und Kulturanthropologen zumindest andeutungsweise erwartet hätte. Abschließend bleibt also festzuhalten: Girtlers Buch ist (wieder einmal?) kein wissenschaftliches im engeren Sinne, in diesem Sinne kann sich der »Fachmann« davon nichts Neues versprechen. Doch andererseits ist es über weite Strecken wirklich originell und vermittelt nach spezieller Manier des Autors Einsichten in die schillernden Aspekte sozialen Lebens, die die traditionelle Soziologie noch immer eher stiefmütterlich behandelt. Wer die bisherigen Werke Roland Girtlers gelesen hat, wird deshalb auch an diesem Buch seine Freude haben – als abendliche Bettlektüre wärmstens zu empfehlen.

Roland Girtler: Die feinen Leute; Von der vornehmen Art, durchs Leben zu gehen, Frankfurt/New York (Campus Verlag) 1989; 447 Seiten, DM 48,00.

JOHANNES RITTER

Kontingenz, Ironie und Solidarität

Über Wahrheit und Rationalität gibt es nichts zu sagen; man kann allenfalls die vertrauten Rechtfertigungsverfahren, die eine bestimmte Gesellschaft – unsere Gesellschaft – auf diesem oder jenem Gebiet verwendet, beschreiben. Diesen Gemeinplatz der philosophischen Postmoderne verwendet Richard Rorty in seinem drei Jahre alten Aufsatz »Objektivität oder Solidarität?«, um sein Programm des »ethnozentrischen Pragmatismus« zu charakterisieren. Glücklicherweise hält er sich nicht allzusehr an dieses Axiom, denn sonst wären Existenz und Umfang seines neuen, trotz des Titels recht populär geschriebenen Buchs nicht zu rechtfertigen.

Rorty hat mit seinem 1979 erschienenen Buch *Der Spiegel der Natur* eine der Programmschriften der konventionalistischen Philosophie der achtziger Jahre geschrieben, er wurde damit zum Protagonisten ihrer spezifisch angelsächsischen Variante. Seine Destruktion der Erkenntnistheorie konnte gerade ein analytisch geschultes, aber vom Scheitern der naiv-realistischen Ansätze der siebziger Jahre desillusioniertes Publikum beeindruckten. Indem er Nietzsche, Heidegger, die Hermeneutiker und die französischen Poststrukturalisten in seiner philosophischen Ahnengalerie neben Wittgenstein und Dewey postierte, brachte er sie diesem Publikum jedenfalls so nahe, als man dies bei dessen traditioneller Unbekümmertheit in Fragen der Tradition sagen kann. Seine Angriffe erfolgten an philosophisch-systematisch prominenter Stelle: der Darstellungsfunktion der Sprache, sie zielten auf den Kern des im analytischen Umfeld vorherrschenden szientistischen Paradigmas.

Anders als das erste Buch sind seine neueren Schriften, die in den achtziger Jahren erschienenen Aufsätze und auch sein nun vorliegendes drittes Buch, nur zum Teil der Kritik gewidmet, zum anderen Teil aber der Formulierung von Orientierungsmarken für die gesellschaftliche Praxis. Rortys politische Intentionen sind die des amerikanischen Liberalen, und in diesem Sinn argumentiert er für demokratische Entscheidungsformen und soziale Solidarität in Politik und Gesellschaft. Als Skeptiker tut er dies nicht unter Berufung auf universal gültige Prinzipien, auf postulierte Rechte etwa oder auf die Rationalität einer

Handlungssituation, die als paradigmatisch begriffen wird; ja er beargwöhnt gar eine solche Berufung als potentiell antiliberal, antidemokratisch und fundamentalistisch.

Der vielbeschworene Tod der Ideologien wird in dieser Philosophie radikalisiert zum Ende aller die gesellschaftliche Realität transzendierenden Wahrheit, zur Beschwörung der universellen Kontingenz aller kulturellen Produktionen. Aus dieser skeptischen Einsicht zieht Rorty nicht die praktische Konsequenz der Resignation, sondern, wie Nietzsche, die des Voluntarismus: Der »Ironiker«, so seine nicht sehr hilfreiche Bezeichnung für den, der diese Einstellung gewonnen hat, handelt nicht aufgrund von Einsicht in die objektive Realität, der er sich unterordnet, sondern aufgrund voluntaristischer Entscheidung. Er weiß, daß er mit seinem politischen Engagement nicht moralischen oder historischen Wahrheiten zum Erfolg verhilft, sondern eher den eigenen, kontingenten Vorstellungen und Bedürfnissen, die sich am Ideal menschlicher Solidarität orientieren. Das heißt nicht, daß er die große appellative Kraft politischer und moralischer Universalien verkennt.

Auch in der Antwort auf die Frage nach der Motivation für diese Solidarität, an der das politische Handeln ausgerichtet sein soll, läßt sich Rorty von seinen antiuniversalistischen Überzeugungen leiten. Für ihn ist es das Wir-Gefühl, die Gruppenidentität, welche für solidarische Handeln bürgt; ja er geht so weit, pragmatisch festzustellen, daß die Gruppenidentität sich wesentlich auch durch die Ausgrenzung der Nichtgruppenmitglieder formiert. Humanität, »alles was Menschenantlitz trägt« in Habermas' pathetischer Formulierung, ist für Rorty kein zur Genese einer Gruppenidentität dienliches und geeignetes Kriterium; und die Renaissance der Nationalstaatsidee im Moment des Konkurses einer zumindest ideologisch der Idee der Gleichheit verpflichteten Staatlichkeit scheint ihm, für den Augenblick zumindest, leider Recht zu geben.

Rortys skeptische Diagnose ist nicht weniger rigoros, auch universalistisch, als es der von ihm angegriffene »metaphysische« Realismus ist. Er sucht diesem klassischen Einwand dadurch zu entkommen, daß er für seine Position eher wirbt als argumentiert, bevorzugt positive oder negative Identifikationsfiguren anbietet als sachliche Gründe. Nicht zuletzt führt er denselben Einwand gegen die ironistische Theorie, gegen Nietzsche und Heidegger, wenn er auf der Einsicht besteht, daß der metaphorische, ironische Sprachgebrauch nur parasitär, eben »rhetorisch«, gegenüber

dem wörtlichen Gebrauch der Sprache sein kann, eine Einsicht, die ihn letzten Endes zu einem dialektischen Verständnis der Sprache führen muß. Rortys Sensibilität für das Argument des performativen Selbstwiderspruchs bringt ihn deshalb letzten Endes dazu, die Überlegenheit anzuerkennen oder, im Sinn seines dezisionistischen Programms besser formuliert, den Dichter, nicht den Wissenschaftler oder Philosophen als »Kulturhelden« zu propagieren. Eine Gemeinschaft von sich und das Gemeinwesen aufgrund eigener Willenskraft immer neu hervorbringenden politisch Handelnden, das ist Rortys postmetaphysische liberale Utopie. Einige in dem Band enthaltene Literaturinterpretationen, die sich mit Nabokov, Orwell und vor allem mit dem literarischen Kronzeugen der Postmoderne, Proust, beschäftigen, geben seinen Vorstellungen Rückhalt, ohne sie, wie die Formulierung seiner Theorie es tut, ipso facto in Frage zu stellen.

Gerade aber die Hirngeburt des Kulturhelden als Gegengift gegen den Universalismus in all seinen Spielarten zeugt davon, wie schwer dem Philosophen Rorty der Abschied vom Prinzipiellen fällt. Denn nicht jede Diskursgattung kann sich an Rortys Helden orientieren. Die Gültigkeit eines im philosophischen Sinne realistischen Vokabulars, das aus pragmatischen Gründen nicht hinterfragt wird, ist beispielsweise für den Arzt oder den Techniker immer noch eine Voraussetzung seiner Arbeit, mögen auch einige Wissenschaftsphilosophen weit ab vom Geschehen für diese Fälle ebenso postulieren, daß prinzipiell »alles geht«, daß der Unterschied zwischen dem Chirurgen und dem Schamanen ein kultureller, kein prinzipieller ist. In einer solchen Situation, in der es also innerhalb derselben Kultur verschiedene Diskursgattungen mit unterschiedlichen abstrakten Wahrheitsansprüchen gibt, fordert Rorty uns nun auf, zu wählen und die Vertreter einer Gattung gegenüber allen übrigen prinzipiell als Vorbild zu akzeptieren, konkret: sich an Marcel Proust statt an Albert Schweitzer oder Albert Einstein zu orientieren, Figuren, denen landläufig wohl am ehesten das Epitheton eines Kulturhelden zuerkannt wird. Will man sich nun aber tatsächlich auf eine solche, keineswegs zwingende Wahl einlassen, so liegt es nahe, sich eher von den vorhandenen Problemen als von Rortys Rhetorik leiten zu lassen. Dann aber wird man sich nicht für Marcel Proust entscheiden.

Richard Rorty: Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt a.M. (Suhrkamp Verlag) 1989; 324 Seiten, DM 54,-.

Zu den Autorinnen und Autoren

JÜRGEN FUCHS, geb. 1950, ist Sozialpsychologe und Schriftsteller und lebt in Berlin. 1976 wurde er aus dem Auto seines Freundes Robert Havemann heraus verhaftet und nach neun Monaten Untersuchungshaft 1977 nach Westberlin abgeschoben. Veröffentlichungen: »Gedächtnisprotokolle«, 1979; »Pappkameraden«, 1981, »Fassonschnitt«, 1984, »Das Ende der Feigheit«, 1988 (alle im Rowohlt Verlag erschienen).

DR. WOLFGANG GEIGER, geb. 1956, ist Deutsch-Lektor an der Universität Nantes (Frankreich).

ANDRÉ GORZ, geb. 1924, lebt als Philosoph und Publizist in Frankreich.

DR. RUDOLF HICKEL, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen; zahlreiche Veröffentlichungen; zuletzt zusammen mit J. Priebe: »Finanzpolitik für Arbeit und Umwelt«, Köln 1989; Mitglied der Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«.

DR. WALTER HINCK, geb. 1922, Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Köln, Literaturkritiker; Veröffentlichungen zur deutschen und europäischen Literatur vom 18. bis 20. Jahrhundert.

HEILGA HIRSCH, geb. 1948, lebt als Journalistin in Warschau, freie Mitarbeiterin der ZET; Veröffentlichungen: »Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980«, Mainz/München 1985, Arbeiten über Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn in verschiedenen Periodika und Zeitschriften.

IVAN IVANJI, geb. 1929, jugoslawischer Schriftsteller, war Journalist, Dramaturg und viele Jahre Dolmetscher Titos. Auf Deutsch erschienen seine Romane »Kaiser Diokletian«, »Kaiser Konstantin«, »Der Tod auf dem Drachenfels«.

HANS-MARTIN LOHMANN, geb. 1944, lebt als freier Publizist in Heidelberg.

CARL-WILHELM MACKIE, geb. 1950, lebt als freier Journalist in München.

SONJA MARGOLINA, geb. 1951 in Moskau, lebt seit 1986 in Berlin und arbeitet als freie Autorin.

CHRISTA RANDZIO-PLATH, geb. 1940, ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Anwältin, Steuerjuristin und Autorin, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (Hamburg; Veröffentlichungen: »Frauenmacht – Ausweg aus der Krise«, »§ 218 – zu Lasten der Frauen«, »Was geht uns Frauen der Krieg an«, »Laßt uns endlich mitregieren«, »Europa – eine Chance für Frauen«.

JOHANNES RITTER, geb. 1957, M. A., Dipl.-Math., lebt als Publizist in Darmstadt und Mailand.

DR. HAZEL ROSENSTRAUCH, geb. 1945, Kulturwissenschaftlerin, lebt als freie Publizistin in Wien; letzte wichtigste Veröffentlichung: »Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942«, Berlin 1988.

DR. KARL SCHIÖGEL, geb. 1948, Historiker und Publizist, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz; Veröffentlichungen: »Die Mitte liegt ostwärts – Die Deutschen, Mitteleuropa und der verlorene Osten«, Berlin 1986, »Jenseits des Großen Oktober – Petersburg 1909–1921. Das Laboratorium der Moderne«, Berlin 1988, (Hg.) »Wegzeichen. Essays zur Krise der russischen Intelligenz«, Frankfurt 1990.

ROLAND SCHÜRHOFF, geb. 1956, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften und am Zentrum für Psychosomatische Medizin der Universität Gießen.

ANDREAS SCHWORCK, geb. 1960, Politikwissenschaftler, z. Zt. Zürich.

REINHOLD VETTER, geb. 1946, ist ARD-Hörfunk-Korrespondent in Warschau.

DR. HANS-JÜRGEN WIRTH, geb. 1951, Dipl.-Psychologe, Sozialpsychologe am Zentrum für Psychosomatische Medizin der Universität Gießen. Mitherausgeber der Zeitschrift »Psychosozial«.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

In der Raste 20–22
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 8 83–5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreislste Nr. 18
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Herstellung:

Satz: Fotosatz Froitzheim, Bonn
Druck und Verarbeitung:
satz + druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.